

Protokoll 04/2016

Grosser Gemeinderat von Zug
Sitzung vom Dienstag, 10. Mai 2016, 17.00 – 22.10 Uhr, Kantonsratssaal,
Regierungsgebäude, Zug

Begrüssung, Entschuldigungen und Trakandenliste

Ratspräsidentin Karin Hägi eröffnet die vierte Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt hat sich Ratsmitglied Christoph Iten; die übrigen 39 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsidentin Karin Hägi geht ohne Intervention aus dem Rat davon aus, dass dieser allfälligen Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung stillschweigend zustimmt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

Ratspräsidentin Karin Hägi: Am 9. März 2016 ist Paul Weber im Alter von 93 Jahren gestorben. Paul Weber war von 1963 - dem Beginn des Grossen Gemeinderates - bis 1974 als Vertreter der CVP im GGR. Im Namen der Zugerinnen und Zuger entbietet Ratspräsidentin Karin Hägi den Angehörigen das Beileid. Die Anwesenden werden gebeten, sich im Gedenken an Paul Weber kurz zu erheben.

Stefan Moos: Vor kurzer Zeit ist August Sidler 99jährig verstorben. Er war ab 1947 während 24 Jahren im Stadtrat als Bauchef und viele Jahre im Kantonsrat tätig. Auch hier spricht der GGR namens der Zugerinnen und Zuger das herzliche Beileid aus.

Im Gedenken an den Verstorbenen erheben sich die Anwesenden kurz von ihren Sitzen.

Ratspräsidentin Karin Hägi gratuliert mit etwas Verzug Stadtrat Urs Raschle zur Geburt seiner Tochter Ramona, die am 27. April 2016 auf die Welt kam.

Nr. Traktandum

1.	Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 3 vom 12. April 2016
2.	Vereidigung von Stefan Werner Huber, gIp, Mitglied GGR (Nachfolger von Michèle Kottelat)
3.	Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
4.	Gebietsplanung Unterfeld Schleife, 1. Lesung <ul style="list-style-type: none">- Zonenplanänderung Schleife Nord, Plan Nr. 7802- Bebauungsplan Unterfeld Schleife, Plan Nr. 7505, einschliesslich Umweltverträglichkeitsbericht- Änderung Bauordnung §54b Bauzone mit speziellen Vorschriften Schleife Nord Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2369 vom 15. September 2015 Bericht und Antrag der BPK Nr. 2369.1 aus den Sitzungen vom 28. September 2015, 10. November 2015, 1. Dezember 2015, 18. Januar 2016, 2. Februar 2016, 8. März 2016 und 29. März 2016
5.	Streethockeyanlage Herti: Erweiterung Streethockey-Spielfeld; Baukredit Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2391 vom 8. März 2016 Bericht und Antrag der GPK Nr. 2391.1 vom 11. April 2016 Bericht und Antrag der BPK Nr. 2391.2 vom 26. April 2016
6.	Liegenschaft Neustadt 2: Umbau und Erweiterung in Alterswohnungen; Schlussabrechnung Baukredit Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2004.7 vom 8. März 2016 Bericht und Antrag der GPK Nr. 2004.8 vom 11. April 2016
7.	Mitteilungen

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 3 vom 12. April 2016

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen und somit die Traktandenliste stillschweigend genehmigt ist.

Zum Protokoll Nr. 3 vom 12. April 2016:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und demnach das Protokoll stillschweigend genehmigt ist.

**2. Vereidigung von Stefan Werner Huber, glp, Mitglied GGR
(Nachfolger von Michèle Kottelat)**

Ratspräsidentin Karin Hägi: Michele Kottelat, glp, ist per 13. April 2016 aus dem GGR zurückgetreten. Im Namen des GGR sowie der Stadt Zug bedankt sich Ratspräsidentin Karin Hägi bei Michèle Kottelat für ihre Arbeit im Grossen Gemeinderat. Stefan Huber hat sich bereit erklärt, ab sofort für die glp im Grossen Gemeinderat tätig zu sein. Damit das neue Mitglied berechtigt ist, an den Verhandlungen des Grossen Gemeinderates teilzunehmen, muss er das Gelöbnis ablegen oder den Eid leisten.

Stadtschreiber Martin Würmli liest die Gelöbnisformel vor.

Stefan Huber antwortet mit den Worten: Ich gelobe es.

Ratspräsidentin Karin Hägi: Stefan Huber ist ab sofort berechtigt, an den Verhandlungen und Abstimmungen des Grossen Gemeinderates teilzunehmen. Ratspräsidentin Karin Hägi wünscht ihm im Namen des Grossen Gemeinderates und der Bevölkerung der Stadt Zug viel Freude in seinem neuen Amt und heisst ihn im Rat herzlich willkommen.

3. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Motionen und Postulate

keine

Interpellationen

Interpellation SVP-Fraktion vom 4. Mai 2016: Bitcoin - städtisches Pilotprojekt in zweifelhaftem Kontext

Mit Datum vom 4. Mai 2016 hat Gemeinderat Gregor R. Bruhin namens der SVP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

“Der Stadtrat von Zug hat mit Medienmitteilung vom 2. Mai 2016 das Pilotprojekt Bit-coins vorgestellt. Er ermöglicht damit die Zahlung mit der virtuellen Währung temporär bis CHF 200.00 bei der Einwohnerkontrolle Zug und führt damit diese Währung als offizielles Zahlungsmittel ein. Gemäss Bundesverfassung Art. 99 ist das Geld- und Währungswesen Sache des Bundes. Weiter ist aufgrund des Gesetzes über die Währung und Zahlungsmittel (WZG), die offizielle Währungseinheit und das gesetzliche Zahlungsmittel der Schweizer Franken. Die SVP-Fraktion begrüsst die Technologie-Innovations-freundliche Haltung des Stadtrates gegenüber Wirtschaft und Bevölkerung im Grundsatz sehr. Im Zahlungsverkehr spekulative Versuche durchzuführen, ist jedoch mit erheblichen Risiken für die Steuerzahlenden verbunden. Einerseits durch den instabilen Wechselkurs, der als Spielball von Spekulanten und Währungszockern bekannt ist und keine Garantie respektive Aufsicht einer Zentralbank oder Nationalbank geniesst. Andererseits ist es möglich, mit dem sogenannten „Mining“ Bitcoins selber herzustellen. In diesem Kontext stellen wir folgende Fragen:

1. Auf welche gesetzliche Grundlage stützt sich der Stadtrat, wenn er im Zahlungsverkehr mit den Bewohnern und Bewohnerinnen sogenannte "Bitcoins" als Zahlungsmittel einführt?
 - a) Sind auch weitere nicht-staatliche Währungsmittel wie beispielsweise "WIR" ebenfalls zugelassene Zahlungsmittel im Verkehr mit der Stadtverwaltung?
 - b) Sieht es der Stadtrat als seine Kompetenz, währungspolitische Entscheide zu fällen?
2. Wie fängt der Stadtrat die möglichen Verluste auf, die durch die hohe Volatilität der Bitcoins wahrscheinlich sind?
3. Findet der Stadtrat solche Pilotprojekte als situationsgerecht vor dem Hintergrund der Spar- und Verzichtsplanung?
4. Wie hoch sind die Kosten dieses Pilotprojekts und wie lässt sich der erwartete Mehrwert in Zahlen beziffern?
5. Welche Möglichkeiten hat der Stadtrat, einen Teil seiner finanziellen Verpflichtungen (Begleichung von Kreditoren, Schuldenabbau und dergleichen) in der Währung "Bitcoins" auszuführen, um seine Bitcoin-Guthaben wieder "loszuwerden"?
 - a) Woher nimmt der Stadtrat die Gewissheit, dass er in jedem Fall genügend "Abnehmer" für seine Bitcoins haben wird und nicht am Schluss auf den Bitcoins sitzen bleibt?
 - b) Ist hier mit deutlichen Abschlägen, wie beispielsweise aus dem WIR- Zahlungsverkehr bekannt, zu rechnen?
6. Mit welchen Spekulations-Gewinnen oder -Verlusten rechnet der Stadtrat im Extremfall (worst case-Szenario)?
 - a) Über welches Konto im Budget werden diese verbucht und in der Jahresrechnung ausgewiesen werden?

Für die schriftliche Beantwortung unserer Fragen bedanken wir uns im Voraus.“

Interpellation FDP-Fraktion: Wie sieht die Zukunftsplanung des Stadtrates bezüglich dem L&G-Gebäude an der Gubelstrasse 22 aus?

Mit Datum vom 6. Mai 2016 haben die Gemeinderäte Simon Rohrer und Roman Burkard namens der FDP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

Ausgangslage:

Nachdem die Stimmberechtigten der Stadt Zug am 9. September 2012 dem Verpflichtungskredit in der Höhe von etwas mehr als CHF 52 Mio. zugestimmt haben, ist die Liegenschaft L&G Gebäude an der Gubelstrasse 22 von der Stadt Zug im Eigentum übernommen worden. In der Zwischenzeit wurde am 17. April 2014 vom Komitee "Doppelinitiative" bei der Stadtkanzlei Zug zwei Volksbegehren eingereicht, wovon das eine mit dem ursprünglichen Titel "Ja zu gesunden Stadtfinanzen" verlangt, die Liegenschaft Gubelstrasse 22 wieder zu veräussern. Anlässlich der Debatte im GGR vom 24. Februar 2015 wurde diese Initiative für gültig erklärt, und sie wird damit den Stimmberechtigten wiederum zur Urnenabstimmung unterbreitet werden. In den letzten Wochen konnte man zu diesem Thema vermehrt Berichte und Lesebriefe aus der Tagespresse entnehmen. Es hiess dort, dass der Kanton Zug keine Büroräume im L&G Gebäude beziehen wolle und noch kein Mieter für den nicht benötigten Teil der insgesamt 9000 Quadratmeter Büroräumlichkeiten feststeht. Grund für die Absage des Kantons seien zu hohe Investitionen für den notwendigen Umbau der Büroflächen und vom Initiativkomitee vernimmt man, dass immense Sanierungskosten von CHF 20 Mio. nötig wären. Um der allgemeinen Gerüchteküche Abhilfe zu schaffen und die offenen Fragen der Bevölkerung zu beantworten, möchten die Initianten dieser Interpellation dem Stadtrat einige Fragen zu diesem Thema stellen:

1. In einem Fragen- und Antworten-Dokument auf der Webpage der Stadt Zug (Stand 11. November 2014, wo auf die Fragen der Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Umzug Betriebsamt ins L&G Gebäude vom 1. Juli 2014 eingegangen wird) wird von
 - a. Umzugskosten von CHF 470'000.00,
 - b. möglicherweise notwendigen rechtlichen Kosten wie Brandschutzmassnahmen von CHF 1,2 Mio. und
 - c. optionalen Kosten von CHF 4,9 Mio. für sanitäre Anlagen, den Umbau der Büro-Infrastruktur oder die EDV-Anlagen gesprochen.Stimmen diese Angaben auch noch nach heutigen Kenntnissen überein und sind gewisse Anpassungen an der Infrastruktur und EDV-Anlagen nicht zwingend notwendig, um eine effiziente Verwaltungsarbeit zu gewährleisten?
2. Wurden die Stimmbürger vor der Abstimmung über das L&G Gebäude ungenügend informiert, oder wieso wurde in der Abstimmungsbroschüre vom 9. September 2012 nicht über die optionalen Investitionen von CHF 4,9 Mio. berichtet? Ebenso wurde nichts über die rechtlich möglicherweise nötigen Investitionen von CHF 1,2 Mio. informiert. Ist der Stadtrat nicht auch der Meinung, dass bei einem Investitionsvolumen für den Kauf der Liegenschaft von CHF 52,23 Mio. eine Vorabklärung bezüglich Brandschutz hätte gemacht werden müssen?
3. Wie sehen die konkreten Konzeptpläne bezüglich Raum- bzw. Flächeneinteilung (Plangrafik) in den vier Stockwerken des L&G Gebäudes aus, die von der Stadtverwaltung bezogen werden sollen (EG bis 3. OG)? In der Beantwortung der Interpellation der FDP-Fraktion betreffend "Umzug Betriebsamt ins L&G Gebäude" vom 1. Juli 2014 waren nur ungefähre Skizzen mit einer Stockwerkeinteilung zu entnehmen (siehe Anhang).
4. Wie sieht die Vermarktungsstrategie der restlichen Geschosse (4. OG bis 6. OG) für die Fremdvermietung aus? Welche Partner sind zurzeit in der Diskussion für eine Vermietung der übrigen Büroflächen, oder gibt es schon konkrete Interessenten oder gar Zusagen von potentiellen Mietern? Zu welchen Konditionen beabsichtigt der Stadtrat diese Räum-

lichkeiten zu vermieten und kann der Stadtrat einen Vorabzug der Vermietungsunterlagen vorlegen?

5. Geht der Stadtrat davon aus, dass die Räumlichkeiten für die Fremdvermietung ohne bauliche Anpassungen vermietet werden können? Wie sieht der ‚Plan B‘ aus, falls die Büroräumlichkeiten schwer zu vermieten sind, bzw. kein Mieter in nützlicher Frist gefunden wird? Würde der Stadtrat in diesem Falle gegebenenfalls auch eine externe professionelle Immobilien-Vermarktungsagentur involvieren, um allenfalls die Suche nach einem Mieter zu intensivieren?
6. Hat der Stadtrat das Projekt L&G Gebäude zu optimistisch geplant, oder wieso hat es der Stadtrat unterlassen, zu den Vorwürfen in der Presse ausreichend Stellung zu nehmen und die Bevölkerung transparent über den Stand der Planungsphase zu informieren? Hat der Stadtrat für die Zukunft Veranstaltungen geplant, wo er die Öffentlichkeit über seine Pläne informieren möchte, da das öffentliche Interesse recht gross zu sein scheint? Was hätte der Stadtrat in Sachen Planung und Information bezüglich dem L&G Gebäude besser machen können?
7. Was plant der Stadtrat im Fall, dass die Initiative "Ja zu gesunden Stadtfinanzen" von der Stadtbevölkerung angenommen wird und er gezwungen wird, das L&G Gebäude wieder zu veräussern? Geht der Stadtrat davon aus, dass im Falle eines notwendigen Verkaufes ein ähnlicher Preis wie beim Kauf zustande kommt und kein Verlustgeschäft resultiert?

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung unsere Fragen."

Ratspräsidentin Karin Hägi: Die Interpellanten beider Interpellationen verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hiefür drei Monate Zeit.

4. Gebietsplanung Unterfeld Schleife, 1. Lesung

- **Zonenplanänderung Schleife Nord, Plan Nr. 7802**
- **Bebauungsplan Unterfeld Schleife, Plan Nr. 7505, einschliesslich Umweltverträglichkeitsbericht**
- **Änderung Bauordnung §54b Bauzone mit speziellen Vorschriften Schleife Nord**

Gemeinderat Franz Weiss befindet sich bei diesem Geschäft im Ausstand.

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2369 vom 15. September 2015

Bericht und Antrag der BPK Nr. 2369.1 aus den Sitzungen vom 28. September 2015, 10. November 2015, 1. Dezember 2015, 18. Januar 2016, 2. Februar 2016, 8. März 2016 und 29. März 2016

Ratspräsidentin Karin Hägi: Franz Weiss ist von sich aus bei dieser Vorlage in den Ausstand getreten. Es geht nun auch noch um eine allfällige Ausstandspflicht von Othmar Keiser. Die Mitglieder des Rates sind per Mail bereits informiert worden. Falls Othmar Keiser nicht von sich aus in Ausstand tritt, hat der Rat darüber abzustimmen.

Hugo Halter: Dass diese Frage thematisiert wird, ist absolut richtig. Zufälligerweise betrifft es hier zwei Mitglieder der CVP-Fraktion. Es geht also um einen Grundsatzentscheid. In § 15 Abs 1 der Gemeindeordnung der Stadt Zug ist inhaltlich definiert, was eine Ausstandspflicht sein kann. Im Falle von Franz Weiss trifft das selbstverständlich zu. Franz Weiss ist Korporationsrat. Bereits in der BPK ist er hier richtigerweise von sich aus in den Ausstand getreten. Anders sieht es hingegen bei Othmar Keiser aus. Er ist in keiner operativen Verantwortung und auch in seiner Funktion als Mitglied der RPK nicht in dieses Geschäft der Korporation mit der Stadt involviert. Er ist also weder "Vertragspartei" noch unmittelbar oder "in besonderer Weise" betroffen. Es muss hier schon etwas aufgepasst werden, dass nicht ein Pauschalverdacht gegenüber allen Korporationsbürgern besteht. Ansonsten könnte dieser Pauschalverdacht ins Absurdum getrieben werden. Wäre Hugo Halter als Bürger der Stadt Zug oder als einfaches Mitglied eines Vereins hier ebenfalls betroffen? Hugo Halter stellt deshalb den Antrag, dass für Othmar Keiser hier keine Ausstandspflicht besteht.

Abstimmung

über den Antrag von Hugo Halter, für Othmar Keiser keine Ausstandspflicht vorzusehen:

Für den Antrag von Hugo Halter stimmen alle anwesenden Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR einstimmig und ohne Ermittlung des Gegenmehrs den Antrag von Hugo Halter gutgeheissen hat. Othmar Keiser hat daher nicht in Ausstand zu treten.

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt wird und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Ratspräsidentin Karin Hägi: Nach den Grundsatzvoten werden der Bebauungsplan, die Zonenplanänderung sowie die Änderung der Bauordnung beraten. Allfällige Anträge zu den einzelnen Ziffern sind dann zu stellen.

Grundsatzvoten

Urs Bertschi, Präsident BPK geht davon aus, dass eine spannende Debatte zu erwarten ist. Dies zeigt schon der rege Publikumsaufmarsch. Es ist schon beinahe so, wie wenn es um den Platz der Oberwiler Rebels gehen würde. Urs Bertschi ist positiv überrascht, dass dieses Geschäft hier und heute einen derart grossen Widerhall gefunden hat, obwohl man sich im Vorfeld zu diesem Bebauungsplan eher kommunikativ auf Sparflamme befand. Die BPK behandelte die Gebietsplanung Unterfeld Schleife in 1. Lesung anhand einer spezifischen Traktandenliste an sieben ordentlichen Sitzungen, die von unterschiedlichen Schwerpunkten geprägt waren. Dabei nahm sich die BPK die Zeit und Freiheit, welche sie aufgrund des Projektes aber auch aufgrund der damit aufscheinenden allgemeinen Fragen zum Wachstum, zur Anzahl von Arbeitsplätzen, zum Stadtbild, etc. benötigte. Dies widerspiegelt sich auch im ausführlichen Kommissionsbericht. Ausnahmsweise sind hier auch sämtliche BPK-Protokolle angefügt, um in möglichst objektiver Weise der Debatte in der Bau- und Planungskommission nachträglich folgen zu können. Dieser Aufwand führte zwangsläufig dazu, dass sich die Stadt Zug im überaus sportlich angedachten Fahrplan gegenüber der Gemeinde Baar schon bald einmal im Hintertreffen zur geplanten Abwicklung dieses ausserordentlichen Bebauungsplanes sah. Als vorberatende Kommission erachtete es die BPK zudem als ihre Pflicht, die zentralen Fragen zum Bebauungsplan Unterfeld selber, aber auch wichtige Kontextfragen aufzuwerfen, diese wenn immer möglich zu klären und dazu letztlich auch Antworten zu liefern. Urs Bertschi hofft, dass die Bau- und Planungskommission das in sie gesetzte Vertrauen zu erfüllen vermag und dass der vorliegende, sehr umfangreiche Bericht dienlich war zur weiteren Behandlung dieses besonderen Bebauungsplans. In der Detailberatung wird man bald merken, dass sich im materiellen Bereich der Bestimmungen teilweise noch Spielräume finden lassen, die den einen wo möglich sehr bedeutsam erscheinen, den andern aber vielleicht zu weit gehen. Man wird hier versuchen müssen, diese Balance zu finden. Die BPK jedenfalls ermutigt alle, bei diesem Geschäft genau hinzuschauen, die unweigerlich vorzunehmenden Güterabwägungen sorgfältig vorzunehmen mit dem Ziel, unter allen Titeln und im Sinne einer umfassenden Nachhaltigkeit die Weichen zum Wohle dieser Stadt richtig zu stellen. Wie bereits verschiedenen Medien entnommen werden konnte, empfiehlt die BPK nach intensiven Beratungen diesen Bebauungsplan in 1. Lesung mit 3:6 Stimmen zur Ablehnung. Dies aus folgenden, nicht abschliessend aufgezählten Gründen: Wenngleich der Bebauungsplan technisch sehr solide und so gesehen vorbildlich ausgearbeitet erscheint, hält die BPK diesen Ort für das vorgesehene Projekt nicht als den richtigen. Die Mehrheit der BPK stösst sich insbesondere an der Volumetrie der Bauten, welche im Stadtmodell gut sichtbar werden. Es macht klar, welche baulichen Dimensionen mit dem Projekt auf die Städte Zug und Baar zukommen würden. Eine Überbauung an diesem Ort, auch wenn sie dicht sein soll, muss sich nach Meinung der BPK nicht zwangsläufig in einer derart massiven Volumetrie niederschlagen. Die vorliegenden Visualisierungen vermögen diesen Umstand sehr gut auszublenden. Die Volumetrie des Projekts und seine gesamten Dimensionen - dazu gehört nolens volens auch der Baarerteil - sprengt den bestehenden städtebaulichen Kontext nicht nur an diesem Ort, sondern ganz generell in der Stadt Zug. Für Zug eine neue Liga auf der grünen Wiese. Für die BPK ist dieses Projekt für Zug nicht angemessen. Daran vermochte auch die Tatsache nichts zu ändern, dass es sich hierbei um das Wettbewerbs-Siegerprojekt handelt. Die Mehrheit der BPK hält den vom Projekt definierten Massstab für überdimensioniert. Das Projekt lässt eine angemessene Rücksichtnahme auf die

umliegenden Gebiete vermissen und orientiert sich zu wenig am Kontext der gewachsenen Stadt. Vielmehr ragt das Unterfeld aus Sicht der BPK als massiver zwischenstädtischer Solitär zwischen Zug und Baar auf. Ob der Bebauungsplan, wie vom Stadtpräsidenten heute ausgeführt "eine Art Subzentrum an der Nahtstelle zwischen diesen beiden Gemeinden" oder ob "die Bauten im Park einen interessanten Kontrast zu den bereits bestehenden Siedlungen auf Baarer- und Zuger Seite" zu bilden vermag, muss die politische Diskussion und je nach dem dann vor allem die Zukunft zeigen. Aus Sicht der BPK gehört ein solches Projekt eher in den innerstädtischen Bereich, also an einen Ort, wo alles viel selbstverständlicher ist und wo auch ein hinreichender Publikumsverkehr dafür sorgen kann, dass die angestrebten EG-Nutzungen das Quartier wirklich mit urbanem Leben füllen können. Bei ihrem auch bereits als "mutig" zitierten Beschluss ist sich die BPK durchaus bewusst, dass es bezüglich städtebaulicher Einordnung respektive Angemessenheit kein absolutes richtig oder falsch gibt. Gleichwohl ist die Mehrheit der BPK der Meinung, dass dieser für sie falsche Ansatz mit der Zwischenstadt auf der grünen Wiese so bewerten durfte und für das Stadtbild dieser Stadt Zug auch so bewerten musste. Denn auch der vorgesehene und schön bepflanzte Park, der die Wettbewerbsvorgabe nach einer hohen qualitativen Ausgestaltung des öffentlichen Freiraums an sie unzweifelhaft erfüllt, dürfte aufgrund der ihn umgebenden Gebäudekrone nach Meinung der BPK eher stark beschattet sein. Zudem fragte sich die BPK, ob ein solcher Park auf der grünen Wiese überhaupt Sinn macht. Zweifel hegt eine BPK-Mehrheit auch gegenüber den angestrebten EG-Nutzungen, welche aufgrund ihrer peripheren Lage kaum funktionieren dürften. Das Problem solcher EG-Nutzungen ist schweizweit bekannt. Die quartierinterne Nachfrage dürfte hier kaum genügen und eigentlichen externen Publikumsverkehr dürfte dieses periphere Quartier nicht generieren. Die an sich zu Recht angestrebte Urbanität lässt sich nach Meinung der BPK nicht auf der grünen Wiese planen, wenn ein übergeordneter Kontext fehlt. Ob allein die Stadtbahnhaltestelle diesen übergeordneten Kontext zu generieren vermag, lasse man mal offen. Ob die heute von Implenia zumindest für den noch in ihrem Eigentum stehenden Baarer-Teil angekündigte anfängliche Subventionierung der EG-Nutzflächen hinreichende Wirkung zeigen kann, muss für heute ebenfalls offen bleiben. Gleichwohl sei der Implenia für die klare und verbindliche Kommunikation betreffend EG-Nutzung und Nachhaltigkeit von heute gedankt. Damit aber stellt sich für die Zuger automatisch auch die berechtigte Frage, ob die Korporation auf dem Zuger Teil diesbezüglich auch noch etwas Zusätzliches zu leisten bereit sein wird. Immerhin liess sich die Mehrheit der BPK allein von den von der Korporation zugesagten preisgünstigen Wohnungen von ihren grundsätzlichen Bedenken zum Bebauungsplan nicht abbringen. Das angestrebte Zusammenwirken von verschiedenen Nutzungen auf diesem Areal erscheint der BPK an sich als richtig. Irritierend ist, dass auf dem Baarer-Teil derart viele Arbeitsplätze entstehen sollen, wozu man aus Zuger Sicht nichts zu sagen hat. Ganz generell aber wünscht sich die BPK etwas kleinräumigere, menschenfreundlichere Strukturen, Nischen, verschiedene Plätze und Grünräume. Es stellte sich einer Mehrheit der BPK mitunter auch die Frage, ob eine reine Hochhaussiedlung für Familien überhaupt lebens- und wohnenswert ist. Anzuführen bleibt schliesslich, dass man sich von Seiten der Stadt hier offenbar auch einmal etwas anderes gewünscht hätte. Urs Bertschi zitiert aus dem BPK-Bericht (Seite 4): „Seitens der Stadt hatte man sich ein städtisch orientiertes Projekt vorgestellt (kleinräumiger und menschlicherer Massstab, hohe Dichte, differenziertes Stadtgefüge sowie differenzierter Umgang mit privaten und öffentlichen Aussenräumen, niedriger, unterschiedliche Plätze)“. An sich ziemlich ein deckungsgleiches Anforderungsprofil wie es sich die BPK hätte vorstellen können. Zu guter Letzt bleibt anzufügen: Bezüglich des Bebauungsplanes Schleife besteht ein grosser Wermutstropfen darin, dass dieser Rat bloss den Zuger Teil diskutieren kann, wenn gleich faktisch auch der Bebauungsplan Unterfeld in Baar diese Stadt zumindest städtebaulich nachhaltig tangieren wird. Mit anderen Worten darf hier aus Sicht der BPK von einem gewissen demokratischen Defizit gesprochen werden. Schliesslich aber will die BPK dieser und den kom-

menden Debatten nicht vorgreifen. Noch nichts soll in Stein gemeisselt sein. Urs Bertschi freut sich auf eine angeregte und konstruktive Debatte - zum Wohle dieser Stadt!

Stadtrat André Wicki: Am 3. März 2013 haben die Schweizer Bürgerinnen und Bürger über das Raumplanungsgesetz abgestimmt. Dieses sagt aus, wie die Räume geplant werden wollen bzw. dass der Zersiedelung entgegengewirkt werden soll. Mit 62,9% wurde das Raumplanungsgesetz in der ganzen Schweiz angenommen, im Kanton Zug mit 71,4% und in der Stadt Zug mit klaren 78% noch höher. Das war bereits ein Teilauftrag, den der Stadtrat erhalten hatte, nämlich, dass in der Stadt Zug die Verdichtung mittel- und langfristig angegangen werden soll. Im gleichen Jahr hat der Kantonsrat die Verdichtungsgebiete bestimmt und im Richtplan eingetragen. Somit war das Puzzle vom Kantonsrat vollständig, damit hier eingestiegen werden konnte. Stadtrat André Wicki möchte hier etwas ausholen, damit alle einen Gesamtüberblick erhalten: Das Projekt deckt alle Punkte ab, die zu einem guten, verträglichen, ökologischen und wirtschaftlichen Projekt beitragen, nämlich: Arbeiten, Gewerbe und Bildung mit Wohnen unter einem Dach. Es muss doch das Ziel sein, Wohnen und Arbeiten näher zusammenzubringen und möglichst nahe beim ÖV und beim Abfluss sprich Autobahn zu sein. Die Erholung für Bewohner/innen ist vor der Tür mit einem öffentlichen Park gut erschlossen sowohl für Fussgänger wie auch Velofahrer. Es ist verkehrstechnisch ideal gelegen (Stadtbahn, kantonales Fuss- und Radwegnetz, Nordstrasse und Autobahn). Es besteht ein sicherer Zugang zu den Sport- und Naherholungsanlagen im Westen durch die Unterführung unter der Nordstrasse hindurch. Das Busnetz ist ausbaubar. Zwei Optionen sind rechtlich gesichert auf der Nordstrasse oder Quartierstrasse Nord-Süd. Es bietet viele Spiel- und Sportangebote (Sportband und Park). Es bietet einen Quartierplatz mit Pavillon und angrenzendem Badeteich mit attraktiven Holzplattformen und Stegen und es wird eine nachhaltige Mobilität gefordert. Es gibt ökologische Mehrwerte wie beim Stampfibach, der auch ein Ruhewasserbecken erhält und dass 30% der Parkfläche ökologisch wertvoll sein müssen. Das Regenwasser wird zur Retention dem Park bzw. dem Teich zugeführt. Es gibt den langersehten preisgünstigen Wohnungsbau. (370 Wohnungen). Die Korporation redet hier von Kosten für z.B. eine 4,5-Zimmer-Wohnung von CHF 1'600.00. Dann kann noch der Zuschuss des Wohnförderungsgesetzes des Kantons von CHF 400.00 in Abzug gebracht werden, also liegt die Wohnung dann z.B. bei CHF 1'200.00. Stadtrat André Wicki wurde schon darauf angesprochen, dass da ein Armenghetto gebaut wird. Mitnichten, dies ist unbegründet. So erfüllen in der Herti 6 von der Korporation nur etwa 18% der Mieter die Kriterien für die Unterstützung des Kantons. In der Ortsplanung wurden vier Gebiete mit überlagerter Zone für preisgünstigen Wohnungsbau definiert. Drei waren schon im GGR, das vierte liegt heute auf dem Tisch. Stadtrat André Wicki ruft in Erinnerung, dass im Zuge der Ortsplanungsrevision 2009 in der Herti Nord 26'000 m² Bauland Korporationsland ausgezont wurden. Dies um im Gegenzug im Unterfeld Schleife 17'600 m² Korporationsland für den preisgünstigen Wohnungsbau einzuzonen. Es steht eine unterdurchschnittliche Anzahl Parkplätze zur Verfügung, d.h. rund ein Drittel der Wohnungen auf Zugergebiet wird keine Parkplätze haben. Die Qualität der Überbauung wird bei der Realisation zusätzlich mit einem siebenköpfigen Fachgremium gesichert. Zugunsten all dieser Qualitäten wurde auch die maximal zulässige AZ von 3,5 gemäss kantonalem Richtplan nicht ausgeschöpft. Die AZ im Unterfeld/Schleife liegt "nur" bei 2,1. Zudem wird das Areal mit einem hochwertigen Nachhaltigkeitslabel zertifiziert (dem Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS). Entwickelt wurde dieser Standard auf Initiative von der Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Die Ziele der 2000Watt fliessen darin ein. Er besitzt durch seine breite Abstützung grösste Glaubwürdigkeit. Und zu guter Letzt: Es ist ein sorgsamer Umgang mit dem endlichen Gut Boden ... und das wollen doch alle ... es gäbe noch eine Menge an guten aufzählenden Beispielen, die dieses Projekt auszeichnet. Diese finden sich in den Unterlagen. Die Tiefe der Planung, die umfassende Bearbeitung und die detaillierten Bestimmungen setzen für einen Bebauungsplan der Region Zug neue Massstäbe. Das hört sich ja alles gut an. Wie ist man überhaupt zu diesen Resultaten ge-

kommen? Zum zweiten Mal wurde eine Bebauung mit einem einheitlichen, gemeindeübergreifenden Konzept vorgelegt. Der erste Bebauungsplan war Lüssi/Göbli. Es wurde ein gemeinsamer Wettbewerb durchgeführt. Gemeinsame Richtlinien für den Städtebau und die Umgebung wurden erarbeitet. Es fand eine enge gemeindeübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Exekutivmitgliedern und den Fachleuten der Gemeinden d.h. der Behördendelegation statt, die in sehr vielen Meetings den Bebauungsplan kritisch hinterfragten und viele Punkte einbringen konnten. Der gesamte Planungsprozess (Wettbewerb, Verdichtung, Bebauungsplan) wurde durch einen hochkarätigen Beirat begleitet. Die SBK und der Kanton haben das Projekt gewürdigt und verschiedene Vorbehalte wurden im Bebauungsplan umgesetzt. Danach hat die BPK das Projekt in sieben Sitzungen besprochen und weitere gute Punkte eingebracht. Nach der Festsetzung des Bebauungsplanes wird das Projekt in allen Etappen durch eine Gestaltungskommission begleitet (Vertreter des Beirats, Stadtarchitekt, Mitglied SBK, Vertreter von Baar). Und noch ein kleiner Hinweis: Die Planungskommission der Gemeinde Baar hat das Projekt Unterfeld (Bebauungsplan, Zonenplanänderung, UVB) zu Null beschlossen. Formell ist noch auf folgender Punkt hinzuweisen: In vorbildlicher Weise wurde über das ganze Gebiet Zug Baar ein Umweltverträglichkeitsbericht (UVB) erstellt. Nötig wäre er nur für das Gebiet Baar. Die BPK hat sich auch mit diesem Bericht eingehend auseinandergesetzt, kam aber zum Schluss, sie müsse nicht darüber beschliessen. Gleichwohl braucht es nach Auffassung des Stadtrats auch auf Zuger Seite einen entsprechenden Beschluss. Der UVB wird mit dem Bebauungsplan 30 Tage öffentlich aufgelegt und muss deshalb vom GGR mit dem Bebauungsplan zu Händen der öffentlichen Auflage ebenfalls verabschiedet werden. Ja, man soll kritisch sein, das waren alle von aller Anfang an und das ist auch richtig so. Auf allen Ebenen wurden die Punkte eingebracht und nun liegt ein wegweisendes und ausgereiftes Projekt vor für Zug, für Baar, für die bestehende und auch für die zukünftige Bevölkerung. Stadtrat André Wicki freut sich auf die folgende Diskussion, um einen nächsten wichtigen Schritt für Zug und Baar zu machen.

Richard Rüegg: Was erhält man mit dem Bebauungsplan 7505? Nach Meinung der CVP-Fraktion ist dies ein Bebauungsplan mit sehr hoher Detailtiefe. Er überzeugte die CVP-Fraktion in der BPK durch seinen Qualitätsstandard und seine Nachhaltigkeit. Lobenswert findet die CVP-Fraktion die Bemühungen der Bauherrschaft, die Bevölkerung mit öffentlichen Anlässen in Baar einzubeziehen. Trotzdem wurde der Bebauungsplan nach langer Beratung abgelehnt. Falsches Konzept für diesen Ort? (Wenn ja, wo dann im Kanton Zug?) Man befindet sich hier in einer gültigen Bauzone, wobei die Korporation bei der Zonenplanrevision entlang der Lorze Auszonungen zuließ und dafür mit diesem Baugebiet Ersatz erhielt. Zudem wird dieses Gebiet im kantonalen Richtplan dem Wachstumsgebiet mit hoher Dichte, Ausnützung bei 3,5, zugewiesen und als geeignet festgelegt. Die Korporation als verlässlicher Partner wird auf der Zuger Gemeindeseite preisgünstige Wohnungen (zirka 370 Stück) erstellen. Das entspricht einem Anteil für Wohnen von über 60% der Gesamtfläche. Auf der Baarer Seite werden zirka 70 Wohnungen im preisgünstigen Segment erstellt. Die Angst vor dem Verkehrskollaps! Wie bereits bekannt ist, stehen sehr wenige Parkplätze zur Verfügung. Dafür hat diese Überbauung eine sehr gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr mit S-Bahn-Haltestelle und Bus an der Nordstrasse/Baarerstrasse. Zudem führen der kantonale Veloweg und diverse Fusswege unmittelbar daran vorbei. Durch den Gewerbe-Anteil in dieser Überbauung erhofft man sich, dass viele, die hier arbeiten, auch hier wohnen werden und so weniger Pendlerverkehr entsteht. Die Erschliessung des Zuger Quartiers erfolgt über den Feldpark zur Feldstrasse und belastet somit die Nordzufahrt gering. Was passiert, wenn dieser Bebauungsplan verhindert wird? Wie schon erwähnt handelt es sich um Bauland, es würde also trotzdem gebaut werden. Nur hätte man dann keine Qualitätssicherung in Baar. Ebenso könnte die Stadt Zug keinen Einfluss darauf nehmen, was auf der Baarer Seite gebaut wird, und auf der Zuger Seite wird es dann ähnlich wie beim Feldpark. Die Nordstrasse würde der Baarerstrasse gleichen mit einzelnen Baukörpern ohne Konzept und Bild. Will man

das? Zum Schluss noch ein paar Vergleichszahlen, was bis jetzt in diesem Gebiet gebaut worden ist und zu welchem Personenzuwachs dies führte:

- Herti: zirka 810 Personen
- Feldhof: zirka 850 Personen
- Unterfeld: würde zirka 1250 Personen in dieses Gebiet bringen (normaler und preisgünstiger Wohnungsbau), 2/3 auf der Baarer Seite und 1/3 auf der Zuger Seite, was zirka 420 Personen für die Stadt Zug bedeutet. Dies erachtet die CVP-Fraktion für Zug als angemessenes Wachstum der Bevölkerung.

Die CVP-Fraktion wird grossmehrheitlich dem Bebauungsplan, der Zonenplanänderung sowie der Änderung der Bauordnung zustimmen. Richard Rüegg fand es sehr speziell und fragwürdig, dass diverse Protokollauszüge der BPK ohne sein Wissen beigelegt wurden und sogar namentlich verfasst, obwohl die anonyme Fassung bei Veröffentlichung von Protokollen in der BPK beschlossen worden war.

Jürg Messmer: Die SVP-Fraktion hat es sich nicht einfach gemacht und lange über diesen Bebauungsplan diskutiert. Jürg Messmer zeigt dazu drei Bilder auf.

- Herti-Quartier: die linke Seite zeigt eine Aufnahme aus dem Jahre 1960, die rechte Seite zeigt die Überbauung 2010.
Grafenau: Hier wurde massiv gebaut.
- Riedmatt: 1988 gab es hier noch grüne Felder, 2010 sieht man, wie die Überbauung vorstatten geht.

Diese Bilder stammen alle von der Homepage der Stadt Zug und zeigen, dass die Stadt Zug nicht ein kleines Indianerdorf bleibt, sie wächst. Auch Manhattan war einmal ein Indianerdorf und ist gewachsen. Jürg Messmer möchte damit nicht sagen, dass er die Stadt Zug gegen Manhattan eintauschen möchte. Es kann aber nicht verhindert werden, dass die Stadt Zug und auch die Gemeinde Baar wachsen werden. Die BPK hat vieles bereits angesprochen: Es handelt sich um eine solide Vorlage, jedoch am falschen Ort. Mit der soliden Vorlage geht Jürg Messmer mit der BPK einig. Der falsche Ort ist aber aus Sicht der SVP-Fraktion nicht gegeben. Es ist der richtige Ort. Jürg Messmer wüsste nicht, wo man ansonsten in der Stadt Zug oder in der Gemeinde Baar ein solches Projekt hinstellen möchte. Das vorliegende Projekt ist zudem 100mal schöner als das, was beim Feldpark hingestellt wurde. Wenn er sich überlegt, ob er in diesen Wohnungen irgendwann leben möchte, kann er mit ruhigem Gewissen sagen: ja, Jürg Messmer könnte sich vorstellen, dort irgendwann einzuziehen, wenn er aus Altersgründen eine kleinere Wohnung brauchen würde. Wenn er bedenkt, dass er vor der Haustüre einen Badesee hat, daneben gleich einen Spielplatz für die Gross- oder dannzumal sogar Urgrosskinder, da kann er sich durchaus vorstellen, dort zu wohnen. Dass ein Park in eine grüne Wiese gebaut wird, sei falsch. Die grüne Wiese verschwindet. Es ist Bauland WA5, es wird überbaut. Das garantiert Jürg Messmer, es ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Mit der heutigen Vorlage bekommt die Stadt Zug etwas Ansprechendes. Der Stadtrat hat es eingehend gesagt: Es war eine enge Zusammenarbeit mit Baar, der Stadt Zug, der Stadtbildkommission, den Investoren usw. Was will man mehr? Will man wirklich diesen Bebauungsplan ablehnen? Dann gibt es am Schluss dort irgendwo Hochhäuser, ohne dass sich die Stadt Zug dazu äussern kann. Das wäre falsch. Wenn dieses Projekt abgelehnt wird, gibt es dort sehr wohl eine Überbauung, mit Sicherheit aber keinen Badesee, keinen Innenpark und auch keinen solchen Spielplatz, der zudem öffentlich ist. Die Bevölkerung kann diesen Badesee nutzen. Wenn der Zugersee überfüllt ist, kann man diesen See nutzen. Jürg Messmer fährt täglich die Nordstrasse, morgens Richtung Baar, da hat es keinen Stau, und abends Richtung Zug, da hat es auch keinen Stau. Täglich steht Jürg Messmer jedoch hier in der Vorstadt im Stau, wenn er von der Chamerstrasse her kommt. Jürg Messmer könnte darüber jammern, aber das ist wäre ein Jammern auf sehr hohem Niveau. Wer war schon zu den Stosszeiten in Zürich? Da steht man nicht einfach vor der Türe, sondern bereits auf dem Autobahnzubringer oder sogar in der Brun-

au und zwar täglich während 24 Stunden. Man kann durchfahren wann man will. Zürich hat ein Stauproblem, Zug oder Baar aber nicht. Das vorliegende Projekt mit der vorgesehenen Parkplatzzahl liegt 30% unter dem Mindestbedarf. Der Anteil der preisgünstigen Wohnungen liegt bei 60%. Diese werden von Privaten investiert und gebaut. Jürg Messmer ist sehr froh, dass dies nicht der Stadtrat macht, denn dann würde Jürg Messmer das Projekt ablehnen. Es wissen alle hier im Saal: Der Stadtrat ist ein schlechter Liegenschaftsverwalter. Das wurde schon genügend erklärt. Die Stadt Zug erhält mit diesem Bebauungsplan sehr viel. Die SVP-Fraktion wird daher grossmehrheitlich diesem Bebauungsplan in 1. Lesung zustimmen. Die meisten Anträge der BPK werden von der SVP-Fraktion mitgetragen, zwei werden aber abgelehnt. Persönlich bedauert es Jürg Messmer sehr, dass die BPK die Vorlage abgelehnt hat. Wenn über diesen Bebauungsplan diskutiert wird, muss man sich bewusst sein: Es gibt kein Recht auf Aussicht. Die Nachbarschaft wird natürlich nicht begeistert sein, wenn 100 m daneben ein Haus gebaut wird. Das kommt aber sowieso, entweder mit dem heutigen Bebauungsplan oder dann in naher Zukunft mit einer anderen Bebauung, zu dem hier nichts gesteuert werden kann. Jürg Messmer ersucht daher im Namen der SVP-Fraktion, den Bebauungsplan in 1. Lesung zu verabschieden und diesem zuzustimmen. Die SVP-Fraktion macht dies grossmehrheitlich.

Roman Burkard: Das grenzübergreifende Projekt im Unterfeld ist ein koordiniertes Verbindungsglied zwischen den Gemeinden Zug und Baar. Der Standort ist aus raumplanerischer, städtebaulicher und verkehrstechnischer Sicht absolut prädestiniert. Zug muss sich weiterentwickeln und mit grossmassstäblichen Konzepten an den dafür vorgesehenen Standorten die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung schaffen. Der Bebauungsplan ermöglicht eine etappierte Entwicklung und bietet die Gelegenheit für eine schrittweise Verdichtung. Die gemischte Nutzung und eine ausgewogene Durchmischung wie es der Bebauungsplan vorsieht, sind Grundvoraussetzungen für funktionale städtische Strukturen. Reine Wohn- oder Industriequartiere sowie kleinmassstäbliche Bauformen haben nicht das Potential, solches zu leisten. Mit dem Projekt kann verhindert werden, dass ausserhalb des Stadtzentrums eine Bebauung mit Agglomerationscharakter entsteht. Roman Burkard appelliert an alle, endlich einmal in städtischen Strukturen zu denken und die agglomerationsgesteuerten Instinkte beiseite zu legen. Auch kann sich die Stadt Zug glücklich schätzen, Bauherren zu haben, die bereit sind, mit einer sorgfältigen Planung ein neues Stück Stadt zu schaffen und somit zur Steigerung der Lebensqualität und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beizutragen. Der Bebauungsplan und das damit verbundene Projekt im Unterfeld sind ein Zeichen für den wirtschaftlichen Erfolg und das damit verbundene Wachstum, welches die Möglichkeit gibt, mit den finanziellen Annehmlichkeiten Rahmenbedingungen zu schaffen, von welchen alle profitieren können. Wer das Wachstum per se in Frage stellt, dem sei gesagt, dass sich eine Stadt nicht einfach konservieren lässt, sonst läuft man Gefahr, dass mit einzelnen baulichen Interventionen ein Flickwerk entsteht, welches nicht die gewünschten Qualitäten aufweist. Das Projekt muss als Chance gegen die schleichende Zersiedelung genutzt werden und gleichzeitig das Wachstum an den dafür vorgesehenen Standorten zu konzentrieren. Mit einem Nein zum Bebauungsplan sagt man Ja zur Zersiedelung. Man vergibt damit die Chance, diese Stadt auch über die Grenzen zu entwickeln. „Schauen Sie deshalb über den Tellerrand hinaus und sagen Sie ja zu diesem zukunftsweisenden und einmaligen Vorhaben.“ Die FDP Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrats zur Zonenplanänderung, zum Bebauungsplan und der Änderung der Bauordnung §54b in 1. Lesung einstimmig.

Ignaz Voser: Schon der Titel, die Unterlagen und die ergänzenden Berichte zu dieser Vorlage liessen ein gewichtiges Geschäft vermuten. Man darf durchaus von einem Meilenstein in der regionalen Entwicklung der Städte Baar und Zug sprechen. Spätestens nach dem Aufschlagen des mitgelieferten Faltprospektes mit den Visualisierungen fühlte man sich darin bestätigt und in eine andere Welt katapultiert. Wo ist das? Welche Stadt wird hier abgebildet. Auf welchen Kon-

inent befindet man sich? Brasilia! 70er Jahre Euphorie! Das Kopfkino flog mit einem um die ganze Welt, um dann zwischen Zug und Baar zu landen. So sollen also Baar und Zug zusammenwachsen! Mit einem Megaprojekt und mit Wohntürmen gigantischen Ausmasses. Einem dazwischen liegenden Park zum Flanieren und einen Teich zum Baden. In den überaus ausführlichen Berichten und Unterlagen wird viel Nachhaltigkeit und eine stattliche Anzahl preisgünstiger Wohnungen versprochen, das begrüsst die Fraktion Alternative-CSP sehr, aber zusammen mit diesem Megaprojekt - Nein Danke! Hier findet nicht wirklich ein Zusammenwachsen statt, sondern vielmehr ein Auseinanderdividieren durch ein völlig neues Stadtquartier. Das Unterfeld, die Zwischenstadt, Zug davor und Baar dahinter. So sieht's aus! Die Fraktion Alternative-CSP ist sich durchaus bewusst: man redet hier über Bauland und nicht über eine grüne Wiese, die nicht überbaut werden soll. Die Fraktion Alternative-CSP war 2009 bei der Ortsplanung zwar gegen die Einzonung der auf Zuger Boden gelegenen Parzelle, war aber am Schluss der Meinung, das sei verbunden mit preisgünstigem Wohnungsbau noch verkraftbar. Darum kümmert es die Fraktion Alternative-CSP schon, wie und in welchem Ausmass jetzt gebaut wird. Von den schönen Visualisierungen mit den vielen Leuten im Park und auf den Gehwegen möchte man sich nicht verleiten lassen: viel mehr stellt die Fraktion Alternative-SP sich dazu diverse wichtige Fragen, Fragen um Gestalt und Entwicklung und generell zum Städtebau, die da wären:

- Ist dieses Projekt das richtige für diesen Zwischenraum und ist diese grobe Klotzerei nicht einfach nur Gift für unsere Stadt?
- Ist es richtig, ein Schulhaus in einem privaten Wohn- und Gewebegebäude unterzubringen, wenn in der Herti auf stadteigenem Land noch genügend Platz vorhanden ist?
- Wie soll und kann die angespannte und schon sehr kritische Verkehrssituation auf der Nordzufahrt funktionieren, wenn diese Grossüberbauung steht? Zudem war kürzlich in der Zeitung zu lesen, dass hier noch ein Quadrolit in Baar mit zirka 1'000 Arbeitsplätzen gebaut wird. Diese werden mit Sicherheit nicht alle mit dem Fahrrad kommen.
- Ist es richtig, hier ein Subzentrum zwischen Zug und Baar zu erstellen und ein in sich geschlossenes Quartier zu schaffen ohne Bezug zur gewachsenen Stadt, den nahegelegenen Sportanlagen und zu den Erholungsräumen der Lorzenstadt?
- Wie und wo machen Gross- und Macro-Verdichtungen Sinn und wie vertragen sich diese mit dem Stadtbild?
- Wer soll in diese Wohnungen einziehen und welcher Ladenmix ist für die Erdgeschossnutzung an gedacht?
- Ist es richtig, ausgerechnet hier eine weitherum sichtbare Gruppe von Hochhäusern weitab der Stadtzentren zu erstellen, wo doch die bisher vorliegenden Hochhausstudien eher die stadtnahen Gebiete und entlang der Baarerstrasse dafür vorsehen.
- Und zu guter Letzt stellt sich eine der mit diesem Projekt unweigerlich verbundenen Hauptfragen: Wieviel ist genug? Will und braucht man dieses entfesselte Wachstum in Gestalt einer Trabantenstadt ausgerechnet an diesem Ort?

Das bezweifelt die Fraktion Alternative-CSP. Weiter bezweifelt sie stark, dass hier ein wirklich identitätsstiftender Ort zwischen den beiden Städten Zug und Baar entsteht, schlimmer noch, die Fraktion Alternative-CSP befürchtet, dass dadurch das Siedlungs- und Stadtbild Schaden nimmt und den Stadtzentren von Zug und Baar die Show stiehlt. Die übergrossen, massigen Wohntürme wirken erdrückend und die grosse Anzahl Wohnungen monoton geschichtet vermitteln einem den Eindruck als hätte es die Zuwanderungsinitiative nie gegeben. Ignaz Voser staunt schon ob Jürg Messmer: da muss eine grosse Portion Disproportionalität in den Köpfen der SVP-Leuten sitzen. Wie kann man sich ständig beklagen, dass die Zuwanderungsinitiative nicht durchsetzbar ist, aber überall, wo man die Voraussetzungen schafft, weiterhin Leute in die Schweiz zu holen, wird zugestimmt. Und man müsste auf Teufel komm raus möglichst schnell und möglichst viele Leute in Zug und Baar ansiedeln. Vergessen oder absichtlich links liegen gelassen scheinen die Erkenntnisse, welche man am 9. Mai 2006 nach breiter Vernehmlassung in der Bevölkerung, im

Entwicklungskonzept „Strategie der räumlichen Entwicklung der Stadt Zug“ aus dem Jahr 2006 niedergeschrieben hat und die da lauten: "Zug strebt ein massvolles, kontinuierliches Wachstum an." In Anbetracht des starken Wachstums der vergangenen Jahre liegt das Schwergewicht des Konzeptes auf einer qualitätsvollen Entwicklung von Stadt und Region Zug. (In diesem Fall Baar) Es gilt die hohen Qualitäten des Ortes zu bewahren bzw. auszubauen. Dabei wird dem intakten Zuger Landschaftsraum, den unterschiedlichen Facetten der einzelnen Quartiere, den stadtprägenden Orten und Bauten sowie den gewachsenen Strukturen besonders Beachtung geschenkt." Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben scheint dieses Projekt völlig quer in der Landschaft zu liegen. Einen Massstabssprung von 5- bis 6geschossigen Gebäuden in der nahen Umgebung zu den 18geschossigen Unterfeld Gebäuden kann man nicht wirklich mit Rücksicht auf gewachsenen Strukturen nennen. Bei einem Projekt dieser Grösse und Umfang hätte es die Fraktion Alternative-CSP begrüsst und es wäre einem weiteren Kreis der Zuger- und Baarer Bevölkerung wie 2006 mit dem Entwicklungskonzept möglich gewesen, in der Prozessentwicklung mitzuwirken. Leider ist man hier einen andern und die Fraktion Alternative-CSP meint den falschen Weg gegangen. Es bleibt nur noch die Volksabstimmung. Zuerst müssten die Diskussionen um Wachstum und den daraus resultierende Städtebau und die Hochhausstrategien geführt und entschieden werden, und das möglichst gemeindeüberreifend, bevor man dem GGR eine solche Trabantenstadt mit vielen Wenn und Aber's zum Abnicken auf den Tisch legt. All das ist mit der vorliegenden Gebietsentwicklung nicht berücksichtigt. Die Fraktion Alternative-CSP wünscht sich ein weitaus ortsverträglicheres Projekt und eine breit abgestützte Vernehmlassung bezüglich Stadtentwicklung, Wachstum und Hochhauskonzept. Das Unterfeld braucht darum eine Volksabstimmung. Die Fraktion Alternative-CSP sieht dieser Gebietsentwicklung in diesem Sinne sehr kritisch gegenüber und stellt sich hinter Bericht und Antrag der Bau- und Planungskommission.

Louis Bisig: Bei der öffentlichen Informationsveranstaltung zur Gebietsplanung Unterfeld Baar/Zug am 30. September 2015 in Baar wurden die Anwesenden humorvoll von Stadtrat André Wicki mit den Worten begrüsst: „ Die Baarer bringen das Bier und wir den See“. Der GGR behandelt heute am See und ohne Bier ein bedeutendes, die Landschaft prägendes Bauprojekt an der Stadtgrenze. Der sorgsame Umgang mit Bauland bedingt, dass verdichtet gebaut wird. Dazu hat der Kanton Siedlungsbegrenzungslinien zur Sicherstellung von Freiräumen festgelegt und Verdichtungsgebiete ausgeschieden. Das Unterfeld liegt in diesem Verdichtungsgebiet am Haupterschliessungsstrang von Baar und Zug. Dank der Stadtbahnhaltestelle Lindenpark bestehen hier sehr gute Voraussetzungen für ein Wohn- und Arbeitsquartier. Die SP-Fraktion weiss, dass eine der letzten noch unbebauten Flächen zwischen Zug und Baar mit dem Entscheid über diesen Bebauungsplan überbaut und geprägt wird. Es liegt ein vorbildlicher Bebauungsplan für ein gutes Projekt vor. Die SP-Fraktion hat aber eine kritische, mehrheitlich ablehnende Haltung bezüglich des Standorts dieses Projektes. Sie ist der Meinung, dass dieses Projekt im Unterfeld nicht am richtigen Ort liegt. Wie im „Hochparterre“ von Andres Herzog beschrieben, soll hier eine Art Stadt „en miniature“ entstehen - ein Häusering um einen Central Park. Es wird ein urbanes Bild generiert. Die SP-Fraktion meint dazu: Wäre es nicht angebracht, an diesem Ort umringt von Häusern der Siedlungsbegrenzung die Lorzebene als Central Park zu definieren und hierfür die Gebäudehöhe zu senken und einen kleineren identitätsstiftenden Park zu bauen? Gemäss dem vorliegenden Projekt soll hier eine prägnante, urbane Überbauung zwischen zwei Zentren gebaut werden. Es stellt sich die Frage, in wie weit sich an diesem Ort Nutzungen heranziehen lassen, welche wirklich beleben. Eine nachhaltige wirtschaftliche Nutzung bedingt nach Meinung der SP-Fraktion, dass in diesem Bereich verbindliche Zusagen zwischen Bauherrschaft und Investor erfolgen müssen. Nicht selten müssen Erdgeschossnutzungen wie z.B. Europa Allee in Zürich quersubventioniert werden, damit sie überleben können. Dieses Anliegen greift zwar in die wirtschaftliche Gestaltungsfreiheit eines Anlegers, ist dennoch aber unerlässlich. Trotz Bekennnis und Vertrauen in die Investorin bezüglich Nachhaltigkeit, hat die SP-Fraktion die Erfah-

rung gelehrt, dass die Versprechen nur mit Überbindungen an den Käufer wirksam werden. Vor wenigen Stunden haben die GGR-Mitglieder ein Schreiben erhalten, in welchem die Implenia sich dazu bekennt, die Mietzinse für die EG-Nutzung auf ein mieterfreundliches Niveau zu bringen. Sie erhofft sich damit, einen Anreiz zur zügigen Belebung des Quartiers zu schaffen. Das begrüsst die SP-Fraktion. Die Gespräche werden auch mit den übrigen Grundeigentümern geführt. Mit dem Blick auf das Gesamtprojekt handelt es sich um ein überaus voluminöses Projekt bezüglich Dimension des Bauens sowie der Beteiligten. Der Zuger Teil, über den der GGR entscheidet, kann nicht völlig losgelöst von der Gesamtüberbauung diskutiert werden. Gerade weil man über die Gemeindegrenzen hinaus denkt, kann es einem nicht egal sein, was der Nachbar baut. Dieses Bauprojekt prägt ein neues Stadtbild. Es ist sinnbildlich für das Wachstum, welches Zug befällt, und birgt die bekanntlich damit verbunden Herausforderungen, wie Verkehr. Diesen Anliegen kann das vorliegende Projekt nicht gerecht werden. Bezüglich Gefahren und Risiken gilt auch Folgendes zu beachten: Angenommen das Unterfeld wird wie vorgesehen in Etappen gebaut und schlussendlich kommt aber vielleicht das Hotel nicht, das Kino bleibt weg, die publikumsattraktive Nutzung im Erdgeschoss harzt, was bleibt dann vom Ort mit starker Identität? Eine ungewisse Zeit mit ungewissem Ausgang. Die Verdichtung zur Schonung der Landschaft hat sicher ihren Preis mit Risiko. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass ein Projekt von dieser Dimension, welches Zug verändern wird, alle Zuger und Zugerinnen betrifft. Die Stimmenden haben zwar kein Mitwirkungsrecht bei einem privaten Projekt, aber ihnen soll ein Mitentscheidungsrecht zu kommen. Im Rat kann nur der Zuger Teil behandelt werden. Im Detail wird der GGR nachfolgend über den Bebauungsplan verhandeln. Vorab gilt zu würdigen, dass die Korporation mit diesem Projekt preisgünstige Wohnungen schaffen. Dass die Kooperation diesem Anliegen der SP folgt, dafür ist die SP-Fraktion dankbar. Die Verlinkung zwischen Wohngrösse und Schulhaus wird von der SP-Fraktion nicht befürwortet. Die SP-Fraktion lehnt ein Primarschulhaus in einer Gewerbezone ab.

David Meyer hat sich darauf gefreut, ein modernes Quartier vorgeschlagen zu bekommen: urban, durchmischt, 2000 Watt und vieles mehr, worauf man heute schaut. Und man gab sich redlich und ehrlich Mühe, ja man hat wahrlich die Absicht, dies alles in die Planung einzubeziehen, und das ist auch da zu finden. Es soll eine urbane Stadt werden. Ihr Mittelpunkt ist ein Park, eine Grünfläche mit Teich, die Häuser umstellen ihn und gehen der Grünfläche zu liebe in die Höhe. Die Sichtung der Pläne brachte David Meyer ein déjà-vue: die Siedlungsstruktur erinnerte ihn an bereits Bekanntes. Er ging auf die Suche und wurde nach wenigen Minuten fündig. David Meyer zeigt am Beamer verschiedene Aufnahmen und erläutert diese wie folgt:

- Paris: Hier sieht man eine grosse Siedlung mit viel Grünfläche, am Stadtrand gelegen. Daneben Wiese, auf der anderen Seite Eisenbahnlinie, langezogene und hohe Häuser gemischt, mit Platz für Hochstämme-Bäume dazwischen. Es sieht eigentlich ganz vernünftig aus. Nun, es ist Paris, wurde in den 60er Jahren gebaut, und das Bild hier ist das oberste Bild bei Wikipedia zum Thema "Banlieu". David Meyer zitiert aus jener Seite: „Die cites entwickelten sich von "Zentren der Moderne" zu "Orten des sozialen Abstiegs" und sind bis heute so geprägt.“ Die Siedlungsstruktur mit der Grundidee gibt es auch hier in Zug: hohe Häuser umgeben mit viel Grünfläche gibt es auch.
- Aarau Telli Quartier: Hier besteht ein Park wie beim Unterfeld geplant, Hochstamm-Bäume zwischen den Häusern. Ein weiteres Bild zeigt den Blick vom Boden in das Quartier.
- Siedlung St. Johannes im Herti. Sie hat die gleiche Struktur wie sie in den Cites Paris, dem Telli Aarau und auch im Unterfeld geplant ist: zentrale Grünfläche umrahmt mit hohen Blöcken und hier auch mit einem Hochhaus. Planungsepoche 1960er Jahre. David Meyer wurde erläutert, dass dies ein belebtes Quartier sei. Für ihn war das unerwartet, also ging er hin, um sich das anzuschauen. Wunderbares Wetter, Läden geöffnet, Kinder haben schulfrei und in der Innenstadt wimmelte es von Leuten, Zeitpunkt zirka 15:00 Uhr. Der

Blick vom Nordrand auf die Grünfläche zeigt: Rechts der Ping-Pong-Tisch, die Bäume, die Fussballwiese. Die roten Punkte auf dem Bild sind die Menschen, die die Belebung sind. Der Blick nach Osten über die Grünfläche: Rechts das Hochhaus, dann die Spielwiese, hinten das Basketballfeld, das Bänklein, hier vorne Rückzugsort mit Hecke. Die roten Punkte sind die Menschen. Der Blick nach Westen: Der Ping-Pong-Tisch, mehrere Bänklein, der Spielplatz mit Rutschbahn, Klettergerüst. Die roten Punkte sind die Menschen, die für die Belebung sorgen. Die Arena mit den Steinstufen zum Hüpfen oder so und den Bäumen, zwischen Hochhaus und den südlichen Blöcken. Und wieder, man beachte die roten Punkte. Vielleicht ist der Zeitpunkt schlecht gewählt? David Meyer wechselt über die Strasse ins Eichwald: Auch hier, erst ein Blick auf die Siedlungsstruktur. arhythmische Grundrisse der Gebäude, Innenhöfe, Verbindungswege. Weiss auf dem Bild eingezeichnet wieder die Baufläche des Unterfelds, etwas grösser als das Eichwald. Der erste Innenhof zeigt: Doch, es gibt Leben auf diesem Planeten, ein Kind das da spielt, der Rote Punkt. Zweiter Innenhof: Vater mit drei Kindern im Sandkasten. Nächster Innenhof: drei Kinder, mit Trotti, an der Kletterstange, am Träumen. Im Zwischenbereich: zwei Mädchen auf der Schaukel. An dieser Stelle waren die Untersuchungen von David Meyer ausreichend und er sagte sich, es könne ja nicht sein, dass im St. Johannes niemand da ist, worauf er nochmals zurückging. Und tatsächlich, es war jemand da: es lief eine Person vom Einkaufen drüben im Hertzentrum zurück in die Wohnung. Der Belebungsindex vom St. Johannes mit zentraler Grünfläche versus Eichwald mit arhythmischer Siedlungsstruktur zeigt: ein Verhältnis von 1:20. Auch der Balkon-Index, bei dem man die persönlichen Gegenstände als Massgrösse nimmt, sieht gleichermassen einseitig verteilt aus. vier Büsche beim oberen Bild, eine ganze Menge Büsche, Tüchlein etc. beim unteren Bild. Und beim unteren Bild sind nur halb so viele Balkone wie beim oberen.

Ein mutiger Wurf sei es, das Unterfeld, so wurde von den Projektentwicklern bei ihrer Präsentation erläutert. Da gibt David Meyer ihnen sogar Recht, er ist sehr mutig. Leider ist es aber nicht jener Mut, den man sich wünscht. Hier versucht man mit Konzepten der 60er Jahre am Stadtrand eine Stadt zu bauen. David Meyer bevorzugt klar, die bestehende Innenstadt aufzuwerten: Läden und Gewerbe im Zentrum zu konzentrieren. Bei einer Verstreuung von Läden über das ganze Stadtgebiet, wie hier beim Unterfeld vorgesehen, geht die Konzentration an nahe beieinander gelegenen Läden verloren. Die Läden werden vermutlich mit einem Coiffeursaloon, einem Immobilienbüro oder einem Ableger der Spitex belegt, also nichts, das irgendwelche Laufkundschaft bringt. Die Wahrscheinlichkeit, dass es eine tote Siedlung gibt, ist David Meier zu hoch als dass er die Stadt Zug für dieses Experiment einsetzt. Die Chance, dass es eine Trabantenstadt wird, ist gross. Die Erfahrung mit solchen Quartieren hat gezeigt, dass sie aus dem angedachten "Hot Spot" eher ein "Hot Flop" werden. Das ist auch ökonomisch fraglich. Experimente ja, bauen ja, aber nicht mit den zweifelhaften Konzepten der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts, sondern mit den Konzepten von heute. Und die sehen anders aus. Die glp ist ziemlich genau hälftig dagegen und dafür. Beide glauben aber, dass es hier eine Zukunft braucht, dass gebaut und verdichtet werden muss. David Meyer glaubt aber nicht so ganz daran, dass es so wird.

Stefan Huber zeigt anhand eines Musters 0,8 Parkplätze und einen ungünstigen Schattenwurf auf. Was das soll? Stefan Huber hat gerade den Blick für das Ganze verloren, genau wie die Bauprüfungskommission, die sich von ungunstigen Bauchgefühlen geplagt, so stark krümmt, dass sie nur noch auf den Boden der Nordstrasse blickt. Stefan Huber hatte beim Lesen des BPK-Berichtes ebenfalls ein ungutes Bauchgefühl. Weniger wegen der Nordstrasse oder dem Bauprojekt, als vielmehr wegen der inhaltsleeren Art und Weise wie gegen das Unterfeld argumentiert wird. Der Bebauungsplan sei inhaltlich äusserst detailliert und sorgfältig ausgearbeitet, und trotzdem würden Details fehlen. Das Projekt sei etwas vom besten und ausgewogensten das je diskutiert wurde, und trotzdem sei es das falsche Projekt. Man mutmasst, ob es der perfekte Standort sei,

schwadroniert über städtephilosophische Fragen und Zukunftsperspektiven. Man fragt das Stadtbildkommissionsorakel, und das kennt bis auf Weissagungen über Gebäudekronen irgendwie auch keine wirkliche Antwort und Kritik. Dann übt sich die BPK in Ratlosigkeit, wer, wenn nicht die SBK, soll sich denn um das Bild der Stadt kümmern? Hätte man sich dem Thema Städteplanung in der Vergangenheit mehr widmen sollen? Hätte man nicht das Volk fragen sollen? Hätte man sich nicht mehr überlegen sollen? Ach und sowieso! So viele Gelegenheiten hätte man schon verpasst! Und irgendwie führt dieser Brei aus städteplanerischer Vergangenheitsbewältigung, zeitgeistlichem Pessimismus, und einer gewissen provinziellen Bünzlichkeit dazu, dass man "eines der besten Projekte, das hier je diskutiert wurde" aus einem "unguten Bauchgefühl" heraus zur Ablehnung empfiehlt. Stefan Huber konsterniert diese Argumentationsweise. Diese unsägliche Mutlosigkeit und Schlechtmacherei. Ständig konzentriert man sich auf die kleinstmöglichen Unsicherheiten, Mindestbepflanzungsgrößen, Gewässerschutzbestimmungen, ungünstige Schattenwürfen, Pro Kopfparkplätze, und verliert dabei komplett den Blick für das Ganze. So wird Zug keine Zukunft haben! Es gibt keine Gebäude, welche die Wiese, auf der sie gebaut werden, frei lassen. Es gibt keine Architektur, welche verdichtetes Bauen nicht in Gebäudehöhe umsetzt. Es gibt kein beliebtes Quartier, das nicht neue Menschen anzieht. Und es wird nie ein attraktives Zug geben, das kein Wachstum schafft. Es gibt keine Quadratur des Nordstrassen-Kreisels! Stefan Huber beschleicht das Gefühl, dass man unter einem gesunden Wachstum, eine Verhinderungspolitik versteht. Man möchte möglichst unattraktiv werden, damit einem ja niemand wegen neuen Investitionen anspricht. Vergesse man dabei nicht, man muss auch immer jemanden finden, der oder die das Luftschloss finanziert! Es handelt sich dabei um ein privatwirtschaftliches Projekt, nicht um eine Investition durch die Stadt. Das Projekt Unterfeld ist etwas vom Besten, was man für diesen Standort erwarten kann. Mit einer Ablehnung setzt man sich aktiv für eine garantiert schlechtere, weil einfachere Alternative ein. Ein Engagement für weitere Feldparks, weitere Betonwüsten, in der man alle Begehrlichkeiten begraben kann. Das Unterfeld verdient die Unterstützung des GGR weil das Projekt an einem Ort umgesetzt wird, an dem gesundes Wachstum und verdichtetes Bauen sinnvoll und möglich ist. Die integrierte Parkanlage bietet den besten Kompromiss zwischen Grün- und Baufläche, setzt Akzente und schafft einen effektiven Mehrwert für die ganze Stadt! Das wirtschaftliche Konzept des Unterfeldes wird der städteplanerischen Ratlosigkeit trotzen und funktionieren. Es kann auch bis zum Sankt Nimmerleinstag gewartet werden. Eine bessere Alternative wird man weder geliefert, geschweige denn finanziert bekommen. Der aktuelle Zeitgeist, die Ängste waren schon zu oft Ursache für den Verlust von Dingen, die man heute gewonnen hätte, wenn man damals den Versuch nicht gescheut hätte. Darum: „beweisen Sie heute Mut und Weitsicht, dann werden Sie morgen für einmal nicht wehmütig zurückblicken und sagen "ach ... hätten wir doch damals nur."“

Barbara Müller teilt nicht die Meinung von Stefan Huber, sondern diejenige von David Meyer. Ihr ist bei der Auseinandersetzung mit dem Bebauungsplan und den Richtlinien in der Bauordnung einer der ersten Paragraphen aufgefallen. Es handelt sich um den § 2 der Bauordnung im 2. Kapitel: Allgemeine Bauvorschriften:

§ 2 Bauausführung

² Bauten und Anlagen haben ein gesundes Wohnen und Arbeiten zu ermöglichen und die Sicherheit von Mensch, Tier und Sachen zu gewährleisten.

Für Barbara Müller dient das Grossprojekt Unterfeld alles andere als der Gesundheit der zukünftig darin wohnenden Menschen. Es erinnert viel mehr an die Banlieues in den Vororten französischer Grossstädte oder an die Plattenbauten in deutschen Städten. Diese einstmals modernen und vielgelobten Quartiere wurden gebaut, um die Wohnungsnot in den Nachkriegsjahren zu mildern. Sie waren begehrt, da der Ausbaustandard als sehr modern galt. Bereits in den 60er Jahren wurden die Grosssiedlungen als abstrakt, trist und seelenlos kritisiert. Die „Zentren der Moderne“ wurden zu „Orten des sozialen Abstiegs“. Während in den europäischen Staaten nach

den 80er Jahren kaum neue Grosssiedlungen entstanden, so boomt die Bauweise heute vor allem in asiatischen Zentren. Nun will das kleine Städtchen Zug mit heute 28'000 Einwohnern den gleichen Fehler begehen wie europäische Grosstädte. Das mag absurd erscheinen.

Weiter fiel mir der § 31 im 3. Kapitel auf:

§31 Anforderungen an Arealbebauungen

1Die Arealbebauung hat gegenüber der Einzelbauweise folgenden erhöhten Anforderungen zu genügen:

Punkt b) besonders gute Einordnung in das Orts-, Quartier- und Landschaftsbild.

Das Projekt Unterfeld passt an und für sich ins Quartierbild. Im Nordwesten wurde stark verdichtet. Doch blickt man von Kappel her nach Zug, dann fallen die schwarzen Hochbauten in der Stadt Zug auf. Die wilde Anordnung stört den Blick in die Voralpen extrem stark und verschandelt das einmalige Landschaftsbild. Ein 60 m hohes Haus ist nicht im geringsten Garant für verdichtetes Wohnen. Die obersten 20 m dienen den Reichen als exklusive Wohnlage mit Blick ins Weite. Für die wenigen Reichen, welche man aus ganz Europa rekrutieren muss, opfert man in Zug das einmalig schöne Landschaftsbild.

Und schliesslich weist Barbara Müller auf das kantonale Planungs- und Baugesetz hin, welches die Erschliessungspflicht der Gemeinden regelt. Das Gebiet ist erschlossen, aber es ist nicht genügend erschlossen. Alle wissen, dass die Nordstrasse bereits heute in den Stosszeiten stark überlastet ist. Dabei besteht das grösste Problem nicht auf Zuger, sondern auf Baarer Boden. Der Quadrolit in Baar wird hunderte zusätzliche Pendler generieren. Mit dem Grossprojekt Unterfeld wird es definitiv zum Kollaps kommen und dies nicht etwa auf der Nordstrasse, sondern auf der Nationalstrasse. Der Rückstau auf der Autobahn ist schon heute sehr lang und stellt ein Sicherheitsrisiko dar. Die vier Verzweigungen, drei zur Lichtsignalanlage Baar, Inwil und Zug und die Abzweigung zur Nordstrasse, können den Pendlerstrom bereits heute nicht zügig genug wegführen. Man kann die Intervalle der Signalanlage und das Einfädeln in die Nordstrasse nicht beliebig beschleunigen. Da nützt die Tangente nichts und auch der Bypass auf der Nordstrasse wird daran nichts ändern können, denn die Lichtsignalanlage und das notwendige Einfädeln haben eine rückstauende Wirkung. Was kommt dann auf Zug zu? Eine dreispurige Nationalstrasse oder werden dann Überführungen, wie man sie aus Grosstädten kennt, nötig sein? Die Zuger Regierung plädiert in ihrem Strategiepapier für eine Entwicklung mit Mass. „Besinnen wir uns auf eine sanftere, menschenfreundlichere Entwicklung und lehnen wir die Zonenplanänderung und den Bebauungsplan gemeinsam ab. Danke!“

Eliane Birchmeier: Die Bau- und Planungskommission hat gearbeitet. Davon zeugen die Behandlung des Geschäfts an sieben Sitzungen und ein eindrücklich umfangreicher Bericht. Punkt für Punkt wurde die Gebietsplanung diskutiert, es wurden Anträge gestellt, einzelne Sachverhalte zur Kenntnis genommen, Ergänzungen vorgeschlagen und Beschlüsse gefasst. Die BPK wird das Geschäft gutheissen, klar, das dachte Eliane Birchmeier beim Studium der Unterlagen. Aber sie täuschte sich: Nach 29 Seiten konstruktiver und wohlgesinnter Berichterstattung lässt die BPK den Hammer sausen und empfiehlt das Geschäft zur Ablehnung. Weshalb? Eliane Birchmeier hat keine Ahnung! Was geht in der BPK vor, dass sie dem GGR bis Seite 29 die Wurst vor die Nase hält, um sie dann schnipp-schnapp abzuschneiden und wegzuwerfen? Weshalb kam die BPK zum Schluss, das Geschäft abzulehnen? Eliane Birchmeier kann sich nur vorstellen, dass am 29. März 2016 alles aus dem Ruder gelaufen sein muss. Vielleicht war es auf einmal die Angst vor dem eigenen Mut, den man ja offenbar während der vorangehenden sechs Sitzungen aufbrachte, indem man dem Projekt Unterstützung zollte! Für Eliane Birchmeier ist der Entscheid der BPK schlicht nicht nachvollziehbar. Eigentlich will man ja, dann will man doch wieder nicht, weil: es ist ja ein gutes, ein sehr gutes Projekt. Kinder bauen mit grossem Eifer Türme auf, um sie dann sofort wieder umzuhauen. Dieses Bild hat Eliane Birchmeier vor Augen, wenn sie an die Arbeit

der BPK denkt. Sie hofft sehr, dass der Grosse Gemeinderat heute nicht dem Antrag der BPK folgt und der Gebietsplanung in der 1. Lesung zustimmt.

Urs Bertschi, Präsident BPK, fühlt sich als Präsident dieser maledeiten Kommission und als Verfasser dieses unsäglichen Berichtes etwas angesprochen. Zur direkten Vorrednerin sei bloss gesagt: Schlussabstimmungen führen in Gottes Namen zu einem Ergebnis. Die BPK hatte erst am Schluss die Möglichkeit, darüber abzustimmen. Beim Lesen des Berichtes zeigt sich, dass die BPK die Thematik unter verschiedensten Aspekten sehr sorgfältig bearbeitet hat. So hat sie auch ihren Auftrag verstanden. Insofern hat sie tatsächlich sehr konstruktiv mitgearbeitet. Urs Bertschi hofft, der Rat tut es auch und ist in der Lage, eine sachliche Diskussion zu führen. Wenn man hingehet und sich die bereits vorgefassten Meinungen um die Ohren schlägt, fragt sich, ob das zielführend ist. Ziel dieses Rates sollte sein, diesen Bebauungsplan - ob er am Schluss gutgeheissen wird oder nicht, ob er dem Volk vorgelegt wird oder nicht - zu optimieren zum Wohle dieser Stadt. Die bis anhin gehörten Voten sind nach Meinung von Urs Bertschi etwas oberflächlich. Da gibt es die Guten, die Wachstumsgläubigen, und da gibt es die Schlechten, die Vorgestrigen. Stefan Huber äussert mit seinem polemischen Auftritt, der für den ersten Auftritt in diesem Rat in der Tat sehr gut gelungen ist, allerdings bloss Wunschdenken. Da hat sein Parteikollege etwas mehr Humor gezeigt und spürbar gemacht, welches die Probleme solcher Entwicklungen sind. Diese Probleme gibt es tatsächlich. Es können jetzt alle wie die drei Affen hier drin sitzen und das so hinnehmen und sagen: gut oder böse. Das soll nicht das Ziel sein. Wenn die BPK zu diesem negativen Entscheid kommt: was soll daran so schlecht sein, wenn ein paar naive Träumerinnen und Träumer aus der BPK eine andere Einschätzung hier äussern? Mutig wurde Urs Bertschi bereits zugetragen. Es ist in der Tat mutig, wenn eine vorberatende Kommission nach eingehender Behandlung eines solchen Geschäfts es wagt, Nein zu sagen. Dass ein Nein am Schluss dieses 29seitigen Berichts etwas abrupt kommt, gehört das zum Spiel. Dies waren nun die Ausführungen von Urs Bertschi als Präsident der BPK. Er geht davon aus, dass ihn seine Kolleginnen und Kollegen dieser Kommission nicht einfach im Regen stehen lassen möchten. Urs Bertschi ist aber auch Präsident der SP-Fraktion. Da er sich sehr intensiv mit dieser Geschichte auseinander gesetzt hat, erlaubt er sich somit als Mitglied der SP-Fraktion und als gewähltes Mitglied dieses Rates, das hier auch sein Gelöbnis für ein erspriessliches Gedeihen dieser Stadt geleistet hat wie heute Stefan Huber, etwas zu sagen: Diese Art der Diskussion irritiert Urs Bertschi. Es verlangt niemand in diesem Rat, weder von links noch rechts, dass an diesem Flecken zwischen Zug und Baar nicht gebaut wird. Es soll in der Schleife und im Unterfeld gebaut werden. Es mag auch richtig sein, dass dieses Projekt nirgendwo anders auf Stadtgebiet realisierbar wäre. Das ist tatsächlich so. Auf dem Siemensareal haben es dieser Rat und die Stadt verpasst, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, dass vielleicht im Zentrumsbereich so etwas ansatzweise und trotz entsprechenden Masterplänen hätte entstehen können. Die entscheidende Frage bei diesem Projekt ist aber, wie man mit dem unmittelbaren Lebensraum umgehen will. Dazu gehören in der Tat die Verdichtungsgebiete. Aber auch sie bleiben Lebensraum von allen. Dieser Lebensraum bleibt über Jahrzehnte bestehen. Insofern ist es die Pflicht dieses Rates, diese restlichen Lebensräume adäquat zu füllen. Die von Jürg Mesmer geschwungenen Keule, wonach bei einer Ablehnung des Zuger Teils der GGR nachher nichts zu sagen habe, ist absoluter Unsinn. Der GGR kann heute zu dem, was die Stadt Zug tatsächlich tangieren wird, bereits nichts sagen. Wenn man etwas sagen will, dann müsste man jetzt dafür sorgen, dass man morgen vielleicht hier eine andere Lösung erhält. Offenbar erhält die Stadt Zug viel mit diesem Bebauungsplan. Mag sein, das ist eine Frage der Sichtweise. Urs Bertschi vertritt persönlich folgende Meinung: Erhält man wirklich mit diesem Bebauungsplan so viel? Wenn man etwas differenzierter und nachhaltiger die Sache anschaut, wünschte sich Urs Bertschi andere Lösungen. Dazu legt Urs Bertschi folgende Folie auf: (Zitat): „Anfang des 21. Jahrhunderts waren Ökologie, Nachhaltigkeit und Co. Noch ein Thema. Heute gegen Ende der zweiten Dekade sind das nichts als Selbstverständlichkeiten. Mit 2000

Watt oder weniger auszukommen ist Standard. Mehr Energie zu produzieren als zu verbrauchen ist bei neuen Häusern die Regel geworden. Basel-Stadt entwickelte sich zum Beispiel moderner Urbanität. Gezwungenermassen schon allein deshalb, weil Basel eine Stadt ohne Land ist. Die Stadt Zug ist bald auch eine Stadt ohne Land. Der Slogan „Stadtluft macht frei nach Jahr und Tag“ erlebte eine Renaissance. Die Menschen sollten dort leben, wo das Leben lebendig war: in der Stadt. Sie hatten das Pendeln satt. Die Homeoffice-Idee lebte weiter auf, die Städte verdichteten sich, die Häuser schossen in die Höhe, und da und dort entstanden mitten in den Städten kleine urbane Oasen. Dicht, aber nicht eng, dörflich, freundlich, gut gemischt. Paradebeispiele für die Lebensweise einer neuen Gesellschaft, die modern, städtisch, aber zugleich natürlich und zentral wohnen wollte.“ (Zitatende). Wenn Urs Bertschi so was liest, würde er darunter einen dicken Haken setzen und sagen: „Genau das machen wir!“. Dass die von Urs Bertschi wirklich geschätzte Implenia, welche dieses Projekt entwickelt - aus welchen Gründen auch immer, ob man hier einfach gefangen über das Wettbewerbsprojekt dieser Geschichte entgegenschaut - in der Lage ist, solche Projekte wie die Schorenstadt in Basel zu realisieren, zeigt, was wirklich möglich ist. So etwas wünscht sich Urs Bertschi für diesen Ort. Die Stadt Zug ist weder einem Investoren noch sonst jemandem verpflichtet. Hier besteht ein klassisches Unternehmerrisiko, das mit einem Projekt auf die Route geht. Gewissheit, dass es am Schluss so durchkommt, besteht nicht. Die Pflicht des Rates ist es nicht, Unternehmerinteressen zu schützen, sondern das Wohl dieser Stadt zu fördern und an diesem Ort lebenswerte Lebensräume zu schaffen.

Gregor R. Bruhin muss für Stefan Huber eine Lanze brechen, ihm hat das Votum gefallen, es war ein gelungener Start für die erste GGR-Sitzung. Gregor R. Bruhin versteht Urs Bertschi nicht, warum er so pikiert ist, spart er doch auch nicht an markigen Worten in anderen Debatten. Erstaunt war Gregor R. Bruhin eher über Ignaz Voser, als er dessen Argumentation zur Masseneinwanderungsinitiative hörte. Da dachte Gregor R. Bruhin fast, Ignaz Voser möchte auf die andere Ratsseite wechseln. Als er aber in der Schlussfolgerung weiter hörte, da merkte er, dass das sicher nicht von der SVP kommen kann. Gregor R. Bruhin versteht die Welt nicht mehr ganz: Die Linken fordern laufend preisgünstigen Wohnungsbau, weniger Parkplätze. Jetzt finden sie plötzlich alles nicht mehr gut. Mit dem Projekt erhält die Stadt Zug 60% preisgünstigen Wohnungsbau, 25% weniger Parkplätze als die Normen zulassen und empfehlen würden. Wie ist so etwas möglich bzw. wer ist unglaubwürdig, wenn man jetzt plötzlich von diesen Sachen nichts mehr wissen möchte? Für Gregor R. Bruhin ist eine wichtige Thematik zentral, nämlich der Grundsatz der Investitionssicherheit. Wenn hier begonnen wird, Projekte auf Bauland, das nicht einmal voll ausgenützt wird, abzuschliessen, fragt sich, wer dann in Zug in dieser Dimension überhaupt noch investieren will. Das will niemand mehr. Die sagen dann: „Die spinnen, die Zuger, hier kommen wir nicht mehr.“ Dann ergibt sich eine Zersiedelung, keine städtebauliche und ästhetische Abstimmung usw. Gregor R. Bruhin betrifft das als Junger ganz zentral. Es gibt einige hier im Rat, die das vielleicht nicht mehr so direkt betrifft. Daher stimmt Gregor R. Bruhin diesem Projekt zu. Das ist eine gute Sache. Genau diese linken Anteile mit preisgünstigem Wohnungsbau und zu wenigen Parkplätzen wären an sich für Gregor R. Bruhin Gründe, Nein zu sagen. Im Sinne eines Kompromisses und weil manchmal auch eine Kröte geschluckt werden muss, stimmt Gregor R. Bruhin dem Bebauungsplan zu.

Karen Umbach hat sich erlaubt, ganz kurz die Webseite der Scherenstadt anzuschauen und liest daraus vor: „Das Projekt umfasst eine Wohnüberbauung im Eigentum, bestehend aus 43 Reiheneinfamilienhäusern und zwei Mehrfamilienhäusern mit 22 Wohnungen.“ Urs Bertschi vergleicht da wirklich Äpfel mit Birnen, über so ein Projekt redet der GGR hier nicht.

Louis Bisig: Da die Bauchgefühle angesprochen wurden und das Alter, fühlt sich Louis Bisig angesprochen, etwas zu sagen gegenüber dem Jungoffizier: Louis Bisig hat im Militär gelebt und gelernt: Es gibt keine mutigen Männer, sondern nur vernünftige. Das bedeutet: Man schießt nicht einfach in etwas hinein. Deshalb auch die Auseinandersetzung in der BPK. Zur Frage von Stefan Huber: Natürlich werden Bäume gepflanzt. Das wurde auch dargestellt. Jetzt kann man einfach mit dem Mikroskop kommen und schauen und nicht den Überblick anschauen. Das ist einfach! Man soll dieses Gebäude dort sehen wie es ist, und zwar nicht in einer Ballonfahrt, die keiner dieses Rates macht, wie die Darstellung hier zeigt. Darauf etwas zu machen, das vielen tragfähig erscheint, das ist das Wichtige. Das hat sich auch die BPK vorgenommen.

Monika Mathers: Gregor R. Bruhin als Jüngster hat Monika Mathers als Älteste angesprochen. Monika Mathers wird die Vollendung des Unterfelds kaum mehr erleben. Das macht aber nichts. Sie hat aber andere Sorgen: Kein Mensch hat bis jetzt überhaupt das grosse Ganze einmal angesprochen, nämlich wie es in Zug weiter geht. Das ist die Sorge von Monika Mathers für die Zukunft, für die nächste Generation, für ihre Kinder und hoffentlich einmal Grosskinder. Wie geht es in Zug weiter nach der Unternehmenssteuerreform III? Klar wird jetzt auf Zweckoptimismus gemacht. Aber wie es wirklich geht, das weiss kein Mensch. Die Masseneinwanderungsinitiative wurde auch schon erwähnt. Wie viele Leute werden dann nach Zug kommen? Monika Mathers hat Angst davor, dass im Unterfeld eine grosse Baustelle entsteht, die nie aufhört, weil man nicht fertig machen kann. Für teurere Bauten kennt man das bereits am Berg oben. Da gibt es seit Jahren leere Häuser und Blocks, die nicht mehr gefüllt werden können. Diese Gedanken muss man sich machen, auch wenn sie vielleicht weg vom einzelnen Bebauungsplan sind. Monika Mathers glaubt kaum, dass sich Zug in diesem rasanten Tempo weiter entwickeln wird, auch wenn man es möchte. Ob Monika Mathers es will, ist eine zweite Frage.

Philip C. Brunner spricht als Einzelsprecher, weil ihm diese Stadt Zug sehr am Herzen liegt und er dieses Projekt für die gesamte Zukunft der Stadt Zug, der Region, der gedeihlichen Zusammenarbeit mit den Nachbarn im Norden, der Gemeinde Baar, aber auch der Korporation Zug, den heutigen und zukünftigen Investoren und Beteiligten von allergrösster, von entscheidender Bedeutung. Zukünftige Investoren schauen heute bereits genau hin, wie sich die Stadtzuger Politik verhält. Leider waren die letzten Wochen diesbezüglich nicht unbedingt vertrauensbildend - besonders wenn man an gewisse Artikel auch in der Neuen Zuger Zeitung denkt, die sehr hölzig daher kamen. Nachdem während vielen Jahren an diesem Projekt von unzähligen Personen gearbeitet wurde und man gemeinsam sehr weit gekommen ist, ist mit dem negativen Entscheid der BPK ein falsches Zeichen gesetzt worden. Die Diskussion verlief bisher über weite Bahnen sehr vernünftig. Philip C. Brunner hätte da anderes erwartet, das ist aber auch der Verdienst des BPK-Präsidenten, der sich in seinem Votum sehr zurückgehalten hat. Urs Bertschi hat Philip C. Brunner positiv überrascht. Die Interessenbindung von Philip C. Brunner ist bekannt: er stammt nicht aus der Stadt Zug, sondern kennt andere Gegenden noch besser. Ihm liegt es daran, zu sagen, warum er sich vor drei Jahren mit namhaften anderen Zuger Politikern als einziger Stadtzuger Politiker im Komitee der Wirtschaft für das Raumplanungsgesetz RPG einsetzte. Leute wie Alt-Ständerat-Schweiger, Ständerat Eder usw. haben sich gegen das Referendum des Gewerbeverbandes und auch gewisser SVP-Kreise eingesetzt. Der Kanton Zug hat das RPG am 3. März 2013 wuchtig mit über 78% angenommen. Es sieht verschiedene Massnahmen vor, welche der fortschreitenden Zersiedelung des Landes entgegenwirken. Der Bundesrat setzte das Gesetz und die ebenfalls revidierte Raumplanungsverordnung (RPV) am 1. Mai 2014 in Kraft. Daher sagt es Philip C. Brunner klipp und klar: (Zitat) "Um bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, brauchen wir faire Mieten, eine Kontrolle der Bodenpreise und eine Förderung von gemeinnützigem Wohnbau. Auch unser Boden ist ein kostbares und beschränktes Gut. Anstatt spezielle Wohnzonen für Superreiche zu schaffen, müssen wir verdichtet bauen, unsere Mobilität

überdenken und das wertvolle Agrarland besser schützen. Nur so erreichen wir unser Ziel von erschwinglichem Wohnraum für alle!" (Zitatende). Einverstanden? Einverstanden. Der Satz stammt von der Homepage der SP Schweiz, Dossier Wohnen. Sozialdemokraten fallen irgendwie 25 Jahre zurück. Alle dachten, diese Phase sei überwunden. Philip C. Brunner hat selber erlebt, als Frau Koch, damals noch als Bauchefin in Zürich, später wurde sie Präsidentin der SP Schweiz in Zürich zu Beginn der 90-er Jahre den Spruch prägte, der die Stadt Zürich um Jahre zurück warf: "Die Stadt Zürich ist gebaut - und damit die Message "uns geht es sehr gut - wir brauchen nicht mehr Wachstum und andere Störungen. Und was passierte was? Die Banken und Immobilienfirmen investierten relativ rasch nicht mehr in der Stadt, sondern gezielt in der Agglomeration von Zürich, von Zürich-Nord, rund um den Speckgürtel des Flughafens, in Dübendorf, Wallisellen, Glattbrugg, Kloten. Das war besonders in der Wirtschaftskrise 1992 bis 1995 sehr schmerzhaft für Zürich. Es brauchte einen sehr verantwortungsbewussten Stadtpräsidenten aus der SP, Elmar Ledergerber, dem es gelang, das Ruder herumzureissen und auf alten Industriearealen in Zürich West-bis nach Altstetten hinunter neues Wachstum anzusiedeln. Gewaltiges ist passiert. Man will also keine wilden Überbauung mehr hier im Raum Zug, wie sie vor Jahren im Kanton noch vor ein paar Jahren üblich waren. Man schaue sich mal die Gewerbegebiete von Cham, von Steinhausen, von Rotkreuz, und Baar an - diese unzusammenhängenden Zufälligkeiten und Scheusslichkeiten! Man schaue mal über das Bahngleise an die Zugerstrasse in Baar. Dort sind Herr Lidl, der Discounter, Herr Egger, der Pneuändler, eine Freikirche, eine Norm-Tankstelle, ein paar alte Bürohäuser, zusammen mit Mr. MC-Donald versammelt. Diese Anhäufung von Scheusslichkeiten kann es doch nicht sein. Jede Parzelle wird maximal überstellt, verbunden mit asphaltierten Zufahrten, oberirdischen Parkplätzen usw. ohne Charme, ohne Konzept. Heute geht das so nicht mehr!

Philip C. Brunner möchte zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung als GGR-Mitglied zu Händen von Ratspräsidentin Karin Hägi äussern: Ratspräsidentin Karin Hägi hat sich kürzlich in einem Artikel unter dem Titel Zuger Ansichten indirekt zur heutigen Vorlage Unterfeld geäußert. Philip C. Brunner und seine Kolleginnen und Kollegen haben sie vor einigen Monaten als unparteiische Politikerin auf diesen Ratsvorsitz gewählt, als Vorsitzende der Debatten, welche sich mit eigenen Meinungen zumindest zurückhält. Ratspräsidentin Karin Hägi hätte sich zu jedem anderen Thema, auch aus linker Sicht äussern können. Dass sie dies zu diesem Zeitpunkt, zu einem Projekt in dieser Form getan hat, enttäuscht Philip C. Brunner sehr. Er ist ganz sicher, hätte dies eine Präsidentin, ein Präsident einer bürgerlichen Partei, von CVP, FDP oder SVP getan, hätte es hier ein grosses Donnerwetter und Gezeter von Links gegeben. Dass das bis jetzt in dieser Sitzung nicht der Fall war, dass das niemand aufgenommen hat, das erstaunt sehr. Ratspräsidentin Karin Hägi verteilt bis Ende Jahr hier gelbe und rote Karten - und nicht Philip C. Brunner. Er appelliert aber trotzdem an ihre Fairness und Unparteilichkeit, die dieses Amt auszeichnet. Dies gilt auch für die Bemerkungen in der heutigen Neuen Zuger Zeitung zum Spar- und Verzichtsprgramm II. Es geht nicht um den Inhalt, sondern darum, sich zurückzuhalten.

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt klar: Sie hat nicht mit Ratspräsidentin unterschrieben, sondern es war ein Standpunkt von ihr als GGR-Mitglied, was sie auch ist. Der heutige Bericht war von ihr als Parteipräsidentin der SP und nicht als Ratspräsidentin publiziert.

Martin Eisenring war zu Beginn ebenfalls recht skeptisch gegenüber dem Unterfeld und hat auch Verständnis für die Frage von Monika Mathers. Wo will man hin mit Zug, wie soll die ganze Entwicklung weiter gehen, wie soll die Entwicklung in Zug-West weiter gehen, wie soll allfälligerweise mal das Hertiquartier renoviert und auf einen neuen Stand gebracht werden - das ist eine Kernfrage. Die Bilder von David Meyer haben auch gezeigt, dass gewisse Quartiere relativ leer sind. Das stimmt auch und kann nicht weggeschwätzt werden. Wobei der Grund dafür wohl nicht nur in der Architektur dieser Bauten zu suchen ist, sondern dass solche Überbauungen zu

gewissen Zeiten bezogen werden und Menschen in diesen Überbauungen alt werden. Dann sind irgendwann keine Kinder mehr, sondern ältere Leute auf diesen Plätzen. Es ist richtig, die Diskussion muss geführt werden, wie sich Zug und der Raum Zug/Baar weiter entwickeln sollen. Es ist aber falsch, dies an einem Bebauungsplan festzuhalten. Dafür muss man einen Schritt weitergehen und diese Diskussion unabhängig von einem Einzelprojekt führen. Das Unterfeld ist nicht das grösste Projekt, das je aufgegriffen wurde. Auf Zuger Boden könnten 400 bis 500 zusätzliche Einwohner zuziehen. Das ist weniger als andere Projekte, die relativ sang- und klanglos durchgewunken wurden. An diesem Projekt ist wichtig, dass nach 20 Jahren endlich ein Projekt mit sehr vielen preisgünstigen Wohnungen vorliegt. Das ist sehr wichtig für diese Stadt und die soziale Durchmischung, aber auch für die Wirtschaft. Im Rahmen dieser vergünstigten Wohnungen liegt ein ausserordentlich gutes Projekt vor. Zustimmung lässt Martin Eisenring auch die Partnerschaft mit der Gemeinde Baar. In der Vergangenheit wurden wegen fehlender Zusammenarbeit sehr viele Fehler gemacht. Es herrschte ständig ein Parzellendenken vor. Der Eingang Norden ist für Martin Eisenring nicht wirklich eine Visitenkarte für die Stadt Zug. Diese Einfahrt kann aber eine Visitenkarte sein. Damit kann sich ein grosser Gewinn ergeben, Zug kann ausstrahlen. Man ist im Kanton Zug fähig, über die Gemeindegrenzen hinaus gemeinsame Projekte zu entwickeln. Diese drei wichtigen Elemente lassen Martin Eisenring für den Bebauungsplan stimmen. Es wurden schon verschiedentlich Bebauungspläne abgelehnt. In der Vergangenheit musste öfters die Erfahrung gemacht werden, dass das zweite Projekt schlechter war als das erste. Das möchte Martin Eisenring hier nicht erleben. Hier bietet sich eine Chance, die Zug verlieren kann. Es kann ein viel schlechteres Projekt kommen als jetzt vorliegt. Kein Projekt ist perfekt und fehlerfrei. Auch hier gibt es Risiken. Diese Risiken müssen aber eingegangen werden. Der Investor hat sich grosse Mühe gegeben. Hier kann ein Projekt begleitet werden, das zukunftsweisend sein kann. Martin Eisenring würde es begrüßen, wenn die Stadt Zug mal zeigen kann, dass sie auch bei so grossen Projekten den Mut hat und mitmacht.

Urs Bertschi kann Vieles aus dem Votum von Philip C. Brunner unterstreichen. Nur bezüglich dieses Bebauungsplanes braucht nicht immer das Raumplanungsgesetz hervorgekramt werden. Das ist eine völlig falsche Flughöhe. Es sind sich alle bewusst, was das Raumplanungsgesetz vorschreibt, wo die Verdichtungsgebiete liegen usw. Die Frage ist nur, wie man es schafft, den besten Lebensraum für die Stadt Zug zu schaffen. Das sollte selbstverständlich auch für die Partnerstadt Baar gelten. Ein höheres Interesse kann man kaum äussern. Die, welche hier jetzt nochmals über die Bücher möchten, wollen hier auch bauen, jedoch vielleicht anders. Das ist auch nicht per se schlecht. Es wird immer wieder über moderne Wohnformen, flexible Nutzungen, Mehrgenerationenhäuser usw. diskutiert. Diese Aspekte sollen bei einer solchen „Kiste“ aufgenommen werden, damit in diesem Segment Nägel mit Köpfen gemacht werden. Die Keule betr. preisgünstiger Wohnungsbau kann man Urs Bertschi noch mehrfach um den Kopf schlagen, das hilft nicht. Urs Bertschi schaut es nach wie vor kritisch an. Das muss auch so sein, selbst wenn hier preisgünstige Wohnungen entstehen. Bis heute liegt keine Zusage vor, ob es am Schluss Singlehaushalte gibt oder ob Familien angesiedelt werden. Die Korporation verknüpft diesen Entscheid mit dem möglichen Bestand eines Schulhauses in diesem Gewerbebau. Das sind leicht erpresserische Ansätze, die zumindest Urs Bertschi etwas zuwider laufen. Ist die Korporation Investor, dann soll sie sich mit den Leuten an einen Tisch sitzen und nicht so separat Konzepte schmieden und am Schluss noch irgendwelche Schlingen auslegen, nach dem Motto: „Wenn nicht so, dann anders.“ Urs Bertschi gibt Martin Eisenring völlig recht: Dieses Projekt ist nicht angetan, um hier eine Wachstumsdebatte zu führen. Urs Bertschi möchte aber für sich zum bloss zum Ausdruck bringen, dass es ein sehr schwieriges Projekt ist mit einem derart grossen Impact auf die Stadt Zug. Daher sollte man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Zum etwas verfehlten persönlichen Angriff von Philip C. Brunner an die Ratspräsidentin: Philip C. Brunner schreibt x Leserbriefe als GPK-Präsident. Urs Bertschi legt sich auch grösste Zurückhaltung auf.

Solange aber der SVP-Bundesrat das nicht schafft, sollte Philip C. Brunner die Ratspräsidentin wirklich nicht rügen. „Kehren Sie vor der eigenen Türe.“

Barbara Müller vertritt im Rat eine langsam aussterbende Gattung: Sie ist eine Ur-Zugerin, ihre Vorfahren stammen aus Baar, Neuheim und Oberägeri. Sie selber stammt von einem Bauernhof in Morgarten ab. Ihr Vater war in Zug anerkannter FDP-Politiker. Die Familie mütterlicherseits war CVP-geprägt. Barbara Müller hat konservatives und liberales Gedankengut erhalten auf ihrem Lebensweg. Daraus ist sie jetzt in ihrer sozialliberalen Gruppierung bei der CSP zu Hause und fühlt sich dort sehr wohl. Die Grünalternativen und die CSP scheinen hier die einzigen zu sein - zusammen mit der SP - welche diese Urzuger vertreten. Warum? FDP, CVP und SVP sind ausschliesslich dem Wachstum verschrieben. Man kann diesen aber auch nur kritisch betrachten und keine 60 m Hochbauten wünschen, auch wenn man einverstanden ist mit Verdichtung, jedoch nicht in diesem extremen Mass. Barbara Müller wünschte sich für diese Zuger, die sich hier beheimatet fühlen, dass man, wenn man diese Ansicht vertritt, nicht immer als Linker diffamiert wird, sondern dass man ernst genommen und in seiner Haltung anerkannt wird, dass man nicht mit jeder masslosen Entwicklung immer einverstanden ist. Das wünschte sich Barbara Müller. Es gäbe bürgerliche Stimmen, welche diese Haltung mit Barbara Müller teilen würden.

Stadtpräsident Dolfi Müller trägt einerseits den Hut des Präsidenten, andererseits aber auch denjenigen der wenigen Linken, die für den Bebauungsplan sind. Zuerst eine Vorbemerkung zu David Meyer's Internet-Helikopterflügen, die er am Wochenende gemacht hat. Er hat in seinen Argumenten einen ganz klaren Fehlschluss eingebaut. Man kann nicht sagen: „Zeige mir die Bebauungsstruktur und ich nenne dir die Sozialstruktur.“ Bebauungsstruktur hin oder her, in Paris stehen schäbige Spekulationsbauten für die Ärmsten, die lieblos hingeklotzt wurden mit dem einzigen Ziel der Gewinnmaximierung. Das ist beim Unterfeld nicht der Fall. Dieses Projekt wurde liebevoll entwickelt über manche Jahre in manchen Kombinationen. Drei öffentliche Gemeinden - das sind keine Spekulanten - und die Implenia, die immerhin die Schorenstadt realisiert hat, sind involviert. Sie sind zusammengesessen. Die Jurys sind zusammengesessen. Das ist sorgfältige Arbeit. Man kann nicht sagen, die Schoren sei schöner und Kalkbreite noch intelligenter gebaut. Die Kalkbreite ist ein Projekt, das in über zwanzig Jahren Vorarbeit entstanden ist. Natürlich kann man von diesen Projekten lernen. Da stellt sich eine ganz andere Frage: irgendwann muss man auch entscheidungsfähig werden. Das vermisst Stadtpräsident Dolfi Müller etwas. Da geht es ihm manchmal etwas zu lang. Gewisse kleine Nachteile und Fehler müssen mitgenommen werden, das Leben ist nicht perfekt. Stadtpräsident Dolfi Müller macht täglich Fehler, und ihm ist viel wohler dabei als auf Perfektionismus zu arbeiten.

Nun setzt Stadtpräsident Dolfi Müller den präsidialen Hut auf: Es ist eine kleine staatspolitische Leistung, wenn sich Baarer und Zuger hier für ein wichtiges Projekt zusammenraufen. Das ist nichts anderes als dass Baarer und Zuger in Räumen und nicht mehr in Grenzen denken. Das ist die grosse Leistung und das, was man hochhängen kann. In den 90er Jahren haben sich die Zuger und Baarer bei der kleinsten Grenzüberschreitung noch mit Beschwerden eingedeckt. Jetzt ist man in der Lage, sich zusammen zu raffen. Auch bei diesem Projekt wurde diskutiert, z.B. bei der Höhe der Gebäude, die einen wünschten 80 m, die anderen 60 m. Am Schluss fand man sich bei 60 m. 40 m wären auch als Zuger keine grundsätzliche Überlegung mehr. Es handelt sich hier in einem gewissen Mass sogar um ein visionäres Projekt fern von Gewinnmaximierung, aber auch ein ziemlich linkes Projekt. Da versteht Stadtpräsident Dolfi Müller seine Kolleginnen und Kollegen nicht mehr, auch argumentativ nicht mehr. Es müssen sehr gute Argumente gebracht werden, wenn man diese fast 400 Wohnungen der Korporation mit wirklich günstigen Mieten einfach wegwischen will. Das tut man aber, wenn man Nein zum Bebauungsplan sagt. Die Realisierung der Initiative 400 städtische Wohnungen dauerte 30 Jahre. Die Korporation macht das fast auf einen Schlag. Ein weiteres linkes Thema ist das bestmögliche Nachhaltigkeits-Label, das man

sich vorstellen kann, verbindlich zugesagt mit Brief. Es besteht ein Mobilitätskonzept wie man es in einer Zuger Überbauung noch nie hatte. Die Linken müssten „Bravo“ sagen. Aber da kommt man von linker Seite und rügt, dass man jetzt noch mehr Verkehr habe auf der Nordstrasse. Das geht wirklich nicht, das ist keine starke Argumentation! Dank dieser grosszügigen Grünflächen wird jeder, der dort wohnt, ins Grüne sehen können. Das ist nicht Banlieu, sondern das Gegenteil davon. Es gibt jetzt schon viele Nachfragen nach diesen Räumen, wenn es dann kommen mag. Das Grüne und der See sind aber nicht gratis. Wenn man eine gewisse Dichte realisieren will, muss man den Preis zahlen. Jetzt fragt sich Stadtpräsident Dolfi Müller, was da von linker Seite noch kommen sollte. Was ist die Alternative zu diesem Projekt? Bei einem Nein muss darüber nachgedacht werden. Die Alternative wird in einer Kopie Feldhof bestehen. Das gleiche gäbe es von Baar her. Will man das wirklich: Ein visionsloses Thema, nicht mit spezieller Nachhaltigkeit, weniger Blick ins Grüne, also ein 0815-Projekt? Will man das wirklich? Man soll dem Projekt die Chance geben, sich zu entwickeln. Man kann es kritisieren, aber es besteht kein Grund, es zu bodigen.

Stadtrat André Wicki: Auf der linken Seite hat Stadtpräsident Dolfi Müller viel geschrieben, Stadtrat André Wicki auf der rechten Seite, trotzdem sind sie gemeinsam mit den gleichen Ideen bei ihren Schlussvoten. Architektur ist keine Wissenschaft. Es können zehn Architekten gefragt werden und es gibt elf Meinungen. So hat Stadtrat André Wicki auch den empirisch städtebaulichen Unterricht von David Meyer gesehen - eher als eine Momentaufnahme. Zug ist nicht Paris, Mailand oder sonst irgendwo, sondern einfach Zug. Hier läuft es völlig anders ab, nämlich zentral. Zug wäre nicht mal ein Quartier in diesen Städten. Da lobt sich Stadtrat André Wicki die Schweiz und die kleine Stadt Zug. Hier haben alle die gleichen Ziele, städtebaulich, gesellschaftspolitisch, verkehrstechnisch und auch ökologisch. Zu ergänzen ist zudem, dass das Unterfeld auch zum Energieverbund kommt. Auf diesen Prozess können alle stolz sein, es ist ein wichtiges Gemeinschaftswerk, ein richtiger und nachhaltiger Schritt für Zug und Baar.

Othmar Keiser meldet sich als doppelt genährter Zuger-Bürger, nämlich Keiser und Speck: Die Grosseltern hiessen Speck-Weber und Keiser-Hegglin. Bis zum Jahr 1600 bleibt alles im Kanton. Es wurde eine gewisse Zuger Bescheidenheit angesprochen. Das drückt sich aber vielleicht nicht mit den 62 m des höchsten Gebäudes von den 15 auf Zuger- und Baarerboden aus, jedoch dadurch, dass bereits in der letzten Beantwortung für den sozialen Wohnungsbau die Korporation heute 1'000 Wohnungen zur Verfügung stellt und im Markt hat. Das wirkt wie ein Preisbrecher. Wenn gebaut wird und das Angebot zu Kostenmieten vergrössert wird, fragt sich schon, wieso sich David Meyer mit dem Verkehr bemüht, wenn sich plötzlich der Familienvater vielleicht gar nicht mehr von Buchrain nach Zug pendeln will, weil er dann so nahe wohnen könnte und die Arbeit in der Nähe hätte. Es soll unattraktiv sein, wenn der Arbeitsweg über eine Stunde und hin und zurück mehr als zwei Stunden dauert. Barbara Gysel meinte im Zusammenhang mit dem Gemeinschaftsgrab, dass es interessant sei, dass die Bevölkerung nach Individualität und Unabhängigkeit schreie, aber beim Sterben ins Gemeinschaftsgrab wolle. Dort sei ihnen die Nähe zu andern egal oder sogar wohl. Das fand Othmar damals ein gutes Votum im Sinne von: was will der Mensch. Barbara Gysel hat sich im Herti für Schulraum ausgesprochen, für einen Campus mit 700 Schülern. Er sei viel besser. Othmar Keiser glaubte es fast nicht. Vielleicht ist dann einmal noch ein zweiter Gedanke zu hören, ob Bildung unter 700 Menschen viel wichtiger und besser ist, aber beim Wohnen geht es dann wieder nicht. Othmar Keiser mag denken, dass der Mensch auf dem Boden sein besser tut als im 14. Stock. Aber auch beim Schulraum im Herti wäre die Mehrheit im 2., 3. oder 4. Stockwerk gewesen. Da hinkt der Vergleich im Sinne von: wo ist Wohnen, Arbeiten, Schlafen, Bildung, vielleicht sogar die zugerische Bescheidenheit, die im bürgerlichen Lager vermisst wurde. Das Mobilitätskonzept findet Othmar Keiser sehr wichtig. Er ist überrascht, dass sich die Linken dafür einsetzen. Es ist wahnsinnig, was der Preisbrecher innerhalb des

Kantons bewirkt: es bricht eine Spitze. Gewisse Immobilienpreise werden mit Sicherheit zurückfallen. Von daher ist die bürgerliche Haltung durchaus überdenkt und nachhaltig.

Manfred Pircher: Von Stadtpräsident Dolfi Müller war zu hören, wie gut die Zusammenarbeit mit Baar sei und dass man sich zusammengerauft habe. Das hätte man auch früher können (z.B. Schulhausbau, Ökihof usw.). An die Adresse von Stefan Huber sei folgendes gesagt: Manfred Pircher ist auch einer der Vorletzten, er ist kein Ur-Zuger, sondern ein Zürcher, früher war er noch ein Ausländer. Das Projekt ist sicher gut, hat aber auch gewisse Mängel. Manfred Pircher ist ein bürgerlicher Politiker und sagt, was er denke. Er hat auch in der SVP-Fraktion seine Meinung vertreten. Manfred Pircher wird sich in der Abstimmung seiner Stimme enthalten. Er hat gewisse Fragen bezüglich Verkehr, Abwasser, Zuwasser, usw.. Das Projekt an sich ist sicher nicht schlecht, aber nicht voll ausgereift. Man könnte daher nicht so lapidare Antworten geben wie sie gegeben wurden. Das Links-Rechts-Schema geht Manfred Pircher auch nicht immer so von der Hand. Es haben sowohl linke wie rechte Politiker gute Ideen. Man sollte sich nicht immer gegeneinander ausspielen, sondern mehr zusammenarbeiten. Manfred Pircher empfiehlt, das Projekt gut anzuschauen, Punkt für Punkt zu besprechen und dann auf die Fehler, die jetzt noch enthalten sind, zu korrigieren.

Urs Bertschi, Präsident BPK, mag sich nicht erinnern, dass heute von der linken Seite ernsthaft das Thema Verkehr erwähnt wurde. Trotzdem zur Ehrenrettung der Linken: Urs Bertschi legt heute offen, dass in der BPK Linke sowohl die Erweiterung der oberirdischen Parkplätze befürwortet als auch eine Schaffung von Motorradparkplätze aktiv unterstützt haben. „Wir sind ja nicht so blöd, dass wir ein möglicherweise problematisches Verkehrskonzept zur Speerspitze einer Ablehnung kreieren würden. Es ist uns wirklich egal, wenn die Leute auf der Nordzufahrt stehen, es gibt ja noch Radwege.“

Detailberatung Bebauungsplan

Zweck

Ziff. 1:

Astrid Estermann: Die Stadt bekennt sich zur 2000-Watt-Gesellschaft. Die Initiative dazu wurde vom Stimmvolk angenommen. Die Implenia hat in ihrem gestrigen Brief ausdrücklich festgehalten, dass sie sich dazu bekennt, klare Kriterien festhalten und mit der Gemeinde Baar diese schriftlich festhalten wird. Im vorliegenden Bebauungsplan steht unter Zweck, dass sich der Bebauungsplan an den Zielsetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft orientiert. Es gab schon einige Bebauungspläne, wo schöne Worte enthalten waren, jedoch keine richtigen und klaren Kriterien festgehalten wurden. Am Schluss hatte man nichts in der Hand. „Orientieren“ ist ein schöner Gedanke, er ist aber Astrid Estermann zu wenig. Aus diesem Grund beantragt sie namens der Fraktion Alternative-CSP: „Der Bebauungsplan Unterfeld Schleife bezweckt: « ... und sich an den Zielsetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft orientiert» ist zu ersetzen mit « ... und die Zielsetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft erfüllt.»

Bei Bestandteile, Ziff. 2, soll folgender Satz angefügt werden: „Der Stadtrat wird beauftragt, mit dem Eigentümer einen Vertrag auszuarbeiten, in welchem die Kriterien für die Einhaltung der Zielsetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft festgesetzt werden. Die Kriterien müssen später überprüfbar sein.“

Rupan Sivaganesan: Die SP Fraktion und Rupan Sivaganesan als zukünftiger Urzuger stellt ebenfalls den Antrag, dass die Zielsetzung nach 2000 Watt Gesellschaft verbindlich wird. Die Stadt Zug hat einen klaren Volksauftrag zu erfüllen, welchen man sich gegenwärtig immer wieder vor

Augen halten muss, nämlich das Ziel des Erfüllens der 2000Watt-Gesellschaft. Das Volk hat diesbezüglich die Initiative im Jahre 2011 angenommen. Deshalb ist es die Aufgabe des GGR, bei jedem Bebauungsplan dieses Ziel vor Augen zu halten. Die Implenia signalisiert in ihrem aktuellen Schreiben von gestern die Bereitschaft, dieses Ziel zu verfolgen und ist sogar bereit, die Kriterien des SNBS umzusetzen. Leider möchte die Korporation gemäss des BPK-Berichtes aus Kostengründen dieses Ziel zur 2000 Watt Gesellschaft in diesem Bauprojekt nicht realisieren, was sich jedoch längerfristig in jedem Fall ausbezahlen würde. Die SP-Fraktion begrüsst allerdings, dass die Korporation sich bereit erklärt hat, 60% der Wohnungen im preisgünstigen Segment zu realisieren. Somit trägt sie einen Teil der sozialpolitischen Verantwortung. Gleichzeitig erwartet die SP-Fraktion jedoch, dass sie sich auch für den ökologischen Volksauftrag einsetzt. Die SP-Fraktion hat einen entsprechenden Antrag formuliert, kann sich aber demjenigen der Fraktion Alternative-CSP anschliessen.

Tabea Zimmermann: Die Parkplatzzahl am Standort dieses Projektes ist zwar gut, kann aber noch besser sein. Tabea Zimmermann stellt folgenden Antrag zum Zweck, Ziff. 1, welche wie folgt zu ergänzen ist: „Das autoarme Wohnen und Arbeiten gilt als Bestandteil zur Erreichung der 2000-Watt-Gesellschaft. Die Mobilitätsbedürfnisse der Bewohnerschaft und des Gewerbes werden vorwiegend durch das gute Langsamverkehrsnetz, den öffentlichen Verkehr und die Möglichkeit zum Carsharing abgedeckt.“

Gregor R. Bruhin: Es wird jetzt langsam etwas skurril und ähnelt an die Diskussionen beim Bebauungsplan altes Kantonsspitalareal, wo die Leute auf den Rollerblades und Fahrrädern kommen sollen und alles andere funktioniert nicht und ist schlecht. Hier bauen Private innerhalb der geltenden Vorschriften. Jetzt wird aber begonnen, eine Vorlage, die eh schon genug Auflagen enthält, noch mit mehr Auflagen zu überladen und mehr Regulierungen vorzunehmen. Das ist nicht gut, weshalb die SVP-Fraktion diesen Antrag selbstverständlich ablehnt.

Rupan Sivaganesan stellt nun nach Rücksprache mit seiner Fraktion trotzdem den vorbereiteten Antrag. Gemäss Schreiben der Implenia entstehen hier zwei Energiestandards. Das soll aber verhindert werden. Die SP-Fraktion beantragt daher: „.... In Baar eine Einheit bildet und die Zielsetzungen der 2000Watt-Gesellschaft oder den Kriterienkatalog des Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) erfüllt.“

Astrid Estermann: Der Antrag der SP-Fraktion ist nicht so verschieden von demjenigen der Fraktion Alternative-CSP. Es schliesst sich überhaupt nicht aus und Astrid Estermann geht auch davon aus, dass es sinnvoll ist, die gleichen Kriterien für den ganzen Bebauungsplan zu wählen. Es macht Sinn, dass es am Schluss eine Einheit gibt. Astrid Estermann hat dies einfach im Antrag der Fraktion Alternative-CSP nicht ausdrücklich festgehalten. Wenn der Antrag der SP-Fraktion im Rat auf mehr Gegenliebe stösst, kann dieser auch unterstützt werden. Es ist klar, um welche Stossrichtung es geht. Ob genau dieser oder der andere Wortlaut gewählt wird, ist zweitrangig. Es muss einfach eine gewisse Verbindlichkeit zur 2000Watt-Gesellschaft in den Bebauungsplan aufgenommen werden.

Stadtschreiber Martin Würmli hat bereits bei der Besprechung des Bebauungsplanes altes Kantonsspital darum gebeten, dass solche Anträge vorher ihm vorgelegt werden. Dadurch kann im GGR ein juristisches Kamikaze verhindert werden. Zum Antrag der SP-Fraktion sei festgehalten: Der GGR kann heute nur über den Bebauungsplan auf dem Gebiet der Stadt Zug befinden und nicht Bestimmungen aufnehmen, die auch Baar betreffen.

Urs Bertschi: Mit dem offen gehaltenen Antrag der SP-Fraktion werden die Zusagen der Implenia übernommen. Wenn sich die Implenia auf dem Baarerteil bereit erklärt, diesen SNBS-Standard umzusetzen, wäre man eher etwas skurril, wenn man für den Zugerteil dies nicht auch einfordern würde. Insofern teilt Urs Bertschi die Meinung des geschätzten Stadtschreibers nicht. Selbstverständlich bestimmt heute der GGR über den Zugerteil. Daher gehört diese Feststellung auch in den Bebauungsplan. Wenn dies in Baar noch nicht enthalten ist, wird Baar vielleicht nachziehen müssen. Baar hat im Übrigen auch beim Begleitgremium nachgezogen. Wenn Zug dank dieses Rates die Strukturen hat, hier noch Nägel mit Köpfen zu machen und in Baar nur der Gemeinderat entscheidet, was gut oder schlecht ist, sollte dieses demokratische Recht in der Tat genutzt werden. Die Zusage der Implenia liegt vor. Also gehe man doch diesen Weg und fordere einen ökologischen Standard.

Martin Eisenring: Es ist etwas bedenklich, dass man mit diesem Begehren erst jetzt kommt. Die BPK hat das Projekt an sieben Sitzungen beraten, die Fraktionen haben ihre Meinung gebildet. Gestern wurde an alle ein Schreiben der Implenia versandt. Martin Eisenring hat den Eindruck, dass die Antragsteller aufgrund dieses Schreibens der Implenia auf diese Meinung gekommen sind. Das ist eine Hauruckübung in einem der wichtigsten Projekte der Stadt Zug. Das Projekt kann aufgrund einer solchen Taktik versenkt werden, was wirklich schade wäre. Martin Eisenring appelliert daher heute um etwas Zurückhaltung. Der GGR hat noch die Möglichkeit, anlässlich der folgenden zweiten Lesung noch solche Anträge einbringen. Martin Eisenring wird sie jedoch heute ablehnen.

Stadtschreiber Martin Würmli stellt nach Rücksprache mit der SP-Fraktion fest: Die SP-Fraktion möchte nicht ganzen ersten Teil ändern, sondern nur „...orientiert, oder den Kriterienkatalog des neuen Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz SNBS erfüllt“. Das wäre so möglich.

Astrid Estermann ist einverstanden damit.

Urs Bertschi, Präsident BPK: Dieses Thema wurde selbstverständlich in der BPK auch diskutiert. Der Antrag wurde aber abgelehnt. Das heisst aber nicht, dass dieser Rat nicht nachbessern kann. Eine Hauruckübung ist es bei weitem nicht. Eine Delegation mit Vertretern der Implenia hat sich getroffen, um vorab explizit diese Zusage zu diskutieren. Bereits damals wurde dies zugesichert. Das wurde abgesprochen bis in die Topetage der Implenia. Wenn der Entwickler heute diesen Joker zuspiziert und dieser vom Rat abgelehnt wird, kann der GGR das tun, Urs Bertschi fehlt aber dafür das Verständnis.

Stadtrat André Wicki: Die Zielsetzung, dass man sich daran orientieren will, ist schon eine sehr ausgeprägte Aussage sowohl seitens der Implenia wie auch der Korporation. Die Korporation plant zudem den Minergiestandard P und hat sich beim Energienetz angemeldet, welches in den 2000Watt-Raster passt. Der Zweckartikel ist eine Absichtserklärung und auch so formuliert. Es besteht ein rechtliches Problem, da auf öffentlich-rechtlicher Ebene die erforderlichen Rechtsgrundlagen noch nicht vorliegen. Das kantonale Energiegesetz regelt die energetischen Belange abschliessend. Die Gemeinden dürfen heute und jetzt noch keine strengeren Vorschriften erlassen. Deswegen hält der Stadtrat auch bei diesem Zweckartikel fest, dass es heisst: „...und sich an den Zielsetzungen der 2000Watt-Gesellschaft orientiert.“ Implenia und Korporation haben entsprechende Absichtserklärungen schriftlich abgegeben.

Monika Mathers: Bebauungspläne werden gemacht, damit etwas gefordert werden kann. Astrid Estermann hat es bereits erwähnt: Die Aufnahme des Wortes „orientieren“ ist zwar nett. Aber

man erinnere sich mal an die Bebauungspläne Uptown und Parktower. Da wurden die Vorgaben in den Bebauungsplänen nicht genau genug formuliert, was zu jahrelangen Problemen führte.

Abstimmung

über den Antrag der SP-Fraktion bzw. Fraktion Alternative-CSP, „orientiert“ zu ersetzen durch „2000Watt-Gesellschaft oder den Kriterienkatalog des Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) erfüllt.“:

Für den Antrag der SP-Fraktion und der Fraktion Alternative-CSP stimmen 16 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 19 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR den Antrag der SP-Fraktion und der Fraktion Alternative-CSP mit 16:9 Stimmen abgelehnt und die Version des Stadtrates gutgeheissen hat.

Abstimmung

über den Antrag von Tabea Zimmermann namens der Fraktion Alternative-CSP, Abs. 1 zu ergänzen mit: „Das autoarme Wohnen und Arbeiten gilt als Bestandteil zur Erreichung der 2000-Watt-Gesellschaft. Die Mobilitätsbedürfnisse der Bewohnerschaft und des Gewerbes werden vorwiegend durch das gute Langsamverkehrsnetz, den öffentlichen Verkehr und die Möglichkeit zum Carsharing abgedeckt.“:

Für den Antrag der Fraktion Alternative-CSP stimmen 6 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 6 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag der Fraktion Alternative-CSP abgelehnt hat.

Bestandteile

Ziff. 2

Ratspräsidentin Karin Hägi erkundigt sich, ob der Antrag der Fraktion Alternative-CSP betr. Vertrag nach wie vor zur Diskussion steht, nachdem der erste Antrag abgelehnt wurde.

Stadtschreiber Martin Würmli schlägt vor, über die beantragte Ergänzung abzustimmen. Der erste Teil des Antrages ist aber bereits beschlossen.

Abstimmung

über den Antrag von Astrid Estermann namens der Fraktion Alternative-CSP, folgende Ergänzung aufzunehmen: „Der Stadtrat wird beauftragt, mit dem Eigentümer einen Vertrag auszuarbeiten, in welchem die Kriterien für die Einhaltung der Zielsetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft festgesetzt werden. Die Kriterien müssen später überprüfbar sein.“

Für den Antrag von Astrid Estermann namens der Fraktion Alternative-CSP stimmen 15 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 19 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 15:19 Stimmen den Antrag der Fraktion Alternative-CSP abgelehnt hat.

Bebauung

Zu Ziff. 3 und 4 wird das Wort nicht verlangt.

Ziff. 5:

Ratspräsidentin Karin Hägi: Die Ergänzungen der BPK werden vom Stadtrat übernommen.
Zu Ziff. 6 bis 11 wird das Wort nicht verlangt.

Ziff. 12:

Ratspräsidentin Karin Hägi: Die Präzisierung der BPK wird vom Stadtrat übernommen.

Zu Ziff. 13 bis 18 wird das Wort nicht verlangt.

Nutzweise

Ziff. 19:

Ratspräsidentin Karin Hägi: Die Änderung der BPK wird vom Stadtrat übernommen.

Ziff. 20:

Ratspräsidentin Karin Hägi: Hierzu liegt ebenfalls eine Ergänzung der BPK vor.

Barbara Gysel: In der ausführlichen Eintretensdebatte war zu hören, dass das Unterfeld keine Trabantenstadt werden soll. Wenn es gelingen soll, den angestrebten Mix umzusetzen, so ist man in diesem Quartier auf vielseitige Nutzungen angewiesen. Daher fragt Barbara Gysel namens der SP-Fraktion Stadtrat André Wicki an, welche konkreten publikumsorientierten Nutzungen im Erdgeschoss in Planung sind oder als möglich und sinnvoll erachtet werden. Der SP-Fraktion ist durchaus klar, dass man sich jetzt im Stadium des Bebauungsplanes befindet. Trotzdem hätte sie gerne konkretere Aussagen zu dieser Publikumsorientierung. Dazu kurz folgende Überlegungen: In der Zusammenfassung des Stadtrates ist auf Seite 1 des Berichtes folgendes festgehalten: „Die Erdgeschosse sind für publikumsorientierte Betriebe reserviert.“ Der Stadtrat wählte den Begriff „Betriebe“, was eben auch im populären Gebrauch kommerziell orientierte Nutzungen impliziert und auch nicht falsch ist. Die BPK ihrerseits hat den Passus um die Bildungs- und Betreuungsnutzungen ergänzt, womit explizit auch nicht kommerziell orientierte Nutzungen genannt werden. Zudem ist im BPK-Bericht auf Seite 6 folgendes nachzulesen: „In den 4,5 m hohen Erdgeschossen sollen zum Innenhof hin publikumsorientierte Nutzungen angesiedelt werden. Man ist sich bewusst, dass diese Erdgeschossnutzungen nicht leicht umsetzbar sein werden. Auf Baarerseite ist ein bedeutend höherer Gewerbeanteil vorgesehen. Im Bereich der Stadtbahnhaltestelle Lindenpark Baar hat Baar die Erdgeschossnutzung in Form eines Gastronomiebetriebes vorgeschrieben. Zusätzlich sind Nutzungen wie Hotel, Kino usw. denkbar.“ Kinos, Restaurants, Räume für Kinder- oder Jugendarbeit oder auch ein Zahnarzt, sie alle können mehr oder weniger gut als publikumsorientiert genutzt oder so bezeichnet werden. Die SP-Fraktion ist sich aber bewusst, dass auch Gemeinschaftsräume für Bewohnerinnen und Bewohner, Sitzungsräume oder Vereinslokale teilweise eben Mangelware sind in der Stadt. Solche frei nutzbaren Räume könnten sowohl für Anwohnerinnen und Anwohner, aber auch für die Nachbarschaft von Interesse sein. Sie müssten aber kostengünstig oder kostenfrei sein. Daher die Überlegungen der SP-Fraktion: Teilt der Bauchef die Auffassung der BPK, dass die publikumsorientierte Erdgeschossnutzung auf der Zugerseite schwierig umsetzbar sein wird? Welche Möglichkeiten sind allenfalls als sinnvoll oder denkbar erachtet? Wie erachtet man die Option, dass mindestens 50% der im Erdgeschoss publikumsorientierten Nutzungen durch Vereins- und Gemeinschaftsräume gedeckt werden könnten?

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass kein konkreter Antrag gestellt wird, sondern es sich um eine Fragestellung handelt.

Barbara Gysel: Es ist eine Fragestellung, bei der sich die SP-Fraktion vorstellen könnte, im Hinblick auf die zweite Lesung einen entsprechenden Antrag zu formulieren. Von daher hätte man gerne jetzt die Ausführungen dazu.

Philip C. Brunner: Diese Frage ist zwar interessant, es handelt sich hier aber um ein privates Projekt. Leute investieren in dieses Projekt in der Hoffnung, dass sie ihre Kosten decken. Sie übernehmen ein Risiko. Es ist ihre ureigene Aufgabe, am Markt Leute zu finden, die bereit sind, diese Miete zu bezahlen. Was soll also Stadtrat André Wicki dazu ausführen? Philip C. Brunner kommt es so vor, als - nachdem die Debatte nun etwas gelaufen ist - die SP-Fraktion versucht, Ziegelstein um Ziegelstein auf die Vorlage draufzulegen. Das ist nicht in Ordnung. Die Vorlage so wie sie daher kommt, bringt sehr viel Goodwill auf sehr vielen Ebenen mit. Energie, preisgünstiger Wohnungsbau, Park, Ökologie usw. wurden angesprochen. Das sind tolle linke Projekte, die ein Privater bezahlt. Was will man eigentlich noch mehr? Jetzt kommt Barbara Gysel mit dieser Beunruhigung. Es gibt in der Tat Vereine, die haben kein Lokal. Es gibt aber auch viele andere Probleme in dieser Stadt, die mit diesem Bebauungsplan nicht gelöst werden können. Es muss jetzt nicht jedes Problem dem Unterfeld noch obendrauf gepackt werden, damit es möglichst scheitert und die Wohnungen möglichst teuer werden und nicht vermietet werden können. „Sind wir doch konstruktiv!“

Barbara Gysel: Nachdem Philip C. Brunner Barbara Gysel die Sozialdemokratie lehren will und sie sich vom Stadtpräsidenten anhören muss, dass ihre Argumente nicht links wären, möchte Barbara Gysel festhalten: Was die SP-Fraktion getan hat, das war kein destruktives Verhalten. Sie hat es sich nicht einfach gemacht, Barbara Gysel hat eine Frage gestellt, die nicht destruktiv ist, sondern die SP-Fraktion in einem sachlichen Bestreben dazu, was als schwierig umsetzbar festgehalten ist, versucht, explizit einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Barbara Gysel möchte es sich hier nicht gefallen lassen, irgendwelche emotionalen Voten von Philip C. Brunner anhören zu müssen, die nicht am Platz sind.

Stadtrat André Wicki: Die Frage von Barbara Gysel ist sicherlich berechtigt, aber es muss im Urinteresse der Korporation sein, dass die Publikumsnutzungen schnell genutzt werden. Daher wurde in Ziff. 19 bewusst die entsprechende Ergänzung „sowie Bildungs- und Betreuungsnutzungen“ eingefügt.

Zu Ziff. 20 wird das Wort nicht verlangt.

Ziff. 21

Barbara Gysel: Die SP-Fraktion beantragt, hier den maximalen Anteil von 20% auf 40% zu erhöhen. Im Bericht der BPK ist auf Seite 22 nachzulesen, dass der Wohnanteil bewusst tiefer gehalten wurde, weil die Bahnanlagen nahe liegen. Da in diesem Absatz aber die maximalen Anteile im Gegensatz zu Mindestanforderungen definiert werden, sprechen für die SP-Fraktion keine Gründe dagegen, einen erhöhten Anteil zu ermöglichen. Sollte dieser dann nicht genutzt werden, ist es kein Drama, es würde aber mehr Handlungsspielräume ermöglichen.

Jürg Messmer: Vorhin wurde darüber diskutiert, dass Wohnen nicht gesundheitsschädigend und angenehm sein soll. Jetzt will man aber gerade in diesem Bereich von 20 auf 40% erhöhen. Jürg Messmer macht daher den Kompromissvorschlag, es der Bauherrschaft zu überlassen und maximal 100% aufzuführen. Dieser Kompromissvorschlag gilt als Gegenantrag gegenüber dem Antrag von Barbara Gysel.

Stadtrat André Wicki: Man befindet sich hier im Bereich Z4. Der Änderungsantrag von Barbara Gysel ändert nichts. Ursprünglich wollte die Korporation ein reines Gewerbegebäude erstellen. Die Stadt hat dann darauf hingewiesen, dass eine gewisse Flexibilität sinnvoll wäre. Diese wurde mit den 20% so aufgenommen.

Erste Abstimmung

Der Antrag Stadtrat für 20% erhält	10 Stimmen
Der Antrag der SP-Fraktion für 40% erhält	16 Stimmen
Der Antrag Jürg Messmer für 100% erhält	9 Stimmen

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi: In der zweiten Abstimmung werden die beiden Anträge mit den weniger erhaltenen Stimmen einander gegenüber gestellt.

Zweite Abstimmung

Der Antrag Stadtrat für 20% erhält	19 Stimmen
Der Antrag Jürg Messmer für 100% erhält	15 Stimmen

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi: Der Antrag des Stadtrates hat gegenüber dem Antrag von Jürg Messmer mit 19:15 Stimmen obsiegt. Der Antrag von Jürg Messmer fällt daher aus der Entscheidung.

Dritte Abstimmung

Der Antrag SP-Fraktion für 40% erhält	21 Stimmen
Der Antrag Stadtrat für 20% erhält	13 Stimmen

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi: Der Antrag der SP-Fraktion obsiegt gegenüber dem Antrag des Stadtrates mit 21:13 Stimmen und ist somit gutgeheissen.

Gestaltung

Zu Ziff. 22 erfolgen keine Wortmeldungen

Ziff. 23:

Ratspräsidentin Karin Hägi: Die Korrektur der BPK wird vom Stadtrat übernommen.

Jürg Messmer: Die SVP-Fraktion wünscht vom Stadtrat eine genauere Ausformulierung. Das Mitglied der Planungskommission aus Baar wird explizit aufgenommen. Was ist aber mit einem all-fälligen Mitglied aus der BPK? Falls die Antwort des Stadtrates dazu nicht nachvollziehbar ist, würde die SVP-Fraktion allenfalls den Antrag stellen, dass auch ein BPK-Mitglied in dieser Kommission Einsitz nehmen müsste.

Stadtrat André Wicki: Das Begleitgremium soll die grenzübergreifende Qualitätssicherung vornehmen. Dafür wird diese Gestaltungskommission eingesetzt. Sie beurteilt dann alle Baugesuche innerhalb des Bebauungsplanes (z.B. Betriebsgestaltung, Materialisierungskonzept usw.) In Zug wird sie anstelle der Stadtbildkommission die Projekte beurteilen. Die Stadtbildkommission hat diese Lösung auch angeregt. In Baar ist es etwas anders, da werden grössere Baugesuche von der Planungskommission beurteilt, ein Pendant zur SBK haben sie nicht. Daher ist die Beurteilung

der Planungskommission auch eine fachliche Beurteilung. Daher ist sie auch in diesem Gremium aufgeführt. Das Begleitgremium setzt sich zusammen aus:
Einem Vertreter aus dem bisherigen Beirat als Fachexperte
Drei Vertretern von Baar
Drei Vertretern der Stadt Zug (Stadtarchitekt, ein Vertreter der Stadtbildkommission als Architekt und ein Vertreter der Stadtbildkommission als Landschaftsarchitekt)

Urs Bertschi, Präsident BPK: Die BPK hat diese Verschärfung angeregt. Ihr Anliegen war, dass ein ungerades Gremium besteht mit einem neutralen fachlichen Vorsitzenden, der integral das Ganze ausserhalb der rein gemeindlichen Sicht steuern kann. Die Qualität steht also ganz klar im Vordergrund. Zudem wollte man möglichst wenige Verbandsungen in diesem Gremium kennen. Die fachliche Qualität soll im Zentrum stehen, und das tut beiden Gemeinden gut.

Zu Ziff. 24 wird das Wort nicht verlangt.

Ziff. 25:

Ratspräsidentin Karin Hägi: Die BPK-Ergänzung wird vom Stadtrat übernommen.

Ziff. 26:

Ratspräsidentin Karin Hägi: Die BPK Ergänzung wird vom Stadtrat übernommen.

Zu Ziff. 27 bis 29 wird das Wort nicht verlangt.

Erschliessung

Ziff. 30:

Jürg Messmer: Es war schon zu hören, dass an der Nordstrasse mit riesigen Staus zu rechnen ist. Es gibt aber auch Leute, die mit dem Fahrzeug aus diesem Gebiet Richtung Ägeri, Neuheim oder Menzingen müssen. Damit sie dann nicht auf die Nordzufahrt müssen, sondern direkt die Tangente Zug-Baar - wenn sie dann einmal da ist - benutzen können. Die SVP-Fraktion stellt folgenden Antrag: Es soll eine zusätzliche direkte Querung für Autos in Richtung Baarerstrasse/Zugerstrasse erstellt werden.

Urs Bertschi, Präsident BPK: Für den Zugerteil gibt es diese Verbindung bereits über die Feldstrasse. Wenn sich am Schluss das ganze Gebiet über eine nördlich gelegene Querung der Bahngleise entleeren sollte, würde das dazu führen, dass diese beiden Tiefgaragen miteinander verknüpft werden müssten. Das wiederum hätte zur Folge, dass am Schluss noch eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich wäre. Insofern wurden diese beiden Tiefgaragen nicht zuletzt auch zur Leitung der Verkehrsströme explizit nicht zusammengelegt. Für die Nordausfahrt noch eine Querung des Bahngleises zu entwickeln, würde nicht viel dazu beitragen. Denn diese Leute können ohne Stau problemlos Richtung Süden über die Feldstrasse sich in die Baarerstrasse begeben.

Simon Rohrer beantragt, nach diesem Paragraphen eine kurze Pause zu machen, um den Blutzuckerspiegel wieder etwas zu erhöhen und den Kopf zu lüften. Dann ist der Rat vielleicht auch etwas kompromissbereiter.

Ratspräsidentin Karin Hägi nimmt dies gerne so entgegen.

Stadtrat André Wicki schliesst sich Urs Bertschi an. Der Ort liegt nicht auf Zugerseite, sondern auf Baarerseite. Die Auflage hat dort schon stattgefunden. Es gab keinen entsprechenden Antrag. Der Stadtrat begrüsst das Bestreben, den Verkehrsabfluss zu verbessern. Das wurde aber bereits mit der Feldparkstrasse gelöst. Das Bauvolumen mit Rampen und grossen Bauwerken ginge in die Millionen. Zudem gibt es auch auf der anderen Seite der Strasse noch Gebäude. Stadtrat André Wicki hält daher am stadträtlichen Antrag fest.

Jürg Messmer hält am Antrag namens der SVP-Fraktion fest.

Abstimmung

über den Antrag von Jürg Messmer namens der SVP-Fraktion, lautend: Es soll eine zusätzliche direkte Querung für Autos in Richtung Baarerstrasse/Zugerstrasse erstellt werden:

Für den Antrag von Jürg Messmer namens der SVP-Fraktion stimmen 6 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 6 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag von Jürg Messmer namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

Zu Ziff. 31 bis 34 wird das Wort nicht verlangt.

Ziff. 35:

Ratspräsidentin Karin Hägi: Die Ergänzung der BPK wird vom Stadtrat nicht übernommen.

Abstimmung

über den Antrag des Stadtrates gegenüber dem Antrag der BPK:

Für den Antrag des Stadtrates stimmen 7 Ratsmitglieder, für den Antrag der BPK stimmen 22 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 22:7 Stimmen den Antrag der BPK gutgeheissen und denjenigen des Stadtrates abgelehnt hat.

Ziff. 36:

Ratspräsidentin Karin Hägi: Die Ergänzung der BPK wird vom Stadtrat übernommen.

Zu Ziff. 37 und 38 wird das Wort nicht verlangt.

Ziff. 39:

Ratspräsidentin Karin HBPK wird vom Stadtrat übernommen.

Umwelt

Andrea von Allmen: allenfalls ist in diesem Bereich eine zusätzliche Ziffer erforderlich, wonach im Rahmen des Bewilligungsverfahrens ein Energienachweis zu erbringen ist. Gesetzlich ist dies zwar so oder so erforderlich, jedoch wird auf das Mobilitätskonzept und den Lärnmachweis ebenfalls verwiesen. Der Umweltverträglichkeitsbericht ist das Resultat einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Diese kann aus einer Vor- und Hauptprüfung bestehen. Dieser Bericht wurde sträflich vernachlässigt und müsste entsprechend ergänzt werden. Andrea von Allmen stellt daher den Antrag: Im Rahmen des Bewilligungsverfahrens ist ein Energienachweis zu erbringen.

Abstimmung

über den Antrag von Andrea von Allmen betr. Energienachweis:
Für den Antrag von Andrea von Allmen stimmen 23 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 23 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag von Andrea von Allmen gutgeheissen hat. Die genaue Nummerierung dieser zusätzlichen Ziffer wird dem Baudepartement überlassen, weshalb die Beratung mit der bisherigen Nummerierung fortgeführt wird.

Zu Ziff. 41 bis 43 wird das Wort nicht verlangt.

Etappierung

Ziff.44:

Astrid Estermann erlebt als Fahrradfahrerin immer, dass bei Grossüberbauungen die Fahrräder etwas vergessen gehen und die direkten Wege abgeschnitten werden und eine gute Signalisierung fehlt. Daher beantragt Astrid Estermann folgende Ergänzung: „...zu den Haltestellen des öffentlichen Verkehrs und der Durchgang des kantonalen Radweges, allenfalls als Provisorien, zu realisieren.“ Damit ist der kantonale Radweg immer gewährleistet, und es finden entsprechende Signalisationen statt - allenfalls auch auf provisorischen Wegen.

Stadtrat André Wicki hat an sich nichts gegen diese Ergänzung, verweist aber darauf, dass im Bebauungsplan auch die kantonalen Radwege eingetragen sind.

Astrid Estermann: Es muss während der ganzen Bauphase gewährleistet sein, dass er auch befahrbar ist und nicht zwischendurch gekappt wird.

Abstimmung

über den Antrag von Astrid Estermann für die Ergänzung betr. kantonalen Radwege:
Für den Antrag von Astrid Estermann stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 24 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag von Astrid Estermann gutgeheissen hat.

Schlussbestimmungen

Zu Ziff. 47 und 48 wird das Wort nicht verlangt.

Ziff. 49:

Ratspräsidentin Karin Hägi: Die Ergänzung der BPK wird vom Stadtrat übernommen.

Ziff. 50:

Ratspräsidentin Karin Hägi: Die Ergänzung der BPK wird vom Stadtrat übernommen.

Umweltverträglichkeitsbericht

Keine Wortmeldungen

Zonenplanänderung

Keine Wortmeldungen

Änderung der Bauordnung § 54B

Keine Wortmeldungen

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der Bebauungsplan Unterfeld Schleife in erster Lesung beraten ist. Anträge zuhanden der zweiten Lesung sind spätestens zehn Tage vor der Sitzung schriftlich einzureichen.

5. Streethockeyanlage Herti: Erweiterung Streethockey-Spielfeld; Baukredit

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2391 vom 8. März 2016

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2391.1 vom 11. April 2016

Bericht und Antrag der BPK Nr. 2391.2 vom 26. April 2016

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Philip. C. Brunner, Präsident GPK: Am 11. April 2016 hat die GPK die Vorlage behandelt und in diesem Zusammenhang auch Vertreter der Oberwiler Rebels, nämlich den Präsidenten und seinen Bauexperten, befragen können. Deshalb ist es vielleicht etwas komisch, dass sich die Beilage 1 auf die Fragen der BPK-Sitzung vom 29. März 2016 bezieht. Damals hat sich die BPK das erste Mal mit dem Geschäft beschäftigt. Die GPK hat diese Antworten nach Rücksprache mit dem Stadtrat dem Bericht beigefügt. Die Antworten stammen von Paul Knüsel, Leiter Hochbau. Beilage 2 bezieht sich auf den Bericht und Antrag des Stadtrates. Dabei geht es um eine Berichtigung bezüglich der Spielfeldgrössen. Beilage 3 weist den Pachtzinsaufwand für die nächsten fünf Jahre auf, welcher in der Vorlage des Stadtrates noch fehlte. Die GPK war an der Sitzung vom 11. April 2016 in 5-er Besetzung anwesend, zwei Mitglieder mussten sich entschuldigen. Mit 4:1 wurde die Vorlage beschlossen. Das Ergebnis ist aber etwas zufällig und hätte durchaus auch 3:2 ausfallen können. Ein Mitglied war sich etwas unsicher, hat dann aber im Sinne des Sports und der Sache zugestimmt. Philip C. Brunner ist aber froh, dass sich die BPK nochmals mit der Vorlage befasst hat und inzwischen der BPK-Bericht auch zugestellt wurde. Philip C. Brunner verweist auf ein weiteres Dokument, welches vom Leiter Hochbau, Paul Knüsel, gemailt wurde. Dieses betrifft das angeblich vergleichbare Projekt in Bettlach. Die Antwort des Stadtrates zeigt, dass diese beiden Projekte tatsächlich nicht vergleichbar seien.

Urs Bertschi, Präsident BPK: Das Geschäft wurde von der BPK in zwei Sitzungen eingehend diskutiert. Die BPK begab sich auch vor Ort, um sich ein persönliches Bild vom Platz und den heutigen Infrastrukturen machen zu können. Anders als die GPK hat die BPK keine Vertreter der Oberwil Rebels in die Sitzungen eingeladen. Gleichwohl: Die BPK hat hier ihre Hausaufgaben gemacht, ihrer Meinung nach sogar gut gemacht und durchaus berechnete Fragen aufgeworfen, die noch der Klärung bedürfen. Zu den Diskussionen in der BPK verweist Urs Bertschi auf die vorliegenden detaillierten Unterlagen. Nach intensiven Sitzungen mit kontroversen Diskussionen empfiehlt die BPK mit 5:3 Stimmen, den beantragten Baukredit abzulehnen und das Geschäft zur Prüfung von kostengünstigeren Varianten an den Stadtrat zurückzuweisen. Der BPK ist es wichtig und erscheint es geboten, ihren Standpunkt ergänzend zum vorliegenden Bericht noch etwas zu verdeutlichen und vorab auch gleich noch ein paar Punkte zu klären. Dies zu Gunsten des Fairplay! Die BPK steht den sportlichen Erfolgen und der geleisteten Jugendarbeit der Oberwil durchaus wohlwollend gegenüber und dankt den Oberwil Rebels für ihre Arbeit. Dazu hat wohl auch die heute bestehende Infrastruktur beigetragen. Zumindest jedoch wird diese auch den künftigen Erfolgen – dies entgegen den unrichtigen Darstellungen aus Vorstandskreisen der Rebels – nicht

entgegenstehen. Sodann ist die heutige Infrastruktur auch nicht dergestalt, dass den Rebels gar eine aus Vorstandskreisen brandschwarz heraufbeschworene Relegation droht. Die Rebels bleiben also auch auf der bestehenden Anlage da, wo sie auch künftig hingehören: an die Tabellenspitze der Nati A! Den Oberwil Rebels soll zur Ausübung ihres Sports daher zu Recht weiterhin eine adäquate Infrastruktur zur Verfügung stehen, weiterhin unter angemessener städtischer Kostenbeteiligung. Die Motion der CVP "Die Rebels sollen ein definitives Zuhause in der Herti erhalten" hat nach Meinung der BPK nichts mit der vorliegenden Vorlage zu tun und wurde mit den erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen mit der Korporation Zug, die den Oberwil Rebels ein dauerhaftes Verbleiben in der Herti ermöglichen, erfüllt. D.h., der heute zur Diskussion stehende Baukredit hat grundsätzlich keinerlei Bezug zur erwähnten Motion. Die BPK stellt fest, dass im Zusammenhang und gestützt auf die entsprechenden Bedürfnisse der Oberwil Rebels vor gut drei Jahren das Garderobengebäude in der Herti erweitert wurde. Die BPK konnte sich vor Ort davon überzeugen, dass der heutige Streethockey-Platz sich in einem einwandfreien Zustand befindet und sich punkto Platzgrösse wohl noch längere Zeit für nationale A-Meisterschaften eignet. Das Platzgefälle von 1,5% führt das Wasser hinreichend ab und auf dem Platz waren auch keine "Säcke" auszumachen, die die Bespielbarkeit des Platzes bei Regen beeinträchtigen könnten. Zudem scheinen die Rebels heute so oder so über einen mobilen Platzbelag zu verfügen, der die Bespielbarkeit des Platzes optimiert. Ein sogenanntes "Dachgefälle" auf dem Platz mag insbesondere bei Regen allenfalls optimaler sein, doch ist ein solches reglementarisch nirgends vorgeschrieben. Wäre es dies, wäre der bestehende Platz entsprechend gebaut worden. Zudem lässt sich der bestehende Platz bei tatsächlichem Bedarf – er ist weit über das heutige Spielfeld hinaus bereits asphaltiert – durch eine einfache Erweiterung/Ergänzung der bestehenden Bandenanlage auf die internationalen Platzmasse vergrössern. Die heutige Bandenanlage befindet sich grundsätzlich in einem einwandfreien Zustand. Das ins Feld geführte Verletzungsrisiko im Bandenbereich erscheint der BPK weiterhin als zumutbar, ist dem Sport und insbesondere wohl auch sämtlichen Hockeyarten ein gewisses Verletzungsrisiko immanent. Gleiches kann in Bezug auf das vermeintlich gefährliche Platzgefälle gesagt werden. Der beantragte Baukredit fällt gemessen am ominösen Projekt Bettlach (<http://www.shcbettlach.ch/Infrastruktur.html>) überaus hoch aus, so dass sich für die BPK die Frage nach der vorgelegten Kostengünstigkeit stellt. Warum die GPK solche Fragen nicht eingehender geklärt haben will, mag erstaunen. Die Stadt darf und muss auch wissen, was das "Infrastrukturgebäude" – auch wenn es durch Eigenleistungen finanziert werden soll, tatsächlich kosten soll und von welcher Qualität es sein wird. Schliesslich soll die Stadt dieses dereinst ja übernehmen. Sicherlich ehrt es den sonst so kontrollreichen und Ausgaben alerten Präsidenten der GPK, wenn ihm das Wort des Clubpräsidenten der Oberwil Rebels gleich viel Wert ist wie ein schriftlicher Vertrag. Doch hier meint die BPK: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser! All diese Fragen und Abklärungen wiederum vor dem Hintergrund eines kostengünstigen "Bettlach Projekts" (und nicht des Belp-Projekts, Herr Schönenberger, vgl. zentral+), welches integral (Platz und Gebäude) immerhin ungefähr zum halben Preis erstellt werden konnte. Weiter ist anzumerken, dass der bestehende Platz bereits geländeadäquat fundiert ist. D.h. dass darin entgegen den Aussagen des Rebels-Präsidenten bei zentral+ hier kein Argument für höhere Kosten zu sehen ist. Auf der bestehenden Foundation kann selbst bei einer allfälligen Platzvergrößerung aufgebaut werden. Bei einer Gefällsveränderung wäre bloss die Kofferung entsprechend anzugleichen. Die BPK meint, dass man sich entsprechende Kosten-Transparenz auch bezüglich des Infrastrukturgebäudes leisten darf und sollte, zumal dieses von der Stadt immerhin in fünf Jahren, wenn es nach dem Willen der Rebels geht, gar übernehmen soll. Sodann regt die BPK dringend an, die Frage nach Infrastruktur-Gebäuden in der Sportmeile integral zu prüfen. Nach Aussagen aus dem Baudepartement besteht auch bei anderen Sportarten ein ausgewiesener Bedarf nach mehr Raum. So wäre allenfalls eine Aufstockung des bereits erwähnten Garderobegebäudes ernsthaft zu prüfen, bevor jeder Verein sein eigenes Garderobe- oder Clubhäuschen einfordert. Für die Erneuerung oder den

Ausbau der bestehenden Infrastruktur der Oberwil Rebels besteht keine zeitliche Dringlichkeit. Mit anderen Worten darf man es sich ohne schlechtes Gewissen leisten, hier noch einmal etwas genauer hinzuschauen, um die augenscheinlich bestehenden Unklarheiten und Unschärfen dieses Projekts und des damit verbundenen Baukredits auszuräumen. Schliesslich muss es allen ein Anliegen sein, mit bestehenden Sportanlagen und hierfür unlängst getätigten Investitionen, die ihre Lebensdauer noch nicht erreicht haben bzw. noch nicht amortisiert sind, sorgsam und verantwortungsvoll umzugehen. Und zu guter Letzt stellt sich einmal mehr die Frage nach dem Zuger Standard oder dem sogenannten "Zuger Finish". Wenn die V-Zug sich solche Slogans für die Anpreisung ihrer qualitativ hochwertigen Wäschetrockner leistet, mag dies sicherlich berechtigt sein. Die Stadt Zug jedoch sollte in Zeiten knapper Mittel und angesagter Sparpakete – auch wenn Investitionen nichts mit laufenden Ausgaben zu tun und selbst wenn ein Investitions-Stau zu verzeichnen ist – allein aus Respekt gegenüber den Steuerzahlern hier das nötige Fingerspitzengefühl beweisen, indem man das wirklich Notwendige sauber evaluiert und auf Unnötiges verzichtet! Aufgrund all dieser Erwägungen erachtet es die Mehrheit der BPK für richtig und geboten, die Vorlage an den Stadtrat zur seriösen Evaluation von Varianten zurückzuweisen. Dabei wird vor einer allfälligen Platzsanierung/-erweiterung auch eine mögliche TU-/GU-Vergabe zu prüfen sein. Die Erstellungskosten des Platzes in Bettlach zumindest legen nahe, dies unbedingt zu tun! In diesem Sinne beantragt die BPK mit 5:3 Stimmen, den beantragten Baukredit für heute auf faire und sportliche Weise abzulehnen und das Geschäft zur Prüfung von kostengünstigeren Varianten an den Stadtrat zurückzuweisen.

Ratspräsidentin Karin Hägi: Rückweisung ist ein Ordnungsantrag, weshalb nun nur noch Voten zur Rückweisung erfolgen dürfen.

Jürg Messmer: Der GGR-Mitglieder machen es sich sehr billig, wenn sie dem Rückweisungsantrag zustimmen und dann nach Hause gehen. Die Vorlage ist gut ausgearbeitet. Man weiss alles, man weiss, was es die Stadt kostet, man weiss, dass es mit dem Platz in Bettlach nicht vergleichbar ist, man weiss, dass die Oberwiler Rebels selbst 50% des Gesamtbetrages oder 100% des Garderobengebäudes übernehmen. „Zeigen Sie mir einen Sportverein, der dies auch so angeboten hat.“ Das würde beim EVZ etwa CHF 30 Mio. ausmachen, die hier noch eingefordert werden könnten. Das würde für die städtischen Finanzen gut passen. Es überrascht Jürg Messmer, dass die BPK mit einer solchen Rückweisung daherkommt. Es wurden schon andere Projekte hier beraten, die von der BPK stillschweigend immer durchgewunken wurden. Das letzte solche Projekt war ein Sprungturm für eine halbe Million. Dort gab es keine Diskussionen seitens der BPK, das wollte man durchwinken. Jürg Messmer persönlich geht davon aus, dass gewisse Personen der BPK etwas gegen den Verein haben und es aus diesem Grund nicht behandeln und verzögern wollen. Jürg Messmer ersucht daher den GGR, diesen Rückweisungsantrag nicht zu unterstützen und grossmehrheitlich abzuschmettern.

Astrid Estermann: Die Fraktion Alternative-CSP stimmt der Rückweisung zu. Selbstverständlich sieht sie die Eigenleistungen der Rebels. Die Frage stellt sich aber, wo die Eigenleistung erbracht wird und wo sie auch sinnvoll ist. Abgesehen davon hat Astrid Estermann auch Fragezeichen zu dieser hohen Eigenleistung. Ist sie wirklich auch stämmbar? Das Ganze muss noch einmal genau und seriös abgeklärt werden. Die Vorlage findet auch die Fraktion Alternative-CSP zu teuer. Die Stadt hat gegenüber der Oberwiler Rebels schon mehrmals Grosszügigkeit gezeigt. Beim letzten Bau des Platzes gab es schon genügend Zeichen bzw. man hat mit der Möglichkeit rechnen müssen, dass die Halle abgelehnt wird. Es war sowohl vom Stadtrat wie auch von den Oberwiler Rebels blauäugig, zu glauben, dass die Halle einfach durchkommt. Man muss mit solchen Möglichkeiten rechnen. Der Platz ist spielbar. Die Fraktion Alternative-CSP stimmt der beantragten Rückweisung zu.

Barbara Gysel: Die SP-Fraktion unterstützt die Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat. Es geht dabei explizit nicht um ein Missbehagen oder Unbehagen gegenüber dem Verein, sondern um das Gebot der Stunde. Sparen ist in aller Munde. Die Oberwiler Rebels konnten in den vergangenen Jahren bereits viel von der Stadt profitieren. Nun steht die Stadt im Spar- und Verzichtmodus. Es geht nicht darum, einzelne Ausgabenposten oder Investitionen gegeneinander auszuspielen, aber um den Finanzhaushalt ins Lot zu bringen, hat die SP-Fraktion immer drei Richtungen verfolgt:

- Sparen dort, wo es aus Sicht der SP-Fraktion sozial- und umweltverträglich ist
- Einnahmen zu steigern
- Der Verzicht auf Investitionen

Genau hier geht es um ein solches Investitionsprojekt. Nicht im Vordergrund steht für die SP-Fraktion Griesgram, Miesepeter oder einzelne Probleme gegenüber dem Verein. Die Stadt beweist auch, dass sie sich Sport und Freizeit etwas kosten lässt, sogar viel. Es darf aber das Verständnis erwartet werden, dass ein Projekt in dieser Grössenordnung redimensioniert werden kann oder muss. Deswegen unterstützt die SP-Fraktion die Rückweisung.

Simon Rohrer: Die Rebels sind ein sehr erfolgreicher Club, der auch professionell operiert. Die Streethockey-WM, die die Rebels organisiert haben, hatte ein Budget von CHF 2 Mio. Das zeigt, dass sie auch fähig sind, die finanziellen Mittel für diese Infrastruktur rund um den Platz zu stämmen. Wenn der GGR das Geschäft nun zurückweist, hat dies zur Konsequenz, dass man damit den erfolgreichsten Club weltweit im Streethockey in die Nationaliga B absteigen lässt.

Etienne Schumpf: Vor nicht allzu langer Zeit lag ein schlechtes Projekt für CHF 7 Mio. vor. Jetzt liegt ein sehr gutes Projekt vor, das die Stadt knapp CHF 1,2 Mio. kostet. Weil dieses Projekt ein guter Deal und eine gute Alternative ist, verdient es, dass es nicht zurückgewiesen wird, sondern der GGR sich dieser Diskussion stellt, damit die Oberwiler Rebels endlich ein definitives Zuhause erhalten. Diese Frage kann der GGR nicht weiter vor sich hertreiben. Etienne Schumpf appelliert daher an seine Ratskolleginnen und Ratskollegen, diese Arbeit nicht zu verschieben, sondern über diese sehr gute Vorlage zu entscheiden.

Peter Rütimann zeigt ein Bild der heutigen Situation auf und wirft die Frage in den Raum: hat die Jugend solche Provisorien verdient? Das wäre das Resultat, wenn der Antrag auf Rückweisung gutgeheissen und eine Lightversion beschlossen würde. Das funktioniert so nicht. Provisorien werden immer wieder teurer. Daher braucht es eine Erschliessung, die in diesem Fall zwar nicht ganz einfach ist. Diese hat auch ihren Preis. Die FDP-Fraktion hat diese Vorlage überprüft und findet sie gut. Peter Rütimann ersucht daher, die Rückweisung nicht zu unterstützen, sondern den Antrag des Stadtrates gutzuheissen.

Urs Bertschi äussert sich nicht als BPK-Präsident, sondern als gewählter Parlamentarier: Für dieses Projekt liegt die Forderung der Bürgerlichen nach Ausweisung der Folgekosten nicht vor. Insofern ist der GGR, will er seinen eigenen Reden Folge leisten, gezwungen, dieses Projekt hier und heute zurückzuweisen. Zur Frage des Zuger Finish: Auf dem Bild waren die Toi Toi's zu sehen. Gleichwohl darf und muss man sich vergegenwärtigen, dass der Torhüter auf dem benachbarten Fussballplatz zur Verrichtung seines Geschäftes den Weg über das ganze Fussballfeld bis zur nächsten Toilette freiwillig, aber auch zwangsläufig, unter die Füsse nehmen muss. Die Rebels, die heute so diskreditiert werden durch diese unglaubliche Infrastruktur, müssen also den genau gleichen Weg machen, um ihr Geschäft zu verrichten. Nach der persönlichen Meinung von Urs Bertschi und derjenigen der SP-Fraktion sollte das in heutigen Zeiten zumutbar sein. Zumal die Rebels nach wie vor über eine überaus taugliche Infrastruktur verfügen. Allein die Bandenanla-

ge lässt sich durch auf der Seite angelegte Erweiterungen selbst für eine Platzvergrößerung weiter verwenden. Urs Bertschi erstaunt, dass man ein Investitionsvolumen von rund CHF 1 Mio., das für dieses sogenannte Provisorium aufgewendet wurde, einfach so zerstört, um dann die nice to have eines durchaus erfolgreichen Clubs, welcher trotz inferiorer Infrastruktur immer noch auf Platz 1 steht, gewisse Wünsche zu erfüllen. Das mit Intransparenz angegangene Projekt verpflichtet nach Meinung von Urs Bertschi und der SP-Fraktion zur Rückweisung. Wenn angefügt wird, dass das Projekt Bettlach unter keinen Titeln vergleichbar wäre, hat man in diesen gewissen Kreisen die Gabe, zwischen den Zeilen zu lesen. Die gesamte Architekturabrechnung des Projekts Bettlach, welche Urs Bertschi vom Baudepartement leider nicht zur Überprüfung zur Verfügung gestellt wurde, weist aus, dass das Projekt zumindest betreffend Platz durchaus vergleichbar wäre. Auch wenn man hier vom Einschichtbelag spricht, wurde dieser Platz auch nach Meinung des Hochbauamtes sehr billig realisiert. Wenn es den GGR in einer Realisierung nicht mehr interessiert, ob für ein Projekt CHF 1,2 Mio. oder vielleicht CHF 700'000.00 bezahlt werden müssen, so muss man sich in der Tat nicht mehr über Sprungtürme für eine halbe Million aufhalten, die eine Laufzeit von 25 Jahren haben und der gesamten Stadt während Jahren und Jahrzehnten zur Verfügung steht und nach Meinung von Urs Bertschi auch zum Inventar eines Strandbades gehören.

Hugo Halter stellt fest, dass es jetzt um die Frage der Rückweisung geht, jedoch bereits auf Stufe von Detailproblemen diskutiert wird. So geht das nicht! Die CVP-Fraktion ist geschlossen gegen die Rückweisung. Hugo Halter appelliert an den GGR, sich der Situation zu stellen und die Stimme für oder dagegen abzugeben.

Abstimmung

über den Rückweisungsantrag der BPK:

Für den Rückweisungsantrag stimmen 11 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 22 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 11:22 Stimmen den Rückweisungsantrag der BPK abgelehnt hat.

Detailberatung

Simon Rohrer: Es war einmal ... so beginnen bekanntlich viele lange Geschichten. Das würde eigentlich auch passen zu den Voten gewisser Ratskollegen. Das würde auch zur Geschichte über den Streethockey-Platz der Oberwil Rebels passen. Vor fast zehn Jahren wurde nämlich die Volksinitiative mit dem Namen "Sport und Streethockey-Platz für Oberwil" eingereicht, welche dann vom Volk mit grosser Mehrheit angenommen wurde. Was danach geschehen ist, kennen alle bestens. Zusätzlich zum politischen Auf und Ab hat der Streethockey Verband in der Zwischenzeit neue Regeln für die noch junge Sportart eingeführt. Um weiterhin auf höchstem Niveau spielen zu können, brauchen die Rebels deshalb ein grösseres Spielfeld. Und auf höchstem Niveau spielen die Rebels schon lange: Neben der erfolgreich organisierten und von der Bevölkerung stark frequentierten Streethockey WM in Zug vom letzten Jahr, konnte sich der Club 2015 zum dritten Mal die Krone als bestes Clubteam der Welt aufsetzen. Mit dieser Vorlage bietet sich nun die Chance, von einem jahrelangen Provisorium wegzukommen zu einem modernen Street-hockey Platz im zukunftssträchtigen Wohnquartier Herti. Der Rebels Club investiert viel in die Juniorenarbeit, und hoffentlich werden die vielen Kinder auch aus der Umgebung Herti und vielleicht auch aus dem Unterfeld den Rebels Club in der Zukunft ebenfalls so erfolgreich aufspielen lassen. Die Investition der Stadt Zug sind zwar nicht klein, aber unter den gegebenen Umständen und auch in Anbetracht, dass ähnliche Vereine auch von der Stadt unterstützt wur-

den, findet die FDP Fraktion diesen Betrag von CHF 1,184 Mio. vertretbar. Es handelt sich hier nicht um ein Luxusprojekt, wenn anstelle von Toi Toi Latrinen einfache WCs gebaut werden, ein Platz saniert wird und die bestehenden Flutlichtanlagen versetzt und weiterhin benutzt werden. Die lange Geschichte hat nach Meinung der FDP-Fraktion also ein Happy End verdient. Und wo bleibt eigentlich die Moral der Geschichte? Die gibt es nämlich auch: Die Oberwil Rebels finanzieren selber für einen Betrag von CHF 1,2 Mio. das Infrastrukturgebäude. Dass ein Verein so viel Eigenkapital aufbringt für Infrastruktur, welche im Übrigen auch von anderen Clubs wie dem EVZ genutzt werden können, ist wahrlich aussergewöhnlich, zumal das Clubhaus zukünftig in den Besitz der Stadt Zug übertragen wird. Also stimmt der GGR hier im eigentlichen Sinne nur über die Hälfte des Gesamtbetrages ab, der Rest sollte ihn in diesem Sinne gar nicht so stark kümmern. Aus diesem Grund wird der Baukredit von der FDP-Fraktion einstimmig bewilligt. Sie hofft zugleich, dies tun möglichst viele der Ratskolleginnen und -kollegen gleich.

Hugo Halter: Im Gegensatz zum Präsidenten der BPK ist die CVP-Fraktion der Meinung, dass ihre Motion zu diesem Thema noch nicht erfüllt ist. Ein "definitives Zuhause" heisst auch, dass die Rahmenbedingungen definitiv sind. Der GGR hat die Motion problemlos überwiesen und der Stadtrat hat, zusammen mit den Direktbetroffenen, eine gute Vorlage ausgearbeitet. Grosse Diskussionen ergaben Aussagen in der Protokollbeilage des BPK Berichtes. Es geht nicht an, dass öffentlich ein derartiges Misstrauen mit irgendwelchen Mutmassungen betreffend Lobbying der Verwaltung genannt werden, nur weil es jemanden aus der BPK so nicht passt. Der Vorwurf der Befangenheit grenzt nach Meinung der CVP-Fraktion an eine pauschale Verunglimpfung. Solches verurteilt die CVP-Fraktion. Es geht um sachliche Argumente und Fakten. Die Gesamtkosten von CHF 2,3 Mio. sind unbestritten viel Geld. Hugo Halter erinnert aber daran, dass der vom GGR und dann vom Stimmvolk richtigerweise abgelehnte Baukredit für die Halle in Oberwil rund CHF 6,7 Mio. gekostet hätte. Zudem hat Hugo Halter in diesem Rat in den letzten fast zehn Jahren noch nie erlebt, dass ein Verein die Hälfte des Gesamtkredites selber übernimmt und finanziert. Das ist der richtige Weg und sollte in Zukunft mehr Schule machen. Die international und national äusserst erfolgreichen Oberwil Rebels sind auch in der Jugendarbeit sehr erfolgreich. Mehr als 120 Junioren betätigen sich hier sportlich aktiv und haben eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, die wiederum durch den Verein getragen werden. Man merkt es, Hugo Halter ist von diesem Verein und seinen Menschen sehr beeindruckt. Solche eben nicht staatlich geführten Aktivitäten zeigen, dass Motivation und Wille viel bewirken kann. Auch eine mustergültig organisierte Weltmeisterschaft mit attraktivem Miteinbezug unserer Bevölkerung. Der vorliegende Baukredit, bzw. der Anteil der Stadt Zug mit den ca. CHF 1,18 Mio. sind auf jeden Fall sehr gut und vor allem auch nachhaltig für den Sport und eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung der Jugend investiert. Durch die BPK wurden verschiedene Abklärungen getätigt. So u.a. auch ein Vergleich mit der offenbar kostengünstigeren Variante "Bettlach". Solche Abklärungen sind richtig und wichtig. Ebenso wichtig ist es dann aber auch, dass hier seriöse Vergleiche gemacht werden. Es ist dem Baudepartement und den Oberwil Rebels nicht zum Vorwurf zu machen, wenn gewisse Kosten höher ausfallen, weil z.B klar ist, dass im Herti ein Sumpfuntergrund vorhanden ist, der halt eine völlig andere Fundierung benötigt als fester Untergrund. Es ist auch störend und wenig verständlich, dass für die notwendigen Werkleitungen der WWZ sowie die Erschliessung für die Kanalisation so hohe Summen eingesetzt werden müssen. Offenbar sind in Bettlach derartige Kosten um ein Vielfaches kleiner. Es ist doch logisch, dass nach dem Provisorium eine fixe Anlage so gebaut werden soll, dass sie für die nächsten 20 oder mehr Jahre den Anforderungen gerecht ist. Hugo Halter meint damit auch, dass wenn man weiterhin international und national bei den Meisterschaften an der Spitze mitspielen will, halt auch die entsprechenden nationalen und internationalen Normen einzuhalten sind. Auch hier kann dem Verein dieser Mehraufwand nicht zum Vorwurf gemacht werden. Der Vorwurf müsste wenn schon dem GGR gemacht werden, wenn das nicht berücksichtigt würde. Dass das Infrastrukturgebäude, das durch den Verein mit

CHF 1,2 Mio. selber finanziert wird, nach fünf Jahren in den Etat der Stadt übergehen soll, stört die CVP-Fraktion auch nicht. Erstens war hier die Korporation sehr entgegenkommend und hat diese Frist auf fünf Jahre verlängert. Zweitens entspricht es ihrer Philosophie - die Hugo Halter teilen kann - dass die Korporation mit dem Baurechtsnehmer - also der Stadt verhandelt, Verträge abschliesst und nicht mit Einzelvereinen, die eben nicht Baurechtsvertreter sind. Hugo Halter sieht das grundsätzlich sehr positiv, dass dieses Infrastrukturgebäude ins Inventar der Stadt übergeht. Die Stadt bekommt quasi ein Geschenk, das den Sportlern und Vereinen zur Verfügung gestellt werden kann und somit nicht selber mit Steuergeldern gebaut werden muss. Am Rande sei auch hier erwähnt, dass beim Vergleichsobjekt "Bettlach" lediglich ein Teil und nicht alles unter diesem Projekt abgerechnet wurde. Offenbar konnte ein Grossteil der Kosten unter anderen "Sport-" Budget-positionen verbucht werden. Mit der Inbetriebnahme entstehen auch sehr gute Synergien. So können z.B zwei Garderoben sowie Material- und Logistik-Räume im heutigen Gebäude den Fussballern wieder zurückgegeben werden, weil die Rebels dannzumal ihre Infrastrukturen beziehen können. Es gibt also auch für die Fussballer und somit auch für die Stadt wieder etwas "Luft" in den offenbar zunehmend engeren Platzbedürfnissen. Die Rebels wollen aus nachvollziehbaren Gründen das Infrastrukturgebäude analog dem bestehenden Gebäude des SAC/Boccia bauen und so eine gute Bauqualität erzielen. Auch das kommt ja der Stadt wieder zu Gute. Das Fazit der CVP-Fraktion lautet: Es konnte damals innert nützlicher Frist und mit viel Goodwill ein Provisorium im Herti realisiert werden. Durch das Volk und den GGR wurde eine Halle am falschen Standort abgelehnt. Die durch den GGR überwiesene Motion für ein "definitives Zuhause in der Herti" und somit am richtigen Ort in der "Sportmeile" der Stadt Zug soll nun umgesetzt werden. Man hat A gesagt und müsste jetzt konsequenterweise auch B sagen. Die CVP Fraktion wird einstimmig B sagen und dem Baukredit zustimmen. Hugo Halter ersucht, hier ebenfalls zuzustimmen und B zum Baukredit und zu den Rebels zu sagen.

Jürg Messmer: Heute bietet sich die Gelegenheit, eine achtjährige Leidenszeit der Oberwiler Rebels zu beenden. 2008 wurden die Rebels aus Oberwil vertrieben, dies aufgrund einer Beschwerde, die damals der Regierungsrat des Kantons Zug gutgeheissen hatte. Wenn dem Fraktionschef der SP-Fraktion zugehört wird, so möchte dieser gerne das Provisorium provisorisch erweitern, nämlich mit diesen Banden. Wenn Jürg Messmer noch von der gleichen Person als Präsident der BPK hört, man müsse halt beim Streethockey Verletzungen in Kauf nehmen und darum brauche es jetzt nicht einen anderen Platz oder andere Banden, spätestens dann hat Jürg Messmer grosse Bedenken und stellt grosse Fragezeichen. Von Intransparenz wurde gesprochen. Das ist nicht der Fall. Die Oberwiler Rebels werden das Infrastrukturgebäude stellen. Da hat der Stadtrat auch die definitive Zusage erhalten. Daran kann nicht gerüttelt werden. Die Rebels sind ein Verein, der die jungen Leute, die unter Umständen nicht wissen was mit ihrer Zeit anzufangen, wegholt von der Strasse in einen Verein und zieht sie in ein Vereinsleben mit ein. So braucht es unter Umständen eine Tagesmutter oder einen Betreuungsplatz weniger. Ein Kommissionsmitglied in der GPK monierte sich darüber, dass für Sport so viel Geld zur Verfügung gestellt werde, Kultur aber viel weniger erhalte. Wenn begonnen wird, Kultur und Sport gegeneinander auszuspielen, da muss wirklich aufgehört werden, das kann es nicht sein. Aus dem Bericht der GPK ist ersichtlich, dass für die Kultur ohne Musikschule und die Investitionen für das Theater Casino jährlich CHF 3,8 Mio. ausgegeben. Wie viel trägt dazu die Kultur selber bei? Bei den Streethockeyanern sind es CHF 1,2 Mio. Daher gibt es nur eines: „Bringen Sie die Geschichte heute zu einem guten Ende, machen Sie dem zukünftigen Schweizermeister eine Freude und geben Sie ihm nach dem Provisorium endlich ein definitives Zuhause in der Herti.“ Das war nicht ihr Wunschplatz, es wurde aber so beschlossen, und die Rebels können damit leben. Aber das heutige Provisorium ist für jeden Verein in der Stadt Zug unwürdig. Es ist auch unwürdig für die Jugend und die Stadt Zug.

Astrid Estermann: Die Fraktion Alternative-CSP zeigte sich bisher und wird es auch in Zukunft sein, grosszügig gegenüber Kultur und Sport. Die Fraktion findet es grundsätzlich sehr sinnvoll, Vereine zu unterstützen und damit Freiwillige, welche sich Zeit nehmen, mit Kindern und Jugendlichen die Freizeit zu gestalten. Sport fördert die Gesundheit, den Teamgeist, und vermittelt Kenntnisse in Organisation und Leitung von Teams. Die Empörung damals, dass die Oberwil Rebels nicht mehr auf dem Schulhausplatz in Oberwil spielen durften, war auch in der Fraktion Alternative-CSP gross, und sie fand es richtig, dass die Oberwil Rebels einen Ersatzplatz erhalten. Seither ist viel Zeit vergangen. Der junge Sport des Streethockeys hat sich in den letzten Jahren verändert, Platzmasse und Spielweisen wurden geändert. Auch die Finanzen der Stadt Zug haben sich zum Schlechteren verändert. Der Erfolg der Oberwiler Rebels hat Wünsche auch für internationale Turniere geweckt, die damals, als sie noch auf dem Schulhausplatz von Oberwil spielten, noch nicht da waren. Die Fraktion Alternative-CSP gönnt den Oberwiler Rebels ihren Erfolg wirklich von Herzen und sieht auch, was hier geleistet wird. Dieser Erfolg war übrigens möglich auf den bisherigen provisorischen Plätzen. Die Oberwiler Rebels könnten eigentlich dankbar sein, dass sie damals auf dem Schulhausplatz nicht mehr spielen durften, heute wäre dieser Platz schon lange zu klein. In all diesen Jahren wurden aber auch von den Oberwiler Rebels und vom Stadtrat und einigen Mitgliedern des GGR in den Augen der Fraktion Alternative-CSP mehrere Fehlschlüsse gezogen, welche die Mitglieder der Fraktion Alternative-CSP in den letzten Jahren und Monaten immer mehr verärgert hat:

1. Die Behauptung der Oberwil Rebels, dass die grösseren Masse für den Streethockeyplatz nicht bekannt waren.: Stefan Hodel führte bereits 2007 mit dem Präsidenten des SSHA, Herr Curchod, deinen Mailverkehr, in welchem er die Masse des Platzes von 25 x 50 Metern mitteilte und die Mitglieder ermunterte, die Felder sogar 26 x 56 Meter zu bauen, um internationale Spiele durchführen zu können. Damals war also bereits klar: wenn man international spielen möchte, müssen diese Plätze grösser sein. Für die geplante Streethockeyhalle in Oberwil war mit den Massen 25,2 x 52,2 Metern gerechnet worden und sie wäre somit bereits heute zu klein für internationale Spiele. Nun kann man sagen: Gott sei Dank ist diese Abstimmung nicht gewonnen worden! Nun ist gemäss der Vorlage ein Spielfeld von 26 x 52 Metern gefordert. Ebenfalls ärgert die Behauptung des Stadtrates aus dem Jahr 2010 beim neuen Bau des Garderobengebäudes, dass dieses genügend gross konzipiert und gemäss den Bedürfnissen der Sportvereine geplant sei - also auch für die Oberwil Rebels. Das wurde damals mehrmals nachgefragt. Nun wird ein neues Garderobengebäude gebaut, und die Stadt kennt den Standard und den Ausbau nicht wirklich, übernimmt dieses aber in fünf Jahren. Übrigens: vor dem Haus von Astrid Estermann wird Fussball gespielt auf dem Kunstrasen. Dort steht kein Toi toi. Die Garderoben sind ziemlich weit entfernt, bedeutend weiter als die Oberwil Rebels in ihre Garderoben gehen müssen. Es geht sehr wohl, wenn man das will.
2. Astrid Estermann ärgert immer wieder die Arroganz und die Selbstverständlichkeit, mit der die Ober Rebels gegenüber den Bürgerinnen und Bürger der Stadt Zug auftreten. Der Präsident äussert sich jeweils so, als sei es eine Selbstverständlichkeit, dass die öffentliche Hand die Infrastruktur ihres Clubs bezahlt und dabei auch nur das Beste gut genug ist. In der Zeitung und in Vorlagen oder Briefen ist zu lesen, was die Stadt gegenüber den Oberwil Rebels zu tun hat, was ihre Pflicht sei, was sie diesem Club schuldig ist und dass sie die Opfer sind, welchen es verdient haben, mit allen Mitteln unterstützt zu werden. Bei all dem hätte man auch einmal ein Dankeschön oder eine Art von „Jawohl, wir haben jetzt einen Platz und sind froh darum, wir sind auch auf diesem Platz erfolgreich“ erwartet. Also eine gewisse Bescheidenheit und ein Bewusstsein dafür, dass die Stadt Leistungen erbringt, die nicht einfach selbstverständlich sind und die auch von den Oberwiler Rebels geschätzt werden.

3. Ebenfalls scheint auch der Stadtrat zusammen mit den Oberwiler Rebels auf einem Auge blind gewesen zu sein, indem er annahm, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem Bau einer Halle zustimmen und deshalb nur ein Provisorium mit den zu kleinen Massen gebaut werden müsste. Somit haben der Streethockeyclub und der Stadtrat es versäumt, den Platz im Herti so zu konzipieren, dass er auch bei einem Nein des Stimmvolks weiterhin geeignet zum Spielen ist. Diese Blauäugigkeit ist erstaunlich, denn im Vorfeld der Abstimmung für die Halle waren sehr viele kritische Stimmen bereits klar erkennbar.

Jedenfalls kommt die Fraktion Alternative-CSP zum Schluss, dass sie der vorliegenden Vorlage nicht zustimmen kann. Sie ist der Meinung, dass

1. mit dem bestehenden Garderobengebäude oder allenfalls auch, wenn es für weitere Vereine notwendig ist, von der Stadt weitere Garderobengebäude gebaut werden, jedoch nicht über die Oberwiler Rebels, ihnen zurzeit zugemutet werden kann, dass sie sich dort umziehen und sie auch dort auf das WC gehen. Sie brauchen nicht auf das Toi toi auf ihrem Platz zu gehen.
2. der bestehende Platz erweitert werden kann, indem die Banden weiter nach aussen gesetzt werden. Die Anpassung der Banden ist damit natürlich verbunden.
3. es nicht sein kann, dass die Stadt im Moment noch Abschreibungen des alten Platzes im nächsten Jahrzehnt in der Höhe von durchschnittlich CHF 35'000.00 jährlich hat, dazu noch die Abschreibung des neuen Platzes in der Höhe von rund CHF 200'000.00 jährlich übernommen werden, dann noch die Miete gegenüber der Kooperation bezahlt wird, und dann auch noch die Unterhaltskosten des neuen Garderobengebäudes in fünf Jahren übernommen werden. Dadurch wird die laufende Rechnung und nicht die Investitionsrechnung belastet. Gleichzeitig ist zu hören, dass die Eltern von Kindern ab dem Schuljahr 2017/2018 für den Schulsport neu CHF 90.00 anstelle von CHF 60.00 bezahlen müssen.

Es muss darauf geschaut werden, wo es sinnvoll ist, was zu investieren. Könnte ein solcher Oberwiler Rebels-Platz nicht auch günstiger möglich sein? Es würde sich lohnen. Es wurde darüber abgestimmt, die Rückweisung wurde abgelehnt. Ok, die Fraktion Alternative-CSP ist nach wie vor gegen diese Vorlage und kann ihr nicht zustimmen, weil sie der Meinung ist, es gäbe eine günstigere Variante, die sich sehr wohl auch für die Oberwiler Rebels angehen könnte und für sie ein gutes Spielfeld und gute Spielmöglichkeiten ermöglichen würde.

Rainer Leemann: Die Rebels sind die Nummer 1, waren die Nummer 1 und werden es auch bleiben. Die Anforderungen der 4 gegen 4 gegenüber 5 gegen 5 Spieler ist neu. Die Rebels betreiben Spitzensport. Wenn auswärts auf anderen Platzverhältnissen gegenüber Zuhause gespielt werden muss, ist das ein grosser Nachteil. Es wird daher schwierig sein, diesen Titel so zu verteidigen. Man kann sich auch fragen: Muss man überhaupt um den Titel mitspielen? Rainer Leemann ist aber überzeugt, dass Jugendliche motiviert werden müssen, sie sollen zu einer guten ersten Mannschaft aufschauen zu können. Es ist wichtig, ein Aushängeschild in diesem Breitensport zu haben. Zudem spielen einige Nationalspieler bei den Rebels, die dann auch international spielen. Wenn sie hier auf kleineren Feldern spielen müssen, ist das ein riesiger Nachteil. Rainer Leemann ist überzeugt, dass man dann nicht mehr so um Titel spielen kann, wie das heute der Fall ist. Die Voraussetzungen dafür müssen also geschaffen werden. Rainer Leemann hat auch eine etwas andere Meinung bezüglich Danke sagen der Rebels. Die Rebels haben eine WM organisiert. Rainer Leemann war anwesend und konnte feststellen, dass viele Leute an diesem Anlass Freude hatten. Man konnte Sport sehen. Bei den Rebels trainieren jede Woche 100 bis 120 Jugendliche und gehen jedes Wochenende an die Matches. Sie erleben mit ihren Kollegen etwas, haben Ziele und wollen weiter kommen. Rainer Leemann ist überzeugt, dass die Oberwiler Rebels sehr viel machen, Danke sagen und auch etwas dafür leisten. Rainer Leemann hat bei einigen Kollegen bei den Rebels bezüglich Platz nachgefragt: Wenn es regnet, läuft alles in eine Richtung, dann ist es schwierig, zu spielen. Zudem spielt nicht nur die erste Mannschaft

hier, sondern es finden auch Juniorenturniere usw. statt. Wenn wegen Regen abgesagt werden muss, ist es relativ schwierig. Dass man 2007 bereits um die grösseren Platzverhältnisse wusste, ist der Beweis, dass es ein Provisorium war und keine definitive Lösung. Jetzt bietet sich die Chance, aus der provisorischen Lösung eine gute definitive Lösung zu machen. Rainer Leemann ist daher sehr dafür, entsprechende Voraussetzungen zu bieten für eine starke erste Mannschaft, dass internationale Spiele und auch Weltmeisterschaften hier gespielt werden können.

Urs Bertschi wundert sich, dass dieser Rat nicht gewillt ist, kostengünstigere Varianten nur schon im Ansatz anzuschauen. Das wundert ihn bei den sonst so sparsamsten Herren aus der SVP. Immerhin haben Philip C Brunner und Jürg Messmer am 18. Juni 2013 die Motion „ohne genaue Berechnungen der Folgekosten dürfen keine Investitionskredite mehr bewilligt werden“ eingereicht. Diese Motion ist quasi umgesetzt worden, indem Projekte von mehr als CHF 1 Mio. zwingend mit den Folgekostenberichten versehen sein müssen. Urs Bertschi persönlich muss dies entgangen sein. Offenbar hatte dieses Papier nur die GPK zur Verfügung. Der BPK lag diese Information jedoch nicht vor, weshalb sie dieses Papier auch nicht zur Kenntnis nehmen konnte. Ob Finanzen nur Sache der GPK sind, zumal die GPK sich regelmässig auch in Bauprojekten wiederfindet, hält Urs Bertschi für problematisch. Es sollte hier genauer hingeschaut und dem Baudepartement die Gelegenheit geboten werden, die Geschichte Bettlach noch etwas genauer anzuschauen. Urs Bertschi zitiert den Bauchef: „Machen wir hier einen kurzen Marschhalt“. Es wäre angezeigt.

Gregor R. Bruhin kommt als jüngster Gemeinderat in den letzten Zügen nochmals, sobald Joshua Weiss vereidigt ist, muss Gregor R. Bruhin diese Rolle abgeben. Beim Sprungturm werden CHF 500'000.00, beim Podium auf vier Jahre CHF 1,3 Mio. und beim Verein ZJT CHF 3,4 Mio. auf vier Jahre gebunden ausgegeben. Beim Sport ist es für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung scheinbar von verschiedener Seite bestritten, dass CHF 1,2 Mio. ausgegeben werden sollen, obwohl entgegen verschiedener kultureller Institutionen, die auch Freizeitbeschäftigungen anbieten, dieser Verein noch die Hälfte selber investiert. Gregor R. Bruhin versteht nicht ganz das Missbehagen von Astrid Estermann wegen der CHF 1,2 Mio., welche von den Rebels selber aufgebracht werden. Wenn das Beispiel Schule macht, dass man sich selber daran beteiligt so nach dem Grundsatz: was etwas kostet, ist auch etwas wert, ist das ein guter Ansatz.“ Da hat Gregor R. Bruhin absolut kein Misstrauen, ausser man müsste die böse Unterstellung formulieren, dass man eben doch etwas gegen die Rebels hat. Es geht hier um Sport und um sinnvolle Freizeitbeschäftigung, diese Jugendlichen sitzen nicht am Bahnhof auf der Treppe oder irgendwo in den Gassen auf dem Boden und betrinken sich, sondern sie machen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, sie treiben Sport. Dafür ist CHF 1,2 Mio. im Verhältnis sehr gut angelegt. Bezüglich all der Sparpolitiker, die jetzt eine neue Rolle gefunden haben, ist Gregor R. Bruhin dann gespannt, was im Juni bei der Rechnung diskutiert bzw. beschlossen wird, wo es um CHF 750'000.00 geht, die verschenkt werden sollen, wenn Sparen und Verzichten 2 diskutiert wird und das neue Budget Ende Jahr beraten wird. In diesem Sinne als Investition in sinnvolle Freizeitbeschäftigung möchte Gregor R. Bruhin ein Ja zu diesem Beitrag beliebt machen.

Philip C. Brunner kann sich dem Votum von Gregor R. Bruhin anschliessen und freut es, dass Barbara Gysel sich so kostenbewusst gibt. Die Stadt hat 2013 netto knapp CHF 25 Mio. an Investitionen ausgegeben für Projekte, die der Stadtrat und der GGR bewilligt haben. Im Jahre 2014 waren es noch CHF 20,4 Mio. und im 2015 waren es nur noch rund CHF 6 Mio. Dieses Jahr werden es hoffentlich etwas mehr sein. Zu argumentieren, man habe das Geld nicht und es müsse gespart werden, ist im Moment nicht der Fall. Es besteht das andere Problem: Es gibt einen Tsunami an Investitionen, welche die nächsten Jahre auf die Stadt Zug zukommen: Theater Casino, Ökihof, Kollingviert, Schulhaus Herti, Riedmatt usw.). Das ist das Problem und nicht fehlendes Geld. Es

muss also jetzt vorwärts gemacht werden. In ein paar Jahren liegt eine solche Investition nicht mehr drin. Diesbezüglich ist Philip C. Brunner mit den Linken einverstanden. Jetzt wird über eine Investition und nicht über laufende Ausgaben diskutiert. Die Beilage 2 der Originalvorlage betrifft die Folgekosten. Diese wurde von der GPK genau geprüft. Beim GPK-Bericht handelt es sich um Beilage 3. Der vorerst fehlende Pachtzins ist inzwischen nachgeführt. Es hat also alles seine Richtigkeit.

Monika Mathers: Geld ist immer noch Geld, unabhängig davon, ob es über eine Investition oder die laufende Rechnung ausgegeben wird. Die Äusserung von Philip C. Brunner trifft zu: Die Stadt hat es sich zum Ziel erklärt, im Schnitt von zehn Jahren jährlich CHF 30 Mio. Investitionen auszugeben. Dieses Ziel wurde bei weitem nicht erreicht. Da so viele Projekte in der Pipeline liegen, schadet es auch nicht, jetzt nicht so viel auszugeben. Jede Investition hat auch Folgekosten. Die GPK hat zwar diese Folgekostenrechnung erhalten, jedoch war sie nicht vollständig. Es war bereits aus der Abstimmungsvorlage zur Rebels Halle zu sehen, dass der jetzige Platz noch nicht abbezahlt ist. Für 2016 sind noch CHF 48'000.00 als Folgekosten enthalten. Bis 2020 reduzieren sich diese auf CHF 35'000.00. Monika Mathers fehlen aber vor allem die Folgekosten des Gebäudes. Kein Mensch übernimmt ein Gebäude gegen Geld oder gratis, wenn er nicht genau weiss, was dieses ihn einmal kostet. Monika Mathers fehlt ein Vertrag mit genauen Plänen, damit man genau weiss, wovon die Rede ist. Monika Mathers hat einen Kompromissvorschlag: Es ist toll, dass die Rebels bereit sind, CHF 1,2 Mio. aufzubringen für ihre Infrastruktur. Monika Mathers beantragt, dass das Ganze gedreht wird, indem die Rebels die benötigte Vergrößerung des Platzes aus ihren Sponsoringgeldern bezahlen, die Stadt sich aber gleichzeitig verpflichtet, das Garderobengebäude, das laut Vorlage auch für die Rebels gebaut wurde, laufend für die Bedürfnisse aller Sportvereine in der Gegend ausgerichtet und angepasst wird. Dadurch würden Synergien erreicht und die sportliche Zersiedlung eingedämmt.

David Meyer nerven in diesem Zusammenhang schon länger verschiedene Sachen: Seit Jahren ist das Gejammer zu hören, man könne keinen Sport machen, was alles nötig sei, um diesen Sport zu betreiben. Trotzdem spielen die Rebels immer noch. Das nervt! Der Ausdruck „ein definitives Zuhause“ nervt auch, weil es sich bei den Rebels nicht um ein verschüpfes Kind handelt, das irgendwie nirgendwo lebt und auf der Gasse rumhängt. Das ist auch etwas, das David Meyer immer genervt hat. Etwas schräg an der ganzen Sache ist ein Schulhausplatz, welcher jahrelang das Ding war, das hätte sein müssen. Vor ein paar wenigen Saisons war es immer noch das erklärte Ziel. Jetzt muss es plötzlich ein internationaler grosser Spielplatz sein. Das geht nicht auf. Wenn der Preis angeschaut wird, drängt sich folgender Vergleich auf: Ein m2 Autobahnbelag T4 kostet CHF 600.00. Fläche mal CHF 600.00 ergibt einen Betrag von etwas über CHF 800'000.00. Man staunt, was für Plätze es da gibt. Genauso nervt das Provisorium. Es wird ein Platz zerstört, welcher ein Provisorium war, CHF 1 Mio. gekostet hatte und keine zehn Jahre genutzt wurde. Das ist auch kein Zustand. David Meyer ist sich nicht ganz sicher, ob der Preis, wie er heute aufgezeigt wird, wirklich realisiert wird. Die Glp sind aber optimistisch und sagen Ja. Die Preise auf dem Bau sinken, weshalb die Realisierung des Projekts vermutlich etwas günstiger wird. Die Glp ist zuversichtlich, dass Zug wächst - das wurde heute schon über drei Stunden diskutiert. Zug wird also so oder so Plätze brauchen. Daher stimmen die Glp zu. Danach wollen aber auch die Glp etwas Ruhe haben von den Rebels und ihren Geldforderungen. Die nächsten zwanzig Jahre sollte der Platz dann halten.

Ratspräsidentin Karin Hägi: Der Antrag von Monika Mathers bedeutet eine Umstellung der ganzen Vorlage, weshalb sollte er als Rückweisungsantrag formuliert werden.

Stadtschreiber Martin Würmli findet es abenteuerlich, einfach die Vorlage zu kehren, ohne mit den Rebels gesprochen zu haben. Daher wird ein Rückweisungsantrag empfohlen.

Jürg Messmer: „Jetzt wird es wirklich abenteuerlich.“ Jetzt kommt man um 22.00 Uhr mit einem Antrag, den man so schnell husch husch aus dem Ärmel geschüttelt hat, und will die ganze Vorlage in den Wind schiessen. Der Spielbetrieb geht weiter, irgendwann muss gebaut werden. Jürg Messmer bittet daher im Sinne der Vernunft, diesen Antrag zurückzuziehen. Falls nicht empfiehlt Jürg Messer dessen Ablehnung. Im Anschluss an diesen Antrag stellt Jürg Messmer den Ordnungsantrag, über diese Vorlage abzustimmen.

Abstimmung

über den Ordnungsantrag von Monika Mathers für Rückweisung mit dem Auftrag an den Stadtrat:

Für den Rückweisungsantrag von Monika Mathers stimmen 10 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 10 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Rückweisungsantrag von Monika Mathers abgelehnt hat.

Stefan Moos empfand viele Voten heute Abend als ein Affront gegen den Sport und die Freiwilligenarbeit. Die Halle wurde damals übrigens nicht von den Rebels gefordert, sondern war aus lärmschutztechnischen Gründen nötig. Stefan Moos möchte auch nicht Sport und Kultur gegeneinander ausspielen. Zum Vergleich zur Kultur sei aber festgehalten: Die Musikschule kostet die Stadt Zug jährlich CHF 7,3 Mio. Dort sind 90 Musiklehrer angestellt. Bezüglich der Eigenleistungen der Rebels kommt es Stefan Moos so vor, als wolle man den Verein strafen, weil er sich Mühe gibt, möglichst viele Eigenleistungen zu tätigen. Wenn gefordert wird, die Kosten müssten ausgewiesen werden, so müsste auch die Möglichkeit einer Aufstockung in Betracht gezogen werden. Das kann man, aber dann soll die Stadt das selber bauen. Urs Bertschi sagt, es sei ein gefährlicher Sport, weshalb man mit Verletzungen rechnen müsse, dann müsste man eine Vollkostenrechnung machen und dabei auch die Heilungskosten miteinbeziehen, die verhindert werden könnten mit modernen Banden. Beim Bau des jetzigen Platzes haben damals die Rebels bereits auf das Verletzungsrisiko hingewiesen. Trotzdem wurde der Platz so gebaut. Richtig ist, dass man damals bei diesem Platz vielleicht etwas mehr investieren hätte sollen, dann wäre das heute nicht mehr nötig. Das entscheidende Argument ist aber, dass rund 160 Spieler hier Sport betreiben. Davon sind 120 unter 18 Jahren. Stefan Moos hat schon Spiele und Trainings verfolgt. Da trainieren 12- bis 13-Jährige unter der Anleitung von 18- bis 19-Jährigen und sind mit Herzblut dabei. Auch hier müsste man eine Vollkostenrechnung machen: Wo verursachen diese Jugendlichen sonst Kosten, wenn diese sinnvolle Freizeitsportbeschäftigung auf freiwilliger Basis nicht angeboten wird? Stefan Moos ersucht den GGR eindringlich, dieser Vorlage zuzustimmen.

Stadtrat André Wicki: Die Leidensgeschichte der Rebels dauert schon zehn Jahre. Der GGR hat es nun in der Hand, diesem Leiden ein Ende zu setzen. Bettlach ist wie ein Vergleich von Äpfel zu Birnen. Ohne Erschliessungskosten betragen die Kosten für den nackten Platz in Bettlach CHF 509'000.00, für denjenigen in der Herti CHF 513'000.00, was einer Abweichung von 0,9% entspricht. „Nutzen wir die Möglichkeit, den Oberwiler Rebels ein definitives Zuhause zu geben, den Platz so herzurichten, dass er den Ansprüchen der Rebels zu genügen vermag und ihnen erlaubt, auch internationale Spiele auf heimischen Boden austragen zu können.“

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 bis 6 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Karin Hägi erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 26:8 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

**Beschluss
des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1639**

betreffend Streethockeyanlage Herti: Erweiterung Streethockey-Spielfeld; Baukredit

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2391 vom 8. März 2016:

1. Für die Erweiterung des Streethockey-Spielfelds wird ein Baukredit von brutto CHF 1'184'000.00 einschliesslich 8% MWST zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.
2. Der Baukredit wird der Kostenstelle 2224 Objekt 81 Streethockeyanlage: Vergrösserung Spielfeld belastet. Dieser Kredit erhöht oder senkt sich entsprechend dem Zürcher Index der Wohnbaupreise Stand 1. April 2015 = 101.0 (Basis 1. April 2010 = 100.0).
3. Die Investition von CHF 1'184'000.00 wird mit jährlich 10% abgeschrieben (§ 14 Abs. 3 Bst. b Finanzhaushaltgesetz).
4. Dieser Beschluss tritt unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss § 8 der Gemeindeordnung der Stadt Zug sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
6. Gegen diesen Beschluss kann
 - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
 - b) gemäss § 17bis des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

6. Liegenschaft Neustadt 2: Umbau und Erweiterung in Alterswohnungen; Schlussabrechnung Baukredit

Die Beratung dieses Geschäftes wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Sitzung verschoben.

7. Mitteilungen

Ratspräsidentin Karin Hägi: Franz Weiss hat heute sein Rücktrittsschreiben auf Ende dieser Sitzung abgegeben. Ratspräsidentin Karin Hägi dankt ihm für seine Mitarbeit in diesem Rat herzlich.

Ratspräsidentin Karin Hägi zitiert den Originaltext des Stadtrates: „Die Verwaltung sieht sich in letzter Zeit vermehrt mit direkten Anfragen von einzelnen Mitgliedern des Grossen Gemeinderates bzw. Kommissionsmitgliedern konfrontiert. Es herrscht Verunsicherung, wie mit solchen Anfragen umzugehen ist. Durch die Behandlung der verschiedenen teilweise sehr aufwendigen Auskunftsbegehren wird die Effizienz der Verwaltung zudem geschmälert. Der Stadtrat entscheidet deshalb, dass Auskunftsbegehren einzelner Mitglieder des Grossen Gemeinderates ab sofort nur noch durch den Stadtschreiber oder einen Departementsvorsteher/einer Departementsvorsteherin entgegen genommen werden. Für die Mitglieder der Kommissionen besteht zudem die Möglichkeit, ihre Fragen anlässlich der Kommissionssitzung zu deponieren. Das Kommissionssekretariat koordiniert dann die Beantwortung der Fragen.“

Ratspräsidentin Karin Hägi: Über die Stimmrechtsbeschwerde betr. Doppelinitiative hat das Verwaltungsgericht am 19. April 2016 sein Urteil gefällt und die Beschwerde gegen die Teilungültigkeit abgewiesen im Sinne des GGR. Die Beschwerdefrist läuft aber noch.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 7. Juni 2016, 17.00 Uhr

Ratspräsidentin Karin Hägi wird an dieser Sitzung nicht anwesend sein, weshalb sie vom Vizeratspräsidenten Hugo Halter geleitet wird.

Für das Protokoll

Martin Würmli, Stadtschreiber